

MÜNCHEN

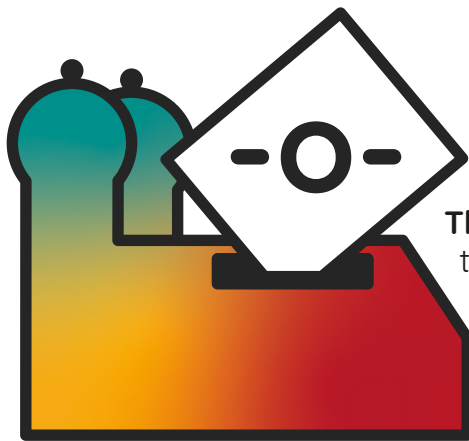


Thesenbuch des München-O-Mat

Alle 76 Thesen mit den
Antworten und Begründungen
der Parteien und Wählergruppen



Vorwort



MÜNCHEN-O-MAT

Der **München-O-Mat** ist ein Informationsangebot, das politische Positionen transparent und vergleichbar darstellt. Hier finden Sie **alle 76 Thesen** sowie die dazugehörigen Antworten der teilnehmenden Parteien – vollständig und ungekürzt.

Die Thesen wurden von einem ehrenamtlichen Redaktionsteam aus jungen Menschen im Rahmen eines Workshop-Wochenendes erarbeitet. Anschließend wurden sie allen Parteien und Wählergruppen zur Beantwortung vorgelegt.

Diese Sammlung versteht sich als Dokumentation, nicht als Bewertung. Sie soll Leser*innen ermöglichen, Positionen nachzuvollziehen, Gemeinsamkeiten zu erkennen und Unterschiede einzuordnen – sachlich, transparent und auf einen Blick. So, wie es auch der **München-O-Mat** selbst tut.

Politik und Demokratie sind nicht immer nur Streit. Neben klaren Gegensätzen gibt es auch Themen, bei denen viele oder sogar alle Parteien übereinstimmen. Deshalb enthält diese Ausgabe **sämtliche Thesen** und nicht nur die finale Auswahl, die im digitalen Tool verwendet wird – auch jene, die breite Zustimmung oder Ablehnung erfahren. Gerade diese Übereinstimmungen machen sichtbar, wo demokratischer Konsens besteht und welche gemeinsamen Grundlagen unsere politischen Debatten tragen.

Die hier abgedruckten Antworten stammen ausschließlich von den Parteien selbst. An Wortlaut und Inhalt wurden keine redaktionellen Änderungen, Kürzungen oder inhaltlichen Anpassungen vorgenommen.

Wo keine Begründung zu einer Antwort aufgeführt ist, wurde von der jeweiligen Partei keine Begründung eingereicht.

Dieses Dokument lädt dazu ein, politische Positionen in ihrer Gesamtheit zu betrachten – jenseits von Schlagzeilen und Wahlkampf. Sie gibt einen tieferen Einblick in die Haltungen der Parteien und Wählergruppen und bietet die Möglichkeit, sich eine eigene, informierte Meinung zu bilden.

Projektleitung: Jonas Böck, Sabrina Böck, Michael Reich, Sebastian von Arx

Redaktionsteam: Simon Aumeier, Emilia Beyreuther, Ina Biron von Curland, Sophie Bode, Benedikt Breil, Constantin Dierschke, Jonas Kruip, Felicia Ludwig, Peter Pavlov, Leo Steinle

Programmierung: Oliver Schneider

Legenden

Die folgende Legende erläutert die Farbkodierung der Tabellen auf den kommenden Seiten. Sie zeigt auf einen Blick, ob eine Partei einer These zustimmt, sie ablehnt oder sich neutral positioniert hat.

	Stimme zu
	Neutral
	Stimme nicht zu

In unseren Tabellen werden Parteien und Wählergruppen aus Gründen der Übersichtlichkeit teilweise abgekürzt dargestellt. Die folgende Legende führt alle Parteien und Wählergruppen mit vollständigem Namen und der offiziellen Kurzform auf.

Kurzform	Vollständiger Name der Partei oder Wählergruppe
AfD	Alternative für Deutschland
BK	Bündnis Kultur
BP	Bayernpartei
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
Die Linke	Die Linke
FDP	Freie Demokratische Partei
FREIE WÄHLER	FREIE WÄHLER Bayern / FW FREIE WÄHLER München
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
München-Liste	München-Liste
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
Die PARTEI	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative
Rosa Liste	Wähler*inneninitiative Rosa Liste München e.V.
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Volt	Volt Deutschland

Die finalen 35 Thesen des München-O-Mat sind in diesem Dokument der Vollständigkeit halber mit aufgelistet. Diese sind farblich gekennzeichnet durch eine hellgraue Hinterlegung der These selbst.

Die Thesen in diesem Dokument sind nach den Bereichen geordnet, in denen das Redaktionsteam diese erarbeitet hat. Die Bereiche können im Inhaltsverzeichnis auf der nächsten Seite nachgeschlagen werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Legenden	2
Inhaltsverzeichnis.....	3
Energie & Umwelt.....	6
1. Klimaziele.....	6
2. Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden	8
3. Außenbeleuchtung öffentlicher Gebäude.....	10
4. Feuerwerk in der Innenstadt	12
5. Veggie-Tag in städtischen Kantinen	14
6. Zuschüsse für Wärmepumpen.....	16
7. Heizkosten der Stadtwerke München	18
8. Stadtbäche	20
9. Öffentliche Sitzgelegenheiten.....	22
10. Glascontainer an Wertstoffinseln.....	24
Kultur & Freizeit	26
11. Meisterfeier des FC Bayern	26
12. Sportliche Großveranstaltungen	28
13. Christopher Street Day.....	30
14. Safe Spaces für queere Menschen.....	32
15. Budget des Kulturreferats.....	34
16. Öffentliche Freizeitflächen	36
17. Städtische Schwimmbäder	38
18. Trinkwasserbrunnen auf dem Oktoberfest.....	40
19. Sanierungsprojekt am Gasteig.....	42
20. Verkaufsverbot von To-Go-Alkohol.....	44
21. Breitensportprogramme	46

Mobilität & Infrastruktur	48
22. Deutschlandticket für Schüler*innen.....	48
23. Investition in Straßenbau.....	50
24. Kostenlose P&R Parkplätze.....	52
25. Baulich getrennte Radwege	54
26. Nacht U-Bahn.....	56
27. Dritte Startbahn	58
28. Abstellflächen für E-Scooter.....	60
29. Ampelschaltung für ÖPNV und Rad	62
30. Kostenloser ÖPNV	64
31. Autonome Kleinbusse und Taxen.....	66
32. Geschwindigkeitskontrollen.....	68
33. Privatjets	70
34. IAA Mobility.....	72
 Jugend, Bildung & Familie.....	 74
35. Förderniveau für Jugendverbände	74
36. Kitaplätze	76
37. Konsumfreie Begegnungsräume.....	78
38. Kita- und Schulförderung.....	80
39. Innovative Formen der Schüler*innen-Mitbestimmung	82
40. Begegnungsorte für junge Menschen.....	84
41. Förderung für demokratische Projekte.....	86
 Service, Digitalisierung & Bürgerbeteiligung.....	 88
42. Analoges Arbeiten an Schulen.....	88
43. MünchenBudget.....	90
44. KI in Verwaltungsprozessen	92
45. Flächendeckendes WLAN.....	94
46. Open-Source-Software.....	96
47. Digitale Optimierung für mobile Endgeräte.....	98
48. Digitale Beteiligungsplattform.....	100

Soziales & Gesundheit	102
49. Drogenkonsumräume	102
50. Kostenlose Menstruationsprodukte	104
51. Netzwerk Sicherer Hafen	106
52. Gleichstellungsquote	108
53. Frauen*-Nacht-Taxis	110
54. Defensive Architektur	112
55. Flexiheime	114
56. Einschränken von Sozialleistungen	116
57. Genderverbot	118
 Wohnen & Bauen	 120
58. Umnutzung von Gewerbeflächen	120
59. Wohnraum für Auszubildende	122
60. Gewerbliche Vermietung privater Wohnflächen	124
61. Verkauf von städtischem Grund	126
62. Hochhäuser	128
63. Denkmalschutz	130
64. Energieeffizienzstandards für mehr Wohnraum	132
65. Anleihen für sozialen Wohnungsbau	134
66. Anlaufstelle gegen Mietwucher	136
67. Gebiete mit Erhaltungssatzungen	138
68. Vorkaufsrecht der Stadt München	140
 Wirtschaft & Arbeit	 142
69. Infrastruktur-Abgabe für Großkonzerne	142
70. Städtische Investitionen	144
71. Übernachtungspauschale	146
72. Kostenlose Integrationsprogramme	148
73. Münchner Mindestlohn	150
74. Berichtspflichten	152
75. Finanzielle Anreize für Start-Ups	154
76. Städtische Energieproduktion	156

1. Die Stadt München soll nicht an ihren Klimazielen 2035 festhalten.

AfD

Diese „Klimapolitik“ fußt auf falschen Grundannahmen und ist deshalb wirkungslos, zudem wirtschaftlich zerstörerisch und deshalb umgehend zu beenden, alle „Klimaziele“ sind abzuschaffen.

Bayernpartei

Die Stadt München soll eine Umwelt- und Klimapolitik betreiben, die sinnvoll, realistisch, pragmatisch und leistbar ist und sich so weit wie möglich an den Bedürfnissen ihrer Bürger orientiert. Wirtschaftliche, geopolitische, gesellschaftliche und kommunale Gegebenheiten unterliegen einem ständigen Wandel, die Politik muss darauf reagieren können. Eine starre Zielvorgabe kann dabei hinderlich oder sogar kontraproduktiv sein.

Bündnis Kultur

CSU

Die Klimaneutralität soll so schnell als möglich erreicht werden - dabei sind aber realistische und erreichbare Zielvorgaben und ein pragmatisches Vorgehen wichtig. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in die Maßnahmen eingebunden werden. Die Balance zwischen Ökologie und Ökonomie sowie die soziale Tragfähigkeit müssen gewahrt bleiben.

FDP

Die Stadt München sollte dieselben Ziele haben wie die EU.

FREIE WÄHLER

Der Klimawandel trifft gerade eine Stadt wie München hart, die Temperaturen in einer versiegelten Stadt nehmen im Sommer zu, Starkregenereignisse ohne Versickerungsmöglichkeiten richten großen Schaden an. Dementsprechend muss die Landeshauptstadt daran mitwirken, den Klimawandel zu begrenzen.

GRÜNE

Wir stehen zu den Pariser Klimazielen und halten Kurs für Münchens Klimaneutralität bis '35, mit einer zielgerichteten und sozial gerechten Transformation. Globale Gerechtigkeit ist uns sehr wichtig: Auch wenn die Klimaneutralität 2035 nicht in allen Sektoren erreichbar ist, so ist es das wissenschaftlich korrekte Ziel, da wir die Erderwärmung auf möglichst nahe an 1,5° begrenzen müssen. Wir werden sämtliche Kräfte mobilisieren, um so nah wie möglich an diese Zielmarke heranzureichen.

1. Klimaziele

Die Linke	Die Klimakatastrophe wird von Jahr zu Jahr schlimmer und beeinträchtigt bereits heute nicht nur das Leben von Menschen im globalen Süden, sondern auch hier bei uns in München. In dieser Lage die – ohnehin nicht ausreichenden – Klimaziele der Stadt fallen zu lassen, wäre eine komplette Realitätsverweigerung.
München-Liste	Die Klimaziele sind wichtig zum Erreichen der Klimaziele wie z.B. die 1,5 Grad Grenze und damit der Grundlage für unsere Existenz. Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten. Deshalb soll die Stadt an den Klimazielen festhalten.
ÖDP	Der weltweite Klimawandel ist eine existentielle Gefahr für das Überleben der Menschheit. Vor diesem Hintergrund wurde in München der Klimanotstand ausgerufen und das Ziel bis 2035 klimaneutral zu werden gefaßt. Ambitionierte Zielvorgaben mit Etappenzielen sind als Richtschnur für politische Entscheidungen in verschiedensten klimarelevanten Bereichen erforderlich und dürfen nicht, wie es die Bayerische Staatsregierung tat, leichtfertig geopfert werden.
Die PARTEI	Wir halten lieber an Zielen fest, als irgendwas wirklich zu verändern- Mit der Beteiligung am Flughafen München werden wir Klimaziele schnell erreichen
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Die Klimaziele 2035 sind notwendig, um Lebensqualität, Gesundheit und wirtschaftliche Zukunft in München zu sichern. Planungssicherheit bei Energie, Bauen und Mobilität entsteht nur durch klare und verlässliche Ziele. Volt setzt auf konsequente Umsetzung, soziale Ausgestaltung und messbare Fortschritte und nicht auf ein Aufweichen bereits beschlossener Klimaziele.

2. Alle öffentlichen Gebäude in München sollen unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes mit Solaranlagen ausgestattet werden.

AfD

Die Investitionen sind gerade in der augenblicklichen fiskalischen Lage der Stadt nicht finanzierbar und würden sich, wenn überhaupt, erst in Jahren amortisieren.

Bayernpartei

Solaranlagen sollen dort errichtet werden, wo es ökologisch sinnvoll, rentabel und stadtbildverträglich ist. Eine pauschale Vorgabe ist definitiv nicht für alle öffentlichen Gebäude in München passend.

Bündnis Kultur

CSU

Grundsätzlich ist die Ausstattung mit PV-Anlagen, wo sinnvoll und finanzierbar, wünschenswert, soweit der Denkmalschutz beachtet wird.

FDP

FREIE WÄHLER

Solaranlagen sind eine gute Option bei der klimaneutralen Stromgewinnung. Öffentliche Gebäude sollten im Rahmen des Denkmalschutzes sowie des Stadtbilds als Vorbilder dienen.

GRÜNE

Unser Ziel ist es, die regionale Erzeugung von Strom weiter auszubauen. Dazu setzen wir auch auf eine Solarpflicht für Neubauten und auf kommunalen Gebäuden – natürlich unter Wahrung der Belange des Denkmalschutzes.

2. Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden

Die Linke	Die Stadt München muss – auch angesichts der Klimakatastrophe – schnellstmöglich auf lokale und dezentrale Energieversorgung umstellen. Dazu gehört auch die Ausstattung von bestehenden und neuen Gebäuden mit Solaranlagen. Über den Denkmalschutz muss in solchen Fällen diskutiert werden.
München-Liste	Wir interpretieren 'alle' wie 'alle Gebäude, die Sinn machen'. Solaranlagen sind ein wichtiger Beitrag zur Energiewende. Möglichst viele öffentliche Gebäude sollten damit ausgestattet werden. Bei historischen Gebäuden ist es vielleicht technisch nicht sinnvoll und/oder beeinträchtigt zu stark das optische Erscheinungsbild. Bei modernen öffentlichen Gebäuden (Schulen, Kitas, Bürogebäuden) wird der Einsatz sehr befürwortet.
ÖDP	Öffentliche Gebäude haben häufig große Dachflächen, die für PV-Anlagen meist gut geeignet und wirtschaftlich nutzbar wären. Es braucht hier verstärkte Anstrengungen von Staat und Stadt, die beide auch eine Vorbildfunktion zu erfüllen haben. Im Zuge von energetischen Sanierungen sollte die Nachrüstung von Solaranlagen zur Regel werden, nicht zuletzt, weil mit ihnen erwirtschaftete Gewinne mittelfristig den städtischen Haushalt entlasten.
Die PARTEI	Endlich ist dann München blau, nicht nur während der Wiesn. (Siehe unser Wahlprogramm 2020)
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Solaranlagen sind eine kostengünstige und klimafreundliche Möglichkeit, Strom und Wärme zu erzeugen. Die Stadt sollte dieses Potenzial auf allen geeigneten öffentlichen Gebäuden nutzen. Unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes wollen wir praktikable Lösungen umsetzen, um Energiekosten zu senken, CO ₂ zu vermeiden und die städtische Energieversorgung nachhaltig zu stärken.

3. Um Lichtverschmutzung zu reduzieren und Energie zu sparen, müssen öffentliche Gebäude zwischen 0 und 4 Uhr die Außenbeleuchtung abschalten.

AfD

Eine Reduzierung von Lichtverschmutzung und Energieverbrauch auf diese Weise ist sinnvoll.

Bayernpartei

Mit der nächtlichen Beleuchtung soll generell sparsam umgegangen werden. Reine Bürogebäude sollen nachts nicht beleuchtet werden, Sehenswürdigkeiten je nach Lage schon. Auch Sicherheitsaspekte sollen bei nächtlicher Beleuchtung berücksichtigt werden. Es handelt sich um Einzelfallentscheidungen.

Bündnis Kultur

CSU

Sofern Aspekte, die für die öffentliche Sicherheit und Verkehrssicherungspflichten eine Rolle spielen, auch beachtet werden.

FDP

FREIE WÄHLER

Nachts ist eine Beleuchtung öffentlicher Gebäude nicht notwendig. Für das Sicherheitsgefühl bei Nacht ist die Straßenbeleuchtung ausreichend.

GRÜNE

Nach aktueller Gesetzeslage ist die Beleuchtung von Fassaden nach 23 Uhr nicht gestattet. Dies wird auch in München so praktiziert.

3. Außenbeleuchtung öffentlicher Gebäude

Die Linke	Lichtverschmutzung ist ein großes Problem für Mensch und Umwelt und muss bekämpft werden. Wir finden diese Forderung unterstützenswert, werden uns aber auch für weitreichendere Lösungen einsetzen.
München-Liste	Lichtverschmutzung ist insbesondere für nachtaktive Tiere ein großer Störfaktor und sollte so weit wie möglich vermieden werden. Außerdem wird Strom für nächtliche Beleuchtung eingespart. Der Verlust im Erscheinungsbild ist vertretbar, da die nächtliche Beleuchtung nur wenige Menschen erreicht.
ÖDP	Reduzierung von nächtlichen Lichtquellen dient dem Insektenschutz und war eines der Ziele des Volksbegehrens "Rettet die Bienen". Die Abschaltung zwischen 0 und 4 Uhr sehen wir diesbezüglich als einen ersten wichtigen Schritt hin zu einer bedarfsgerechteren Anpassung der öffentlichen Beleuchtung, die auch zu einer Energieeinsparung führen wird.
Die PARTEI	Insbesondere die Beleuchtung der CSU-Zentrale soll abgeschaltet werden.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Nicht sicherheitsrelevante Außenbeleuchtung kann nachts reduziert werden, um Energie zu sparen und Lichtverschmutzung zu verringern. Volt setzt dabei auf eine differenzierte Umsetzung: Beleuchtung an sensiblen Orten bleibt erhalten, Wege werden bedarfsgerecht und intelligent ausgeleuchtet. So verbinden wir Klima- und Naturschutz mit Sicherheit im öffentlichen Raum.

4. An Silvester soll das Zünden von Feuerwerkskörpern in der Münchner Innenstadt erlaubt sein.

AfD

Derartige Traditionen sollten nicht pauschal verboten werden. Alternativ kann man die Anwohner regelmäßig selber darüber abstimmen lassen. Brandschutz und sonstige Sicherheitsaspekte müssen berücksichtigt werden.

Bayernpartei

Wir wollen auf jeden Fall privates Feuerwerk weiterhin erlauben, auch in der Innenstadt – ausgenommen sind Fußgängerzonen, Parkanlagen (wie Schloss Nymphenburg und das Gebiet um den Tierpark Hellabrunn) und Plätze, wo es aus Brandschutzgründen zu gefährlich ist. Privates Feuerwerk an Silvester ist Bestandteil unserer Tradition und Millionen von Menschen erfreuen sich daran – es handelt sich um wenige Stunden im ganzen Jahr.

Bündnis Kultur

CSU

Die CSU-Stadtratsfraktion hatte die Idee einer zentral organisierten Lasershow als Alternative. Leider ist daraus bisher aus Kostengründen nichts geworden.

FDP

FREIE WÄHLER

Die Tradition des Zündens von Feuerwerkskörpern sollte nicht verboten werden. Dies gehört an Silvester, bis auf wenige sensible Zonen, die ausgenommen werden sollten, dazu.

GRÜNE

Wir unterstützen das in der Innenstadt geltende Böllerverbot – ebenso das Böllerverbot rund um den Tierpark. Generell setzen wir uns für ein lärmfreies Silvester ein, mit Lasershows. Dies würde Verletzungen, Brände und Luftverschmutzung und viele Tonnen Müll vermeiden, und wäre ein Gewinn für den Tierschutz. Auch von der Durchführung einer Silvestermeile auf der Ludwigstr erhoffen wir uns einen Rückgang des privaten Silvesterfeuerwerks und damit einen Gewinn für Umwelt&Sicherheit.

4. Feuerwerk in der Innenstadt

Die Linke

Private Feuerwerke müssen zum Schutz von Menschen, Tieren und Natur reduziert werden. Das Müllaufkommen wie die Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Jedes Jahr verletzen sich unzählige Kinder und Erwachsene an den Sprengkörpern. Wir sehen keinen Grund, ein mögliches Verbot nur auf die Innenstadt zu reduzieren.

München-Liste

Das Zünden von Feuerwerkskörpern stellt ein Risiko dar für die Menschen, die sich auf den Straßen und Plätzen bewegen, für Rettungs- und Sicherheitskräfte sowie für historische Gebäude (Brandgefahr). Für die Freunde des Silvester-Feuerwerks könnte man eine oder mehrere geeignete Zonen einrichten.

ÖDP

Das jährliche Silvesterfeuerwerk versetzt Wild- und Haustiere in Todesängste, menschliche Gesundheit nimmt Schaden und Brände entstehen. Für Feuerwehren und Rettungskräfte ist der Jahreswechsel ein Einsatzschwerpunkt. Der dichtbewohnte Bereich der Münchener Innenstadt verträgt nach unserer Meinung eine Freigabe der Böllerei genauso wenig, wie Naturschutzgebiete, Tierheime und andere sensible Bereiche. Jeder Spaß muss dort seine Grenzen finden, wo anderen Leid zugefügt wird.

Die PARTEI

Wir wollen nur noch russische Drohnenshows sehen. Alles, was laut knallt und Kracht, hat noch meistens Spaß gemacht!

Rosa Liste

SPD

Wir setzen uns für ein Verbot der Verwendung pyrotechnischer Gegenstände der Kategorie F2 mit ausschließlicher Knallwirkung ein und fordern mehr zentrale organisierte Feuerwerke zu Silvester.

Volt

Wir lehnen privates Feuerwerk in der Innenstadt ab, weil es Menschen, Tiere und Umwelt belastet und erhebliche Sicherheitsrisiken birgt. Lärm, Feinstaub und Verletzungen stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Stattdessen setzen wir auf zentrale, professionelle und umweltfreundlichere Veranstaltungen.

5. In städtischen Kantinen müssen mindestens einmal pro Woche ausschließlich Gerichte ohne Fleisch und Fisch angeboten werden.

AfD

Wir sind gegen derartige Gängelungen der Bürger, zudem gibt es in den Kantinen ohnehin schon täglich vegetarische Gerichte zur Auswahl.

Bayernpartei

In jeder städtischen Kantine gibt es bereits jeden Tag vegetarische und vegane Gerichte zur Auswahl. Wichtig sind uns dabei möglichst viele regionale und saisonale Produkte, gute Qualität und ein vielfältiges Angebot. Wir verwahren uns gegen kulinarische Bevormundung – jeder Mensch darf selbst entscheiden, was er essen möchte.

Bündnis Kultur

Es soll jeden Tag ein veganes Gericht geben.

CSU

Es soll jeder selber bestimmen können, was er gerne isst und wann und wie – mit Fleisch oder eben ohne. Das haben wir den Menschen nicht vorzuschreiben.

FDP

FREIE WÄHLER

Wie begrüßen ein diverser Essensangebot mit Alternativen für jeden. Vorgaben oder Verpflichtungen sind diesbezüglich nicht zu machen.

GRÜNE

Wir fördern in den städtischen Kantinen die Ausweitung des Angebots pflanzenbasierter Gerichte. Wir setzen dabei jedoch auf Angebote und sehen keine Notwendigkeit, politisch über die Gestaltung der Menüplanung zu entscheiden.

5. Veggie-Tag in städtischen Kantinen

Die Linke	Aus Klima- und Tierschutzperspektive ist es wichtig, den Konsum von tierischen Produkten zu reduzieren, daher setzen wir uns dafür ein, in allen öffentlichen und schulischen Kantinen täglich vollwertige vegane Gerichte anzubieten. In Kitas und Kindergärten braucht es vollwertige vegetarische Optionen. Das Essen muss für alle bezahlbar sein, daher wollen wir z.B. das Schulessen kostenlos gestalten. Einen fleischfreien Tag pro Woche halten wir hingegen für Symbolpolitik.
München-Liste	Den städtischen Bediensteten bestimmte Ernährungsformen vorzuschreiben, ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Das führt zu Frustration, Verärgerung und Ablehnung gegenüber sinnvollen Ernährungskonzepten. Es ist zielführender, das Angebot für vegetarische bzw. vegane Gerichte zu erweitern und entsprechende Anreize zu bieten, z.B. günstigen Preis oder Bonuspunkte bei der Krankenkasse.
ÖDP	Wichtiger als ein erzwungener fleischloser Tage in der Woche, ist unserer Auffassung nach eine Beschränkung auf Fleischprodukte aus tiergerechter Haltung und Schlachtung und ein attraktives vegetarisch-veganes Angebot mit hohem Bio-Anteil. So entsteht ein Nutzen für Tier- und Klimaschutz.
Die PARTEI	Begrüßenswert wäre, wenn dort überhaupt was Essbares angeboten werden würde. Außerdem bringt das super Söder-Content.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Wir wollen den Anteil pflanzlicher Gerichte in städtischen Kantinen deutlich erhöhen, setzen dabei aber auf attraktive Angebote, Qualität und Anreize und nicht auf Verbote und Vorgaben. Eine nachhaltige Ernährungswende gelingt besser, wenn Menschen überzeugt werden und Wahlfreiheit erhalten bleibt.

6. Kommunale Zuschüsse für den Einbau von Wärmepumpen und energetische Gebäudesanierungen sollen abgeschafft werden.

AfD

Diese „Klimapolitik“ fußt auf falschen Grundannahmen und ist deshalb wirkungslos, hierfür sollte auch keine Zuschüsse aus öffentlichen Geldern gewährt werden.

Bayernpartei

Zuschüsse für Gebäudesanierungen und Heizungsanlagen sind keine kommunale Aufgabe. Wir stehen für die Wahlfreiheit bei der Heizungsart, jeder mündige Bürger entscheidet selbst, was für seine Wohnsituation und Anforderungen das sinnvollste ist.

Bündnis Kultur

CSU

Energetische Sanierung ist dort, wo sie sinnvoll ist, auch durch Zuschüsse unterstützenswert. Allerdings sind die städtischen Kassen inzwischen sehr knapp - auch kann die Stadt nur dann fördern, wenn andere (wie z. B. das Land oder der Bund) nicht fördern.

FDP

Dies ist die Aufgabe von Bund und Land, hier gibt es bereits Zuschüsse.

FREIE WÄHLER

Kommunale Zuschüsse für den Einbau von Wärmepumpen und energetische Gebäudesanierungen sollten beibehalten werden, um Anreize für klimaschonendes Bauen und Modernisieren zu schaffen.

GRÜNE

Die Energieeffizienz unserer Wohngebäude ist ein entscheidender Faktor für die Vermeidung von CO₂-Emissionen. Mit dem auf Initiative der Grünen beschlossenen Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude unterstützt die Stadt daher auch die energetische Sanierung von Gebäuden und den Einbau von Wärmepumpen. Wir wollen sämtliche Förderprogramme zum Klimaschutz sozial gestaffelt ausbauen, damit auch finanziell benachteiligte Menschen davon profitieren können.

6. Zuschüsse für Wärmepumpen

Die Linke	Energetische Sanierungen sind ein wichtiger Baustein um die Energiebilanz der Stadt zu verbessern. Die Zuschüsse an dieser Stelle abzuschaffen wäre ein massiver Rückschritt.
München-Liste	München plant für die Erreichung der Klimaziele bis 2045 33% des Wärmeenergiebedarfs durch Wärmepumpen zu decken. Auch weniger wohlhabende Haushalte müssen zu entsprechenden energetischen Sanierungsmaßnahmen und den Einbau von Wärmepumpen ertüchtigt werden. Deshalb sollen die kommunalen Zuschüsse erhalten bleiben.
ÖDP	Mit der Förderung werden Investitionen von privaten Haus- und Wohnungseigentümern generiert, die zu einer Reduzierung des Verbrauchs von fossilen Energieträgern führen. Das Programm dient somit der Erreichung der gesetzten Klimaziele, gleichzeitig machen wir uns damit unabhängiger von Importen und sichern Arbeitsplätze im heimischen Handwerk
Die PARTEI	die Aufregung über Wärmepumpen ist ein probates Mittel, um erfrühte Herz-Kreislauferkrankungen bei konservativen Mitbürgern mit Gaskessel im Keller zu triggern. Diese Chance zur Verjüngung unserer Stadtgesellschaft nehmen wir gerne mit.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Der Umstieg auf Wärmepumpen und energetische Sanierungen ist ein zentraler Hebel für Klimaschutz und langfristig kosteneffizient. Grundsätzlich liegt die Förderung beim Bund. Die Stadt München soll kommunale Zuschüsse jedoch gezielt beibehalten, um Förderung abzusichern – insbesondere dann, wenn Bundesprogramme eingeschränkt oder eingestellt werden. Förderungen sollen wirksam und evidenzbasiert sein.

7. Die Stadt München soll keinen Einfluss auf Heizkosten nehmen, die durch die Stadtwerke München festgelegt werden.

AfD

Die SWM sind ein kommunales Unternehmen und sollten sehr wohl der Aufsicht und Steuerung der Stadt unterliegen.

Bayernpartei

Die Stadtwerke München sind als privatwirtschaftliches Unternehmen organisiert. Sie müssen wirtschaftlich kalkulieren, auch zum Wohl ihrer Kunden. Alles andere wäre beihilferechtlich nicht erlaubt und ein Gesetzesverstoß.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Bei Geringverdienern, Bedürftigen oder anderen sozialschwachen Gruppen kann die Stadt München Einfluss bei den Stadtwerken München für eine sozialverträgliche Heizkostengestaltung nehmen. Ansonsten sollte sie nicht künstlich den Preis niedrig halten, denn dies muss vom Steuerzahler bezahlt werden, da die Stadtwerke auch ökonomisch arbeiten müssen.

GRÜNE

Wir setzen uns für die Umstellung der Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien ein. In München wird die Geothermie eine wichtige Rolle spielen. Damit reduzieren wir die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und sorgen langfristig auch dafür, die Heizkosten für die Bürger*innen zu stabilisieren. Ein politisches Eingreifen des Stadtrats in die Preisgestaltung der Stadtwerke München hielten wir nur dann für geboten, wenn deren Preise stark von vergleichbaren Angeboten abweichen würden.

7. Heizkosten der Stadtwerke München

Die Linke	Spätestens die übertriebene Preise der Heizkosten in der Corona-Zeit haben gezeigt: Marktmechanismen wie die Nutzung von Börsenindizes treiben Preise künstlich in die Höhe und belasten die Menschen. Die Stadt soll mehr eingreifen, damit die Preise angemessen und für alle bezahlbar sind.
München-Liste	Eigentümerin der Stadtwerke München ist die Stadtverwaltung. Heizkosten machen einen hohen Anteil der Wohn-Nebenkosten aus. Um die sehr hohen Wohnkosten der Stadt München nicht weiter anzutreiben, soll die Stadt (die SWM) die Heizkosten in einer balancierten Höhe festlegen. Also kostendeckend, aber nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet.
ÖDP	Die Stadtwerke sind zu 100% in städtischer Hand. Daraus abgeleitet, sollten sie sich nicht vorrangig der Gewinnmaximierung verschreiben, sondern vielmehr einen Versorgungsauftrag erfüllen. Die Preisgestaltung soll sozial ausgewogen erfolgen und auch der Kontrolle von Stadtrat und -verwaltung unterworfen sein.
Die PARTEI	Mit uns wird zu 100% energetisch durchregiert, unser Einfluss muss gesichert bleiben!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Die Stadt München sollte strategischen Einfluss auf die Stadtwerke nehmen, um soziale Fairness, Transparenz und Klimaziele sicherzustellen. Gleichzeitig müssen Preisentscheidungen fachlich fundiert und langfristig stabil bleiben, um Investitionen und Versorgungssicherheit nicht zu gefährden.

8. Um das Stadtklima zu verbessern, sollen Stadtbäche geschaffen werden.

AfD

Die Kosten hierfür wären im Verhältnis zur erzielbaren Wirkung für das Mikroklima unverhältnismäßig hoch und es würden zusätzliche Verkehrshindernisse geschaffen.

Bayernpartei

Stadtbäche und kleine Wasserläufe sind nicht nur gut für das Stadtklima, sie haben auch eine positive Wirkung auf die Lebensqualität der Bewohner. Deshalb befürworten wir die Reaktivierung und Sichtbarmachung der Münchner Stadtbäche, wenngleich die Umsetzung an etlichen Stellen schwierig und evtl. finanziell nicht tragbar sein dürfte.

Bündnis Kultur

CSU

Es gab bereits mehrere Anträge, Teile der unterirdisch verlaufenden Stadtbäche wieder an die Oberfläche zu holen, z. B. am Sendlinger Tor und beim Isartor im Tal. Das ist aber technisch sehr kompliziert und teuer, weswegen diese Projekte derzeit leider nicht weiterverfolgt werden können.

FDP

FREIE WÄHLER

Stadtbäche sind nicht nur für das Klima und das Mikroklima innerhalb der Innenstadt bzw. der Stadtteilbereiche wichtig, sondern auch für das Stadtbild eine deutliche Verbesserung.

GRÜNE

Es bleibt langfristig unser Ziel unterirdisch verlaufende Stadtbäche freizulegen, denn dies würde schöne Orte zum Verweilen schaffen und wäre aufgrund der kühlenden Wirkung ein Beitrag zur Klimaanpassung. Wir müssen allerdings zur Kenntnis nehmen, dass dadurch ein beträchtlicher finanzieller Aufwand entstünde, den die Stadt in der aktuell schwierigen Haushaltslage nicht stemmen kann. Deshalb setzen wir vorrangig auf kosteneffizientere Baumpflanzungen zur Verbesserung des Stadtklimas.

8. Stadtbäche

Die Linke	Stadtbäche spielen eine große Rolle bei der Klimaanpassung der Stadt, dafür wollen wir Stadtbäche entsiegeln und private Entsiegelung fördern, um eine sogenannte Schwammstadt zu erschaffen.
München-Liste	Klimawandel und Erhitzung der Städte sind und bleiben ein großes Problem. Neben Bäumen und Grünflächen bringen auch Stadtbäche Kühlung in heißen Sommermonaten. Die Münchner Stadtbäche wurden zum großen Teil überbaut oder trocken gelegt. Ein Programm zur Wiederbelebung ist sehr wünschenswert. Positives Beispiel ist der Pfanzeltplatz in Perlach: Hachinger Bach frei gelegt + Grünstreifen + Bäume = gute Kühlung.
ÖDP	In München bestehen zahlreiche Stadtbäche, die zu einem erheblichen Anteil verrohrt im Untergrund verlaufen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese wo immer möglich wieder an die Oberfläche geholt und renaturiert werden. Dies dient neben einer Verbesserung des Stadtklimas auch der Naherholung und der Artenvielfalt.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.)	Andererseits wünschen wir uns blaue Infrastruktur nicht nur auf der Wiesn. Stadtbäche können energieneutral die von uns geplanten Bierbrunnen ökologisch kühlen.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Neue, offengelegte Stadtbäche bieten München viel: Kühlung an heißen Tagen, Orte zum Flanieren und Verweilen sowie Lebensraum für Tiere und Pflanzen. In Verbindung mit Entsiegelung sind sie eine wirksame Maßnahme für mehr Hitzeresilienz. Auch wenn das Investitionen erfordert, steigern solche Projekte langfristig Lebensqualität und Klimaresilienz der Stadt.

9. Im Stadtgebiet sollen mehr öffentliche Sitzgelegenheiten geschaffen werden, die vor Regen und Sonne geschützt sind.

AfD

Jeder kann sich individuell auf die jeweilige Wetterlage einstellen und entsprechend anziehen / ausrüsten.

Bayernpartei

Sitzgelegenheiten an öffentlichen Plätzen sind wichtig, wenn möglich auch geschützt vor Regen und Sonne. Noch wichtiger ist allerdings, dass diese Plätze auch einladend, sicher und sauber gehalten werden und vor Vandalismus geschützt werden.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Gerade sehr junge oder alte Menschen müssen in der Stadt vor Regen oder Sonne geschützt werden, um am öffentlichen Leben teilnehmen zu können.

GRÜNE

Wir wollen die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum erhöhen. Dazu gehören neben Begrünungen, Fußgängerzonen und Verkehrsberuhigung auch mehr Sitzgelegenheiten – insbesondere in Stadtteilzentren außerhalb der Altstadt.

9. Öffentliche Sitzgelegenheiten

Die Linke	Sowohl die Klimakatastrophe, als auch die demographische Entwicklung der Stadt zwingen zu Anpassungs-Maßnahmen. Um unsere Stadtgesellschaft zu schützen, brauchen wir flächendeckend kühlere natürliche Zonen und Erholungsorte.
München-Liste	Die Zustimmung bezieht sich hauptsächlich auf Sitzgelegenheiten mit Sonnenschutz vor allem mit Bäumen. Bei Regen gibt es sehr viel weniger Menschen, die sich im Freien hinsetzen wollen. Deshalb nicht zu viel in Regenschutz für solche Sitzgelegenheiten investieren - lieber mehr Bäume!
ÖDP	An allen ÖPNV-Haltestellen sollen witterungsgeschützte Wartebereiche vorhanden sein. Auch zentrale Plätze sollen über Unterstellmöglichkeiten verfügen, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. In Grünanlagen und Freiflächen soll hingegen auf Bauwerke und Flächenversiegelung weitgehend verzichtet werden.
Die PARTEI	Mobile, elektrisierter, gepolsterte Sitzmöglichkeiten. Mit Klimaanlage und Multi-Media-Unterhaltung. Wir nennen es die (A)ll-(U)rbane Erholungs- und auf-(T)ank- (O)rganisationseinheit.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Menschen sollen im öffentlichen Raum zusammenkommen und sich dort wohlfühlen. Dafür braucht es Orte zum Treffen und Ausruhen. Überdachte Sitzgelegenheiten schützen vor Sonne und Regen und sind an Hitzetagen besonders wichtig für ältere Menschen, Kranke und Schwangere. Sie fördern sozialen Zusammenhalt und gehören zu einer lebenswerten Stadt dazu.

10. Im Zuge der Einführung der Gelben Tonne sollen die nicht mehr benötigten Kunststoffcontainer an den Wertstoffinseln durch weitere Glascontainer ersetzt werden.

AfD

Nur, wenn die bestehenden Kapazitäten der Glascontainer an einzelnen Stellen dauerhaft nicht ausreichen.

Bayernpartei

An vielen Wertstoffinseln zeigen die herumliegenden Flaschen, dass nicht genügend Glascontainer vorhanden sind. Auch die Verschmutzung vieler Wertstoffinseln ist ein permanentes Ärgernis, dass die Stadtverwaltung endlich in den Griff bekommen muss.

Bündnis Kultur

CSU

Immer wieder beschwerten sich Menschen, dass der Glasmüll vor den Wertstoffinseln abgestellt wird, wenn die Container voll sind - das ist nicht nur unansehnlich, sondern hat ggfs. auch negative Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit. Da, wo es sinnvoll ist, führen mehr Container sicher zu mehr Ordnung.

FDP

FREIE WÄHLER

Glascontainer sind oft überfüllt, das Glas wird deshalb drumherum verteilt, was viele Risiken birgt. Eine höhere Anzahl an Containern würde Abhilfe schaffen.

GRÜNE

Durch die Einführung der Gelben Tonne wird an den Wertstoffinseln Platz frei, der für zusätzliche Glascontainer genutzt werden kann um Überfüllungen zu vermeiden. Mittelfristig streben wir an, auch Parkplätze vor Super- und Großmärkten für die Wertstoffinseln zu nutzen.

10. Glascontainer an Wertstoffinseln

Die Linke	Die Ersetzung der Kunststoffcontainer durch weitere Glascontainer ist ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Recyclingquoten der Stadt.
München-Liste	Glascontainer sind vor allem an Feiertagen oft überfüllt, Flaschen und Glas wird vor den Containern abgestellt. Zusätzliche Glascontainer könnten hier entlasten.
ÖDP	Die bestehenden Wertstoffinseln ziehen neben den Wertstoffen, für die Container bereitstehen, leider auch immer andere Müllablagerungen an. Wir streben daher Rückgabemöglichkeiten an den Verkaufsstellen und eine schrittweise Reduzierung der unbetreuten Containerplätze an.
Die PARTEI	Gelbe Tonne? Sprechen wir von der FDP? Naja, irgendwo müssen die leeren Champagnerflaschen ja hin.
Rosa Liste	
SPD	Grundsätzlich ist es sinnvoll, die Stellplätze der wegfallenden Container zu nutzen und mehr Kapazität für Glascontainer zu schaffen. Das sollte aber im Einzelfall je nach Standort entschieden werden. Manche Wertstoffinseln könnte man verkleinern/zusammenführen, an anderen könnte man zusätzliche Altkleidercontainer aufstellen. Zuständig hierfür sind die Dualen Systeme - in die Verhandlungen zum nächsten Altglas-Vertragszeitraum werden wir diese Forderung mit einbringen.
Volt	Auch nach Einführung der Gelben Tonne bleiben Wertstoffinseln wichtig für eine wohnortnahe Entsorgung und funktionierende Kreislaufwirtschaft. Zusätzliche Glascontainer können Recycling erleichtern, wenn Standorte bedarfsgerecht weiterentwickelt, sauber gehalten und an die lokale Nutzung angepasst werden. So stärken wir Ressourcenschonung, vermeiden Fehlwürfe und gestalten Abfallentsorgung effizient und praxisnah.

11. Die Meisterfeier des FC Bayern soll weiterhin von der Stadt München finanziert werden.

AfD

Vereine erhalten die reguläre Sportförderung und benötigen deshalb keine zusätzliche Finanzierung für derartige Feierlichkeiten. Erst recht nicht der FC Bayern als milliardenschweres, hoch profitables Wirtschaftsunternehmen.

Bayernpartei

Wir sind hier für einen Kompromiss: Die Stadt soll die Räumlichkeiten im Rathaus sowie den „Meisterbalkon“ zur Verfügung stellen für den FC Bayern und die Sicherheitskosten tragen, die weiteren Kosten (Organisation, Catering, etc.) zahlt der Verein.

Bündnis Kultur

CSU

Der FC Bayern bringt rund 4,5 Mrd. EUR in die Region. Die Stadt lädt den FC Bayern ein, es ist üblich, dass der Einladende auch bezahlt.

FDP

FREIE WÄHLER

Der FC Bayern München ist zwar ein zentraler Bestandteil der Sportwelt der Landeshauptstadt und verdient deshalb seinen Respekt. Allerdings ist er auch ein Multi-Millionen-Euro-Unternehmen, das jede Saison Gewinn erzielt und seine Feier deshalb auch selbst finanzieren kann.

GRÜNE

Die Meisterfeier der Fußballmannschaften des FC Bayern scheint fast eine jährliche Tradition zu sein, aber natürlich setzt eine Meisterfeier eine entsprechende sportliche Qualifikation voraus. Bei einem solchen Erfolg die Frauen-&Herren-Fußballmannschaften im Rathaus zu empfangen und zu ehren ist eine Auszeichnung, die sich die Teams und die Fans verdient haben. Die dabei anfallenden Kosten für Sicherheit auf & um den Marienplatz sollen vom FC Bayern & der Stadt gemeinsam getragen werden

11. Meisterfeier des FC Bayern

Die Linke	Als Münchner Verein soll der FC Bayern weiterhin seine Siegesfeier auf dem Rathausbalkon abhalten können, allerdings soll das zugehörige Veranstaltungs- und Sicherheitspersonal, sowie der Materialaufwand nicht aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden, sondern vom reichsten Club Deutschlands, dem FC Bayern selbst, der sogar in Krisenzeiten Umsatzrekorde verzeichnet.
München-Liste	Die Meisterfeier ist eigentlich der Empfang des Meisters im Rathaus. Viele Fans wollen den Meister sehen und feiern. Die Kosten sollen weiterhin von der Stadt München finanziert werden, natürlich im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts. Das gilt natürlich auch, wenn die Löwen eines Tages mal wieder Meister würden.
ÖDP	Viele Menschen in München identifizieren sich mit den hier ansässigen Profisportvereinen. Herausragende sportliche Erfolge sollten daher auch an geeigneter Stelle, wie im Neuen Rathaus und auf dem Marienplatz gemeinschaftlich gefeiert werden können. In Zeiten mit angespannter Haushaltslage, da Vieles gekürzt und gestrichen werden muss, wäre es aber nicht vermittelbar, wenn die Stadt einem Verein mit Milliardenumsatz die Feier bezahlt.
Die PARTEI	Wir würden uns aber überreden lassen, wenn im Umkehrschluss der FC Bayern die Kommunalwahlen bezahlt.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Die Stadt kann für die Meisterfeier öffentliche Orte wie Rathausbalkon und Marienplatz zur Verfügung stellen. Die entstehenden Kosten für Organisation, Sicherheit und Logistik sollten jedoch vom wirtschaftlich sehr starken Verein getragen werden. So bleibt das Feiern möglich, ohne öffentliche Mittel für private Erfolge einzusetzen.

12. Die Stadt München soll sich auch in Zukunft auf sportliche Großveranstaltungen bewerben.

AfD

Aber aufgrund der aktuellen Fiskalen Lage der Stadt bedarf es einer eindeutigen Kosten-Nutzen-Rechnung unter Einbeziehung der gestiegenen Sicherheitsanforderungen sowie nichtmonetärer Nachteile wie Überfüllung, Verkehrsprobleme etc.

Bayernpartei

Die Stadt München kann ein großartiger Austragungsort und Gastgeber für Großveranstaltungen sein. Wir erwarten aber, dass über die Dauer der Veranstaltung hinaus ein Mehrwert für die Münchner bleibt. Bestes Beispiel hierfür sind die Olympischen Spiele von 1972, deren Sportstätten bis heute genutzt werden und die einen riesigen Modernisierungsschritt, vor allem beim ÖPNV, für die Stadt gebracht haben.

Bündnis Kultur

CSU

Für Münchnerinnen und Münchner bedeuten Sportgroßveranstaltungen eine Initiative für Sport, Bewegung und gesunde Lebensführung. Sport begeistert viele Menschen. München ist eine Sportstadt. Die Olympischen Spiele 1972 waren ein großer Schub für die Stadtentwicklung Münchens. Die European Championships 2022 sind von den allermeisten Münchnerinnen und Münchnern begeistert aufgenommen worden.

FDP

FREIE WÄHLER

Sportliche Großereignisse sind nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ein tolles Erlebnis, sondern erhöhen auch die Attraktivität Münchens. Die Landeshauptstadt wird als Sportstadt auf internationaler Ebene etabliert.

GRÜNE

In München stoßen internationale Sportereignisse immer wieder auf große Resonanz. Die European Championships sind noch in bester Erinnerung, und wir unterstützen auch die Bewerbung um Olympische Sommerspiele. Dabei steht Nachhaltigkeit für uns im Vordergrund, damit die Veranstaltungen umweltfreundlich, inklusiv und sozial gerecht sind. Dazu haben wir einen umfangreichen Kriterienkatalog entwickelt, um München zur ersten Green Host City des Sports zu machen.

12. Sportliche Großveranstaltungen

Die Linke	Sportliche Großveranstaltungen wie die Olympischen Spiele, für die die Stadt sich jetzt – gegen unseren Willen – bewirbt, sind eine finanzielle und ökologische Katastrophe. Sportevents wie z.B. die Jugend-Schwimm-EM 2026, welche der Entwicklung einer sozialen und ökologischen Stadt nicht entgegenstehen, werden wir selbstverständlich auch in Zukunft nicht blockieren.
München-Liste	Bei den sportlichen Großveranstaltungen waren die European Championships (2022) ein sehr gelungenes Event. Hier volle Zustimmung. Die Olympiabewerbung 2036/40/44 ist eher kritisch zu sehen, da Olympische Spiele zwar ein überragendes Sportereignis darstellen, aber die überlastete Infrastruktur der Stadt München noch mehr belasten. Die beabsichtigten Baumaßnahmen werden nicht oder nicht rechtzeitig für Entspannung sorgen können.
ÖDP	Der kommerzialisierte Profisport und seine Großereignisse (z.B. Olympische Spiele) werden leider häufig von undurchsichtigen Verbandsstrukturen dominiert. Nicht selten finden sich die Gewinne aus sportlichen Großveranstaltungen bei den Funktionären und die Kosten für die Anpassung von Sportstätten und Infrastruktur bei der öffentlichen Hand wieder. Wir stemmen uns gegen diese ungesunde Entwicklung und sagen gleichzeitig ja, zu einer soliden Finanzierung des Breitensports in unserer Stadt.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme zu“ angegeben.)	Ja, selbstverständlich! Als nächstes für die Formel 1! Formel Monaco auf dem Münchner Altstadttring . Auch eine Wrestlemania auf dem Marienplatz wäre durchaus denkbar!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Sportliche Großveranstaltungen können Impulse für Stadtentwicklung, Breitensport und internationale Sichtbarkeit geben. Voraussetzung sind transparente Kosten, nachhaltige Nutzung bestehender Infrastruktur, Klimaverträglichkeit und ein klarer Mehrwert für die Münchner:innen. Volt setzt auf Bewerbungen mit Augenmaß und nicht auf Prestigeprojekte um jeden Preis.

13. Der Christopher Street Day soll weiterhin durch die Stadt München finanziell unterstützt werden.

AfD

Eine derartige Veranstaltung ist nicht mit Steuergeldern zu unterstützen.

Bayernpartei

Der Christopher Street Day ist eine private Veranstaltung, bei der mittlerweile eindeutig der Partycharakter überwiegt. Deshalb gilt hier wie bei allen öffentlichen Veranstaltungen: Die öffentliche Hand ist verantwortlich für die Sicherheit und trägt die entsprechenden Kosten, der Veranstalter trägt die restlichen Kosten.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Der CSD ist nicht nur ein Fest der Freude, sondern es stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die finanzielle Unterstützung ist ein Zeichen der Solidarität und Wertschätzung.

GRÜNE

Leider erfordert die Zunahme von Ausgrenzung und Gewalt gegen LGBTIQ* mehr Investitionen in die Sicherheit des CSD, der sich zu einem weit über die Grenzen der Stadt beachteten Festival der queeren Gleichberechtigung entwickelt hat. Wir wollen daher den Fortbestand des CSD sichern und Fördermittel für die Sicherheit bereitstellen. Außerdem wollen wir queere Delegationen aus unseren Partnerstädten zum CSD einladen, um internationale Solidarität und Sichtbarkeit zu stärken.

13. Christopher Street Day

Die Linke	Die Haltung der Stadt zur freien Entfaltung der Gesellschaft darf nie einem Zeitgeist unterliegen. Die Mitfinanzierung des CSD befreit die Veranstaltenden vom Zwang der Kommerzialisierung.
München-Liste	Der CSD ist für die LBTGQ-Szene ein kultureller Höhepunkt und sollte wie andere kulturelle Höhepunkte (Konzerte, Theater, Oper, Stadtfest, usw.) im Rahmen des Kultur-Etats unterstützt werden.
ÖDP	Der CSD hat sich als Fest der Toleranz gegenüber 'Andersartigem' und als Statement gegen jede Art der Diskriminierung etabliert. Hierfür sollte die Stadtverwaltung auch künftig verlässlicher Partner sein. Nur mit gegenseitigem Respekt lassen sich Konflikte in einer vielschichtigen Stadtgesellschaft vermeiden beziehungsweise auflösen.
Die PARTEI	Weil irgendwas mit Vielfalt.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Der Christopher Street Day ist ein zentrales Zeichen für Vielfalt, Gleichberechtigung und eine offene Stadtgesellschaft. Die Unterstützung durch die Stadt stärkt Sichtbarkeit, Sicherheit und Teilhabe von queeren Menschen und ist ein klares Bekenntnis Münchens zu Menschenrechten, Antidiskriminierung und gelebter Demokratie.

14. Es sollen zertifizierte Safe Spaces für queere Menschen etabliert werden, zum Beispiel in öffentlichen Einrichtungen oder Gastronomiebetrieben.

AfD	Eine weitere Ausnahmestellung von „queeren“ Menschen ist nicht nötig. Die Bürger haben zudem wichtigere Probleme.
Bayernpartei	Jeder Gastronomiebetreiber ist (im Rahmen gesetzlicher Vorschriften) frei in seiner Entscheidung, wie er seinen Betrieb führen möchte, die Stadt darf und soll ihm hier keine weiteren Auflagen machen. Städtische Einrichtungen wie Jugendzentren, aber auch Sozialbürgerhäuser, Alten- und Servicezentren etc. sollen Anlaufstellen für alle Münchner sein und eine Atmosphäre bieten, in der sich alle Menschen gut aufgehoben fühlen, egal welcher Sexualität, Religion, Weltanschauung oder Herkunft.
Bündnis Kultur	
CSU	
FDP	
FREIE WÄHLER	Alle Menschen dürfen und sollen ihr Leben nach ihren eigenen Idealen und Werten gestalten. Niemand wird ausgeschlossen. Deshalb sind uns Safe Spaces wichtig, damit sich jeder in der Stadt sicher fühlen kann.
GRÜNE	Wir befürworten die Schaffung und Kennzeichnung von Safe Spaces für queere Menschen, wo Ablehnung und Diskriminierung droht oder als Flucht- und Rückzugsort bei drohender Gewalt. Wo und wie viele solcher Safe Spaces einzurichten sind, sollte dann mit der LGBTIQ*-Community entwickelt und umgesetzt werden.

14. Safe Spaces für queere Menschen

Die Linke	Gewalt und Übergriffigkeiten haben keine Nachsicht verdient. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass es ausreichend Schutzräume und Schutzkonzepte gibt damit betroffene Personen Schutz bekommen. Professionalisierung in diesem Bereich durch Zertifizierungen unterstützen wir ausdrücklich.
München-Liste	Wir engagieren uns stark für Toleranz gegenüber allen Gruppen in unserer Stadtgesellschaft (kulturell, politisch usw.). Spezielle Safe Spaces für eine Gruppe sind der Anfang einer separierten Gesellschaft, in der die Gruppen gar nicht mehr zusammen kommen und miteinander reden. Die Zertifizierung ist ein weiterer bürokratischer Aufwand für die Betriebe. Aber wir würden solche Einrichtungen nicht behindern.
ÖDP	Der Bedarf und der Anspruch an Safe Spaces für queere Menschen ist einem kontinuierlichen Wandel unterworfen. In München bestehen einige solcher, aus der Community heraus entstandene Räume, die es zu erhalten und zu stärken gilt. Das bislang oft selbst verliehene Etikett „queer friendly“ sollte durch ein Label der Stadt München ersetzt werden, das an bestimmte Kriterien geknüpft wird und nach Überprüfung an gewerbliche Einrichtungen, Behörden und Sozialprojekte vergeben werden kann.
Die PARTEI	Wir wollen mehr Aufkleber gegen Diskriminierung! Mehr Konzept geht nicht.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Zertifizierte Safe Spaces erhöhen Sicherheit und Sichtbarkeit für queere Menschen im Alltag. Sie helfen, Diskriminierung abzubauen, geben Orientierung und schaffen Vertrauen. Damit stärken wir Vielfalt, Teilhabe und ein respektvolles Miteinander in ganz München.

15. Aufgrund der angespannten Haushaltslage soll vorrangig das Budget des Kulturreferats gekürzt werden.

AfD

Auch die anderen Referate sind proportional zu kürzen, überproportional müssen die Ausgaben für illegale Migranten gekürzt werden.

Bayernpartei

Die dramatische Haushaltslage verpflichtet alle Referate zum sparen. Im Kulturbereich sehen wir durchaus viel Sparpotenzial und Projekte, deren Zuschüsse zumindest für die nächsten Jahre gedeckelt werden müssen. Dies trifft aber auch andere Gebiete, wie z. B. den Sozialbereich. Wir müssen endlich der Tatsache ins Auge schauen, dass wir uns in Zukunft viele „nice to haves“ nicht mehr leisten können.

Bündnis Kultur

CSU

Das muss am jeweiligen Einzelfall geprüft und beschlossen und kann daher nicht pauschal beurteilt werden. Sparen müssen alle Referate.

FDP

FREIE WÄHLER

Das Budget des Kulturreferats sollte nicht, zumindest nicht vorrangig, gekürzt werden, da Kultur den sozialen Zusammenhalt stärkt, Bildung fördert und unsere Stadt attraktiv macht. Zudem ist Kultur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor: Veranstaltungen beleben Gastronomie und Tourismus und sichern Arbeitsplätze.

GRÜNE

Wie alle städtischen Referate muss auch das Kulturreferat einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Wir werden aber ganz bestimmt nicht „vorrangig“ im Kulturbudget sparen, sondern die Vielfalt des Kulturlebens in München auch in Zeiten knapper Etats erhalten.

15. Budget des Kulturreferats

Die Linke

Wir halten es für einen großen Fehler die Finanzierung der Referate gegeneinander auszuspielen. Die Gründe für den Sparhaushalt der Stadt liegen in falschen politischen Entscheidungen und in einem Mangel an Bereitschaft, diejenigen in die Verantwortung zu ziehen, die tagtäglich von dieser Stadt profitieren, ohne etwas zurückzugeben. Wir stellen uns genauso gegen Kürzungen bei Kulturinstitutionen wie zum Beispiel bei Kürzungen im Sozialen oder im Integrationsbereich.

München-Liste

Die angespannte Haushaltslage erfordert eine stringente Kontrolle aller Ausgaben und den effizienten Einsatz der Mittel. Dies betrifft nicht nur das Kulturreferat, sondern alle Referate. Allerdings gibt es auch Schwerpunkte wie Klima-/Umweltschutz und Wohnungssituation, bei denen ggfs. das Budget erhöht werden muss.

ÖDP

Die finanziellen Herausforderungen, vor denen der städtische Haushalt steht, müssen mit gemeinsamen Anstrengungen aller Referate und Betriebe gemeistert werden. Kulturschaffende brauchen gerade in wirtschaftlich weniger rosigen Zeiten Verlässlichkeit, sonst wird ihnen die Existenzgrundlage entzogen. Künstler-Milieus und Netzwerke entstehen nicht über Nacht, lassen sich aber rasch zerschlagen.

Die PARTEI

Solange Netflix und BR klassik nicht parallel als Flatrate angeboten werden, müssen wir halt noch ins Theater gehen. Andererseits, wer braucht schon Kultur, wenn er einen singenden OB hat?

Rosa Liste

SPD

Volt

Kultur ist kein freiwilliger Luxus, sondern zentral für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Bildung und Lebensqualität in München. Kürzungen würden besonders freie Kulturschaffende und niedrighschwellige Angebote treffen. Volt setzt sich für eine verantwortungsvolle Haushaltskonsolidierung ein, ohne Kultur gegen andere wichtige Aufgaben auszuspielen.

16. Das Angebot an öffentlichen Freizeitflächen soll ausgebaut und in Stand gehalten werden.

AfD

Eine Ausweitung des momentanen Angebots steht in keinem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis. Bestehende Freizeitflächen sollen aber vernünftig instandgehalten werden.

Bayernpartei

Die Stadt München hat ein breit gefächertes und flächendeckendes Angebot an öffentlichen Freizeitflächen. Wir sehen hier die größte Herausforderung in der Instandhaltung und in der Bekämpfung des Vandalismus, durch den die Nutzung vielerorts eingeschränkt oder sogar unmöglich ist und der leider viele Millionen Euro an Steuergeldern kostet, die an anderer Stelle fehlen.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Zuallererst sollten bestehende öffentliche Freizeitflächen in Stand gesetzt werden. Allerdings sind natürlich auch weitere öffentliche Freizeitflächen nötig, um der ganzen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, an diesen zu partizipieren.

GRÜNE

Lebenswerte öffentliche Räume sind ein Schlüssel für ein gutes Zusammenleben und Erholung. Plätze und Parks sollen attraktive und sichere Aufenthaltsorte sein. Wir beleben sie mit mehr Spiel- und Sportmöglichkeiten. Neben gastronomischen Angeboten schaffen wir in allen Stadtbezirken Treffpunkte ohne Konsumzwang, insbesondere für Jugendliche.

16. Öffentliche Freizeitflächen

Die Linke	Der öffentliche Raum ist hart umkämpft, besonders das hohe Verkehrsaufkommen engt die Bürger*innen in ihrer Bewegungsfreiheit ein. Umso wichtiger ist es, Zonen des Verweilens aufrecht zu halten und zu schaffen, um Räume der Begegnung und Durchmischung zu ermöglichen und damit das soziale Miteinander zu festigen.
München-Liste	Dies ist ein Schwerpunkt-Thema der München-Liste. Freizeitflächen sind vor allem Flächen mit naturnahen Bereichen, die für die Erholung und zum Erhalt der Gesundheit wichtig sind. Es gibt in der Münchner Stadtverwaltung den Trend, Grünflächen dem Wohnungsbau zu opfern. Das führt zu dichten, grauen Wohnsiedlungen, in denen die Menschen verrohen und abstumpfen. Auch bei großer Wohnungsnot muss ein ausreichendes Angebot an Freizeitflächen und Ruhezeiten vorhanden sein.
ÖDP	Um die Lebensqualität in München für alle Bevölkerungsschichten (unabhängig vom Einkommen) auf einem hohen Niveau halten zu können, braucht es - gerade in einer wachsenden Stadt - frei zugängliche Spiel- und Sportgeräte sowie eine flächendeckende Bereitstellung von Naherholungsflächen.
Die PARTEI	Die einfachste und barrierefreiste Lösung dafür sind asphaltierte Grauf Flächen. Darauf lässt sich schön spielen!
Rosa Liste	
SPD	Ja - im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten. Außerdem arbeiten wir für mehr Beleuchtung von Jugendspielflächen, um sie auch zu späterer Tageszeit nutzbar zu machen.
Volt	Öffentliche Freizeitflächen sind zentral für Lebensqualität, Gesundheit und sozialen Zusammenhalt. Volt will Parks, Spiel- und Sportflächen ausbauen, gut pflegen und klimaresilient gestalten. Gerade in einer wachsenden Stadt braucht es frei zugängliche Räume für Erholung, Bewegung und Begegnung für alle.

17. Alle städtischen Schwimmbäder sollen erhalten und rechtzeitig saniert werden.

AfD

Es besteht jetzt schon eine Unterversorgung mit geeigneten Schwimmstätten, insbesondere für Schulklassen.

Bayernpartei

Schwimmbäder sind nicht nur beliebte Sport- und Freizeitstätten, sie erfüllen mit Schwimmkursen auch eine wichtige Funktion, denn Schwimmfähigkeit kann Leben retten. Solange es finanziell irgendwie möglich ist, sollte die Stadt daher unbedingt ihre öffentlichen Bäder und auch die Schulschwimmbäder erhalten.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Öffentliche Schwimmbäder müssen erhalten bleiben, weil sie eine zentrale Rolle für die Gesundheitsförderung und Freizeitgestaltung spielen. Zudem können nur dort dringend benötigte Fähigkeiten vermittelt werden, Ertrinkungsunfälle, die sich leider häufen, zu verhindern.

GRÜNE

Die städtischen Schwimmbäder erfüllen für viele Menschen wichtige Sport- und Freizeitfunktionen. Daher wollen sie erhalten. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass alle Kinder in München Schwimmen lernen können und erhöhen deswegen im Schulbauprogramm auch die Zahl der Schulschwimmbäder.

17. Städtische Schwimmbäder

Die Linke	Aktuell kann jedes fünfte Kind zwischen sechs und zehn Jahren und die Hälfte der Kinder aus Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter €2.500 nicht schwimmen. Fehlende Kursangebote in Schule und Freizeit sind auf die mangelnde Infrastruktur zurückzuführen. Dieser Notstand muss behoben werden.
München-Liste	Schwimmbäder sind wichtig für den sportlichen Ausgleich und sollen Kindern das Schwimmen-Lernen ermöglichen.
ÖDP:	Die städtischen Bäder sind beliebt und gut genutzt. Gerade für Familien stellen sie attraktive Freizeiteinrichtungen dar, die unbedingt erhalten werden sollten. Die Schaffung zusätzlicher Badestellen z.B. an ehem. Baggerseen steht hierzu nicht im Widerstreit.
Die PARTEI	Zusätzlich möchten wir einen Ausbau der Isar als Naherholungsgebiet mit Fressmeile und WCs von Villeroy & Boch.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Städtische Schwimmbäder sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge: Sie ermöglichen Schwimmenlernen, Sport, Gesundheit und soziale Teilhabe. Volt setzt sich dafür ein, alle Bäder zu erhalten und rechtzeitig zu sanieren, statt sie verfallen zu lassen oder zu schließen – energieeffizient, barrierefrei und zukunftsfähig.

18. Die kostenlosen Trinkwasserbrunnen auf dem Oktoberfest sollen abgeschafft werden.

AfD

Das ist eine sinnvolle Neuerung und wurde von den Gästen sehr gut aufgenommen.

Bayernpartei

Die Trinkwasserbrunnen auf dem Oktoberfest haben sich bewährt und kommen beim Publikum gut an. Insbesondere Familien mit kleinen Kindern freuen sich über die kostenlose Erfrischung zwischendurch, und auch anderen Wiesnbesuchern tut ein Schluck Alkoholfreies gut. Durch die Anbringung an den Außenseiten der öffentlichen Toiletten entstehen keine weiteren baulichen Kosten und der Betrieb ist somit beinahe kostenlos.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Trinkwasserbrunnen auf dem Oktoberfest müssen erhalten bleiben. Die Wiesn ist ein Fest für alle Menschen, unabhängig von der finanziellen Situation.

GRÜNE

Die Brunnen mit kostenlosem Trinkwasser auf dem Oktoberfest werden von sehr vielen Menschen genutzt. Sie sind ein Zeichen dafür, dass die Wiesn ein echtes Volksfest ist - auch für Menschen, die nicht bedenkenlos viel Geld ausgeben können. Familien mit Kindern können sich so vielleicht eine Karussellfahrt mehr leisten. Wir wollen die Brunnen daher unbedingt erhalten und ihre Zahl eher noch erhöhen.

18. Trinkwasserbrunnen auf dem Oktoberfest

Die Linke	Für eine gute öffentliche Versorgung braucht es flächendeckend Trinkwasserbrunnen, frei zugängliche Sportanlagen, Bewegungsgeräte in Parks und barrierefreie, kostenlose Toiletten. Natürlich braucht es deshalb auch auf dem Oktoberfest die Möglichkeit, sich zu erfrischen, ohne sich im Zelt für teures Geld Wasser kaufen zu müssen.
München-Liste	Nicht jeder Durst muss mit einer Mass im Bierzelt gelöscht werden. Für Familien mit Kindern, aber auch für Erwachsene ist ein kostenloses Trinkwasser-Angebot sinnvoll.
ÖDP	Die Trinkwasserbrunnen sind eine Bereicherung und helfen bei kleinen Missgeschicken und Schwächemomenten unkompliziert weiter.
Die PARTEI	Das Deckmäntelchen des 'familienfreundlichen Volksfestes' muss unbedingt durch diese von der SPD gefeierten Feigenblätter bestehen bleiben.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Kostenlose Trinkwasserbrunnen erhöhen Gesundheit und Sicherheit auf dem Oktoberfest, insbesondere an heißen Tagen und bei Alkoholkonsum. Sie beugen Dehydrierung vor, entlasten Rettungsdienste und sind ein einfaches, wirksames Angebot für mehr Prävention und Verantwortung im öffentlichen Raum.

19. Das Sanierungsprojekt am Gasteig soll abgebrochen werden.

AfD

Eine kritische Überprüfung der Mehrkosten und mögliche Kosteneinsparungen sind unbedingt zu evaluieren und zu realisieren, bevor das Projekt weitergeführt wird.

Bayernpartei

Wir halten eine Sanierung des Gasteigs angesichts der immens gestiegenen Baukosten und der derzeitigen Haushaltslage für völlig unrealistisch. Unser Vorschlag lautet deshalb, das Gelände meistbietend zu verkaufen für Wohnungsbau, und mit dem eingenommenen Geld eine „Kulturmeile“ zu finanzieren vom Volkstheater über das HP8 bis zum Großmarktgelände, auf dem wir einen neuen Konzertsaal realisieren wollen.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

Wir sind dort für Wohnungsneubau und einen gemeinsamen Konzertsaal von Freistaat und Stadt.

FREIE WÄHLER

Der Gasteig ist ein zentraler Baustein der Kulturlandschaft der Landeshauptstadt. Die Sanierung ist angesichts seines baulichen Zustandes jedoch unabdinglich. Sicherlich sollte über die Ausgestaltung und finanzielle Tragweite der Finanzierung diskutiert werden, insgesamt stehen wir jedoch zu dem Projekt.

GRÜNE

Eine Kulturmetropole wie München braucht auch ein zentrales Kulturzentrum für Bildung, Kunst und Begegnung – und einen Großen Konzertsaal für seine Philharmoniker. Das größte Kulturzentrum Europas ist ein Gewinn für Stadt und Land. Wir wollen die kulturelle Nutzung des Gasteigs daher dauerhaft sichern.

19. Sanierungsprojekt am Gasteig

Die Linke	Die Sanierung wurde um Jahre verschleppt, weil die Stadt sich auf die Suche nach einem Investor gemacht hat, statt den Auftrag an eine städtische Tochtergesellschaft zu vergeben, wie von uns gefordert. Jetzt die Sanierung ganz abzubrechen nutzt niemandem etwas, sondern schadet nur der Kulturlandschaft in München.
München-Liste	Der Gasteig ist das kulturelle Zentrum Münchens mit ca. 1,7 Mio. Besuchern pro Jahr. Die Interimslösungen (Isarphilharmonie, Gasteig HP8) bieten nur einen Bruchteil der Kapazitäten. Die Veranstaltungen sind ein Magnet für auswärtige Besucherinnen und Besucher und stellen damit auch einen Wirtschaftsfaktor für Gastronomie und Hotellerie dar.
ÖDP	Der Gasteig war mit der Philharmonie, der Münchner Volkshochschule, der Stadtbibliothek und der Musikschule das größte Kulturzentrum Europas. Für die Errichtung eines neuen Konzertsaals in München besteht aktuell kein politischer Wille. Die zahlreichen weiteren Aufgaben, die der Gasteig vormals erfüllte, sind nicht annähernd gleichwertig ersetzt. Zu einer Sanierung besteht somit keine vernünftige Alternative.
Die PARTEI	Stuttgart und Hamburg, die Looser, haben nur EIN Millionengrab, wir haben ZWEI! Stammstrecke und Gasteig.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Der Gasteig soll ein zentraler Kulturort bleiben, doch das aktuelle Sanierungskonzept muss angesichts Kosten, Finanzlage und Stadtentwicklung neu bewertet werden. Wir wollen Raum für ein vielfältigeres Kulturzentrum und gleichzeitig auch für neuen Wohnraum schaffen. Bereits geleistete Planungen gehen nicht verloren, sondern können für ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept genutzt werden.

20. Im Uni-Viertel soll das Verkaufsverbot von To-Go-Alkohol für Kioske und Gaststätten ab 22 Uhr wieder eingeführt werden.

AfD

Keine weiteren Verbote und Gängelungen der Bürger, die bestehenden Gesetze und Verordnungen sind völlig ausreichend.

Bayernpartei

Wir halten die bestehen Regelungen für ausreichend. Woran es hapert, sind Kontrolle und Sanktionierung. Nur wenn die bestehenden Lärmschutzgesetze auch konsequent durchgesetzt werden, können die Anwohner in ihrem Ruhebedürfnis verlässlich geschützt werden und auch die Feierfreudigen zu ihrem Recht kommen. In einer Großstadt sind Kompromisse unerlässlich.

Bündnis Kultur

CSU

Wenn auf die Anwohner Rücksicht genommen wird, kann ein Verkauf stattfinden. Sollte die derzeitige Kompromisslösung nicht zielführend sein, muss das Verbot ggf. wieder in Kraft treten.

FDP

FREIE WÄHLER

Das Uni-Viertel ist ein Ort der Freude, der Begegnung, des Austausches. Nicht nur junge Menschen treffen sich dort und trinken zusammen z.B. ein Bier. Gemeinschaft fördert Zusammenhalt, baut Vorurteile ab und trägt zur Integration bei.

GRÜNE

Junge Menschen brauchen Orte zum Aufhalten und Feiern, besonders im Uni-Viertel. Viele sind von Armut betroffen und können sich Bars oder Kneipen nicht leisten. Günstige Alternativen wie Kioske ermöglichen Gemeinschaft unabhängig vom Geldbeutel. Gleichzeitig ist klar: Glasscherben auf Gehwegen und als Toiletten missbrauchte Hauseingänge sind inakzeptabel. Hier stehen Feiernde und insb. Kioskbetreiber in der Verantwortung.

20. Verkaufsverbot von To-Go-Alkohol

Die Linke	Verkaufsverbote lösen keines der bestehenden Probleme, sondern verdrängen Menschen, die es sich nicht leisten können – oder wollen – in den Gastronomiebetrieben teure Getränke zu kaufen, aus dem öffentlichen Raum. Das Recht auf Ruhe von Anwohnenden ist dabei natürlich auch zu berücksichtigen. Wir brauchen gemeinsame wirksame Lösungen für Lärmschutz und Müllreduzierung statt Symbolpolitik mit Verboten.
München-Liste	Die beste Lösung ist, wenn sich die Menschen sozialverträglich verhalten und Lärmbelästigungen in der Nacht vermeiden. Wir hoffen, dass das Verbot nicht wieder eingeführt werden muss.
ÖDP	Der nächtliche Alkoholkonsum im öffentlichen Raum führt häufig zu Ruhestörung und Vermüllung der Treffpunkte. Nicht selten kommt es im Weiteren dann zu noch schlimmeren Grenzüberschreitungen. Die Einschränkung des To-Go-Verkaufs stärkt zudem tendenziell die Kneipenkultur.
Die PARTEI	Anwohner nerven und sollten nach 22 Uhr umgesiedelt werden.
Rosa Liste	
SPD	Wir setzen auf Dialog und Rücksichtnahme statt Verbote, aber Lärmschutz muss eingehalten werden.
Volt	Ein pauschales Verkaufsverbot greift zu kurz und schränkt Kioske und Gastronomie unverhältnismäßig ein. Die Verkaufserlaubnis ermöglicht soziale Treffpunkte und wirtschaftliche Vielfalt. Junge Menschen brauchen Raum, um sich zu treffen und Stadt auch abends lebendig zu nutzen. Statt Verboten setzen wir auf Prävention, Dialog, gute Stadtgestaltung, Sauberkeit und gezielte Hilfsangebote, um Nutzungskonflikte nachhaltig zu lösen.

21. Subventionierte Breitensport-Programme der Stadt München sind wichtig und sollen fortgeführt werden.

AfD

Breitensport in Vereinen hat Tradition und eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Wenn überhaupt, sollte im Sportbereich an Großprojekten wie die Actionsporthalle oder Eis- und Funsportzentren gespart werden, ggf. auch bei der Bewerbung auf sportliche Großveranstaltungen.

Bayernpartei

Wir sehen den Breitensport eher als Aufgabe der Vereine. Vereine erfüllen außerdem eine soziale Aufgabe, und gerade in der Kinder- und Jugendarbeit vermitteln sie Gemeinschaftsgefühl, Fairness und soziale Verantwortung. Sportvereine können aber nur existieren, wenn sie genügend engagierte Mitglieder haben.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Subventionierte Breitensportprogrammen sind wichtig, sollen fortgeführt und sogar weiter ausgebaut werden. Sport trägt zur Gesundheitsförderung bei, stellt einen Ausgleich zum schulischen/studentischen/Arbeits- Leben dar. Sport macht glücklich und ist ein wesentliches Element der Integration.

GRÜNE

Sport fördert die Gesundheit, vermittelt gegenseitigen Respekt & bringt die Stadtgesellschaft zusammen. Alle Menschen in der Stadt sollen deshalb einfachen Zugang zu Sportangeboten haben. Wir unterstützen dafür unsere engagierten Sportvereine. Wir fördern zudem städtische Sportangebote, die gezielt Menschen ansprechen, die eher seltener Zugang zu den Angeboten der Sportvereine finden. Diese Angebote sollen barrierearm, kostenlos & mehrsprachig sein, um möglichst viele Menschen zu erreichen

21. Breitensportprogramme

Die Linke	Das Angebot an öffentlich nutzbaren Sportstätten hinkt in München bereits jetzt der Nachfrage hinterher. Die Subventionen zu stoppen wäre ein fataler Rückschritt.
München-Liste	Breitensport ist ein wichtiger Baustein zum Erhalt der Gesundheit, aber auch für ein gutes, soziales Zusammenleben. Kürzungen oder gar Streichungen bei Breitensport-Programmen führen zu Mehrausgaben im Gesundheitswesen.
ÖDP	Vereinssportangebote sollen insbesondere für Kinder und Jugendliche weiter bezuschusst werden.
Die PARTEI	Jedem Bezirk ein TC Iphitos! Besonders Tennismillionäre brauchen weitere Unterstützung.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Subventionierte Breitensportangebote wie Vereinssportförderung, kostenfreie oder günstige Bewegungsprogramme in Parks, Schulsportkooperationen und offene Angebote für Kinder, Jugendliche und Senior:innen sind zentral für Gesundheit und Zusammenhalt. Diese Programme sollen fortgeführt und gezielt ausgebaut werden, damit Sport für alle in München zugänglich bleibt.

22. Schüler*innen in München sollen das Deutschlandticket zum Preis des bayerischen Ermäßigungstickets erhalten.

AfD

Die aktuelle Regelung ist ausreichend.

Bayernpartei

Wir setzen uns ein für kostenlosen ÖPNV für alle Kinder bis einschließlich 14 Jahre – ohne Bürokratie, ohne Berechnung der Schulweglänge, für alle gleich und unkompliziert.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

Der Freistaat sollte für Schulwegfreiheit zuständig sein.

FREIE WÄHLER

Münchens Schülerinnen und Schüler sollen ortunabhängig mobil sein, das gilt nicht nur im Bereich der Stadt München, sondern darüber hinaus.

GRÜNE

Prinzipiell wäre es sinnvoll, wenn Schüler*innen ein Deutschlandticket zum Preis des bayerischen Ermäßigungsticket erhalten würden – dies ist aber keine kommunale Entscheidung. Eine Weiterentwicklung dieses Angebots zu einem Deutschlandticket kann nur in Absprache mit dem MVV erfolgen und nur dann, wenn der Freistaat, in dessen Verantwortung wesentliche Teile der Schüler*innen-Beförderung liegen, einen entsprechenden Ausgleichsbeitrag zur Kompensation von Mindereinnahmen bereitstellt.

22. Deutschlandticket für Schüler*innen

Die Linke	Wir fordern grundsätzlich einen ticketfreien ÖPNV. Bis dieses Ziel erreicht ist, sind Maßnahmen zu Vergünstigungen wie das Ermäßigungsticket für Schüler*innen ein guter Schritt in die richtige Richtung.
München-Liste	Hier ist die Umsetzung ein Problem. Die Stadt München muss für Schüler*innen die Zuschüsse an DB/Freistaat/Verkehrsverbünde zahlen: welcher Schlüssel? Das Ticket gilt dann nur für Schüler*innen in München, aber nicht in anderen bayerischen Gemeinden. Daher ist eine rein Münchner Umsetzung schwierig und eher auf Landesebene zu realisieren.
ÖDP	Das Deutschlandticket sollte für alle Münchner Schüler*innen und Schüler unabhängig davon, ob für den Schulweg nötig oder nicht, als Ermäßigungsticket abgegeben werden. Mittelfristig sollte nach unserer Auffassung die ÖPNV-Nutzung für Kinder und Jugendliche vollständig kostenfrei werden.
Die PARTEI	Das vergünstigte Deutschlandticket für Schüler*innen soll ausschließlich unbürokratisch in dreifacher Ausfertigung per Telefax oder Fernschreiber beantragt werden können, auf Formblatt D-23b („Ermäßigter ÖPNV-Berechtigungsnachweis für junge Personen mit schulischer Anwesenheitspflicht“), inklusive einer beglaubigten Kopie der Unterschrift der Erziehungsberechtigten, eines Passfotos im Querformat, sowie einer Stempelmarke der Schule zu die nur dienstags erhältlich ist.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Volt möchte das Ticket für Schüler*innen nicht nur günstiger machen, sondern kostenfrei. Unser Ziel ist es, den ÖPNV für alle unter 25 kostenfrei zu machen. Dadurch sollen Familien und Menschen in Ausbildung entlastet und die Teilhabe in der Stadt verbessert werden. So schaffen wir eine faire Grundlage für alle, auf nachhaltige Verkehrsmittel umzusteigen.

23. Die Stadt München soll mehr in Straßenbau als in Tram-, Bus- und U-Bahnlinien investieren.

AfD

Der Straßenbau wurde in letzter Zeit zu sehr vernachlässigt. Hiervon sind nicht zuletzt auch Bus und Tram betroffen. Aber auch U- und S-Bahn sind wichtig und dürfen nicht vernachlässigt werden.

Bayernpartei

Wir wollen ÖPNV und Straßenverkehr nicht gegeneinander ausspielen. Kein Rückbau der vorhandenen Straßen, keine immer weitgehendere Einschränkung der Zufahrten zur Innenstadt, keine überdimensionierten grünen Radwege. Dafür ein sinnvoller Ausbau des ÖPNV, sofern er in der aktuellen Finanzlage bezahlbar ist.

Bündnis Kultur

CSU

Das kann so pauschal nicht beantwortet werden - wir wollen ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Verkehrsarten. D.h. alle Verkehrsarten müssen gleichberechtigt ausgebaut und nicht eine Verkehrsart gegen die andere ausgespielt werden. Entscheidend ist immer auch, welcher Bedarf für welche Menge an Menschen und im Hinblick auf die örtlichen Gegebenheiten besteht.

FDP

Es soll bedarfsgerecht investiert werden, ohne ideologische Vorgaben.

FREIE WÄHLER

Die Verkehrsinfrastruktur ist für alle Bürger und Bürgerinnen essentiell wichtig, egal mit welchem Verkehrsmittel, sei es das Auto, die Tram, der Bus, etc. Investitionen in die gesamte Verkehrsinfrastruktur sind von Nöten, keine Bevorzugung einzelner Verkehrsmittel.

GRÜNE

Der Platz und die finanziellen Mittel in unserer Stadt sind begrenzt. Deshalb setzen wir klare Prioritäten. Statt in teure Autotunnel investieren wir in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und in sichere Fuß- und Radwege. Dies nutzt auch Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind und reduziert das Verkehrsaufkommen und Staus. Gleichzeitig sanieren wir Brücken und Tunnel und stellen damit sicher, dass die bestehende Straßeninfrastruktur in Stand gehalten wird und sicher bleibt.

23. Investition in Straßenbau

Die Linke	Wir setzen klar auf öffentliche Verkehrsmittel – vorzugsweise überirdisch – und Radverkehr um eine zukunftssträchtige Mobilität für München zu schaffen. Straßen für den motorisierten Individualverkehr zu bauen erhöht lediglich das Verkehrsaufkommen und steht unserem Ziel, eine Auto-arme Stadt zu entwickeln, im Wege.
München-Liste	Der öffentliche Nahverkehr soll und muss den Individualverkehr entlasten, damit die Klimaziele erreicht werden können. Allerdings erfordern die Busse auch ein funktionstüchtiges Straßennetz. Deshalb: sinnvolle Investitionen in ÖPNV bei Erhalt und Verbesserung der Straßennetzes.
ÖDP	Das Auto stößt in der Stadt zunehmend an Kapazitätsgrenzen, die auch mit einer anderen Antriebstechnik nicht zu überwinden sind. Daher glauben wir, dass der Anteil des KfZ-Verkehrs sukzessive gesenkt und die öffentlichen Verkehrsmittel massiv ausgebaut werden müssen. Die Verkehrsinfrastruktur ist so umzubauen, dass mehr Haushalte auf ein eigenes Auto verzichten und verstärkt auf Rad, Bus und Bahn umsteigen können.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme zu“ angegeben.)	Ja denn Asphalt und Beton sind leider geil! (ÖPNV und Radwege sind doch auch Beton.)
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Straßen sind, genau wie der ÖPNV, ein Service an die Bürger. Volt wird die bestehende Straßeninfrastruktur in Stand halten, aber nicht weiter ausbauen. Volt will hingegen in nachhaltige Verkehrsmittel investieren, um die Verkehrswende in München weiter zu bringen.

24. An der Stadtgrenze sollen kostenfreie P&R Parkplätze angeboten werden.

AfD

Das ist ein attraktives Angebot für Pendler, die dann die letzte Strecke ohne Auto zurücklegen können.

Bayernpartei

P&R Parkplätze müssen nicht kostenlos sein. Wichtig ist eine gute Verfügbarkeit rund um das gesamte Stadtgebiet und eine Integration der P&R Parkplätze und Parkhäuser in die städtische Handypark-App, damit Pendler auf einen Blick alle verfügbaren Parkmöglichkeiten sehen können. Gut angebundene P&R Parkplätze entlasten das Münchner Straßennetz und sorgen für weniger Verkehr und weniger Stau in der Stadt.

Bündnis Kultur

CSU

Die öffentlichen „Park & Ride“-Anlagen leisten einen wertvollen Beitrag zum umweltfreundlichen Verkehr, indem sie bereits im Umland und am Stadtrand einen Umstieg in den ÖPNV ermöglichen. Parken am Stadtrand und die Weiterfahrt mit U-Bahn, S-Bahn, Bus und Tram darf aber im Vergleich zur Weiterfahrt und Parken in der Stadt nicht teurer sein!

FDP

FREIE WÄHLER

P&R Parkplätze sind in einer Stadt mit vielen Pendlern wichtig. Tausende Menschen arbeiten in der Stadt. Wenn es die Möglichkeit des Parkens am Stadtrand gibt, hat dies positive Auswirkungen auf das innerstädtische Verkehrsaufkommen, verbessert die Luftqualität und reduziert den Straßenlärm.

GRÜNE

Prinzipiell ist P & R ein wichtiges Angebot, allerdings v.a. an S-Bahn-Stationen im Münchner Umland. Grundsätzlich verursachen Bau und Betrieb entsprechender Anlagen relativ hohe Kosten, so dass P&R-Anlagen auf Stadtgebiet nicht kostenfrei vorgehalten werden können. Wir setzen auf dem Stadtgebiet außerdem auf Bike & Ride, das weitaus geringere Kosten verursacht. Viele Bahnhöfe sind gut mit dem Fahrrad zu erreichen.

24. Kostenlose P&R Parkplätze

Die Linke	Unser Ziel ist eine Auto-arme Stadt und eine generelle Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Gleichzeitig sehen wir ein, dass es Menschen gibt, für die das Auto für Fahrten außerhalb der Stadt notwendig sein kann. Wenn die P&R Parkplätze so gestaltet werden können, dass sie den Menschen zugutekommen, die das wirklich brauchen, sind wir dafür. Eine Verlegung des gesamten Automobilaufkommens an den Stadtrand auf Kosten der Allgemeinheit lehnen wir hingegen ab.
München-Liste	Ein P&R Parkplatz benötigt einen Erhaltungsaufwand. Hier soll der Autofahrer einen Beitrag mit einer gemäßigten Gebühr leisten. Diese darf aber nicht zu hoch sein, damit sie nicht den gewünschten Umstieg von PKW auf ÖPNV verhindert.
ÖDP	Die Vernetzung von KfZ-Verkehr im ländlichen Raum und leistungsfähigen ÖPNV-Angeboten in den Zentren (S-Bahn) muss attraktiver gestaltet werden. Die Ausdehnung des MVV-Tarifgebiets und die bessere Vernetzung mit dem Umland ermöglicht es künftig die Umstiegspunkte deutlich jenseits der Stadtgrenzen zu wählen. Kostenfreie Parkplätze können hierbei finanzielle Anreize zum Umstieg schaffen.
Die PARTEI	riesige Parkhäuser sollen gebaut werden, denn Beton ist leider geil!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Strategisch gut platzierte P+R-Anlagen an der Stadtgrenze erleichtern den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr. Volt setzt auf attraktive, gut angebundene Angebote, die Verkehr reduzieren, bevor er in die Stadt gelangt. Ob P+R kostenfrei oder günstig angeboten wird, hängt von der Finanzierung ab – etwa durch eine mögliche City-Maut. Entscheidend sind gute Anbindung und hohe Nutzung.

25. Alle neuen und sanierten Radwege sollen so gestaltet sein, dass sie baulich von der Straße getrennt sind, zum Beispiel durch Bordsteine, Grünstreifen oder bauliche Barrieren.

AfD

Nur, wenn der vorhandene Platz ausreicht und die Kosten im Rahmen bleiben. Wo es die Verkehrssicherheit zulässt, sollten sogenannte „geteilte Räume“ geschaffen werden, in denen es keine Barrieren zwischen Straße und Rad- / Fußwegen gibt. So hat jeder Verkehrsteilnehmer den momentan benötigten Raum zur Verfügung, gegenseitige Rücksichtnahme vorausgesetzt.

Bayernpartei

Eine bauliche Trennung von Radweg und Straße ist in vielen Fällen unnötig und kann sogar gefährlich sein, weil es im Notfall für Feuerwehr und Rettungsdienst nicht mehr möglich ist, auszuweichen über den Radstreifen. Rettungszeiten, die ohnehin in München schon schwer einzuhalten sind, können sich dadurch noch verlängern.

Bündnis Kultur

Wichtig ist die Umsetzung des von den Münchner Bürger*innen geforderten Radentscheids: Sichere, breite und komfortable Radverkehrsanlagen, damit in München alle mit dem Fahrrad komfortabel voran kommen.

CSU: Die CSU ist für die bauliche Trennung der Verkehrsarten.

FDP

FREIE WÄHLER

Bereits neu geschaffene oder sanierte Radwege sollten nicht umgebaut werden. Das verursacht nicht nur weitere Baustellen in der Stadt, sondern auch unnötige Kosten – Gelder, die für neue Radwege verwendet werden können. Beim Bau neuer Radwege kann eine bauliche Trennung von der Straße sinnvoll sein, muss aber im Einzelfall nach den Gegebenheiten vor Ort gewählt werden.

GRÜNE

Wo immer möglich sollen Radwege baulich von der Straße getrennt errichtet werden. In Zeiten knapper Kassen ist es aber oft sinnvoll, bestehende Fahrspuren ohne großen baulichen Aufwand zu sicheren Radwegen umzuwandeln. Dabei setzen wir auf Protektionselemente oder Bordsteine. An wichtigen Ausrückstraßen für Feuerwehr und Rettungsdienste muss zudem eine entsprechende Befahrbarkeit für Einsatzfahrzeuge gewährleistet sein.

25. Baulich getrennte Radwege

Die Linke	Sichere Fahrradwege sind ein wichtiger Schritt in Richtung einer ökologischen und nachhaltigen Stadt. Wir wollen die Fahrradwege jedoch nicht nur von der Straße abgrenzen, sondern die gesamte Logik des Straßenbaus umdenken – mit weniger Autospuren und Parkplätzen und mehr Spielstraßen, Schulstraßen und Fahrradwegen.
München-Liste	Sicherheit für Radfahrer ist ein wichtiges Thema, wenn wir mehr Fahrten aufs Fahrrad bekommen wollen. Eine bauliche Abgrenzung ist eine gute Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit.
ÖDP	An Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen oder einer Höchstgeschwindigkeit über 30 km/h braucht es baulich getrennte und gut sichtbar markierte Radwege von wenigsten 1,20 m Breite. Darüber hinaus kann der Radverkehr auch im Straßenraum geführt werden, die Ausweisung von Fahrradstraßen hat sich diesbezüglich bewehrt.
Die PARTEI	Und zwar mit Leopardenmuster und Stacheldraht!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Baulich getrennte Radwege erhöhen die Sicherheit deutlich und verhindern, dass Lieferfahrzeuge oder Autos Radwege blockieren. So müssen Radfahrende nicht gefährlich auf die Straße ausweichen. Getrennte Infrastruktur schafft klare Räume, verbessert den Verkehrsfluss und kann im Notfall auch von Einsatzfahrzeugen genutzt werden.

26. In der Stadt München sollen U-Bahnen auch unter der Woche die ganze Nacht fahren.

AfD

Das ist wünschenswert. Die Herausforderung wird sein, ausreichend Fahrpersonal zu finden.

Bayernpartei

Wir wollen ein bedarfsgerechtes ÖPNV-Angebot auch unter der Woche nachts. Dies muss aber nicht unbedingt durch U-Bahnen bereitgestellt werden, es kann auch durch Bussen und Trambahnen erfolgen.

Bündnis Kultur

CSU

Auf Initiative der CSU fahren die U-Bahnen an den Wochenenden seit diesem Jahr durch. Das trägt den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden Rechnung. Eine Ausweitung dieser Regelung ist derzeit nicht erforderlich.

FDP

FREIE WÄHLER

München ist eine Weltstadt. Eine durchgehende Nacht-U-Bahn, auch unter der Woche, erhöht die Mobilität für Schichtarbeitende, Studierende und Nachtschwärmer, entlastet Taxis und Autos, verbessert die Sicherheit und macht München moderner sowie lebenswerter.

GRÜNE

Der U-Bahn-Nachtverkehr soll möglichst auf die gesamte Woche und das Gesamtnetz ausgeweitet werden, nicht als attraktives Angebot an Feiernde, sondern auch an z.B. Schichtarbeiter*innen.

26. Nacht U-Bahn

Die Linke	Mobilität muss für alle gewährleistet sein. Wir wollen eine Stadt, in der möglichst wenige auf das private Auto angewiesen sind. Dafür braucht es barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel die auch nachts nutzbar sind, bis in die äußeren Stadtbezirke.
München-Liste	Der Wunsch nach U-Bahnverkehr in der Nacht auch unter der Woche ist verständlich. Das muss gegenüber dem potenziellen Fahrgastaufkommen abgewogen werden, damit nicht U-Bahnen für einzelne Fahrgäste fahren müssen. Evtl. sind andere Konzepte wie z.B. Rufbusse eine günstigere Lösung für Finanzen, Fahrgäste und Fahrer.
ÖDP	Nachdem die Nachtfahrten der U-Bahnen am Wochenende gut angenommen werden, stellt sich eine Ausweitung des Angebots auf die Werktage als sinnvoller nächster Schritt dar. Damit würde das U-Bahnnetz zum Kernstück eines künftig verbesserten Nachtliniennetzes werden.
Die PARTEI	Ja natürlich! Die MVG muss gegen die drohende Gefahr der Flugtaxis konkurrenzfähig bleiben!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Ein verlässlicher Nachtverkehr ist wichtig, damit Menschen auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten mobil bleiben können. Statt sich nur auf die U-Bahn zu konzentrieren, setzt Volt auf ein starkes Gesamtkonzept: Nachtbusse, Tram, U-Bahn und S-Bahn sollen sinnvoll verzahnt und ausgebaut werden. So stellen wir sicher, dass alle Münchner:innen zu jeder Uhrzeit zuverlässig und sicher unterwegs sein können.

27. Der Ausbau des Flughafen München mit einer dritten Startbahn ist wichtig für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt München.

AfD

Die Verkehrssituation ist bereits jetzt untragbar. Zusätzliche Industrie und Warenabwicklung sollte in weniger dicht besiedelten Regionen angesiedelt werden, auch um diese wirtschaftlich zu stärken.

Bayernpartei

Der Münchner Flughafen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und ein Erfolgsmodell für unsere Stadt, der auch viele Arbeitsplätze in den unterschiedlichsten Bereichen bietet. Er stößt aber bereits jetzt an seine Kapazitätsgrenzen. Damit der Flughafen weiterhin erfolgreich sein und in der Konkurrenz mit Frankfurt und anderen europäischen Städten bestehen kann, braucht es eine dritte Startbahn.

Bündnis Kultur

CSU

Ein Ausbau ist derzeit aber nicht vorgesehen. Außerdem hängt das vom Flugaufkommen ab.

FDP

FREIE WÄHLER

Eine dritte Startbahn verursacht hohe Kosten, belastet Klima und Anwohner und ist angesichts von Lärmschutz, Klimazielen und bestehenden Kapazitäten nicht notwendig für Münchens wirtschaftliche Zukunft.

GRÜNE

Wir stehen zum Ergebnis des Bürgerentscheids von 2012, in dem die Münchner*innen den Bau einer 3. Startbahn am Flughafen München abgelehnt haben. Klimapolitisch ist der Ausbau des Flughafens nicht mit den Zielen der Stadt München vereinbar. Die Lärmbelastung sowie der Flächenbedarf durch den Flughafen sind bereits jetzt hoch und soll nicht weiter steigen.

27. Dritte Startbahn

Die Linke	Die Debatte um die dritte Startbahn wird bald 20 Jahre Geschichte haben. Wir haben in dieser Zeit immer noch keine guten Argumente gehört, weshalb sie für die Zukunft der Stadtbevölkerung wichtig sein soll. Dass – angesichts der immer weiter eskalierenden Klimakatastrophe – von einigen Seiten immer noch an diesen Plänen festgehalten wird, halten wir für eine dramatische Realitätsverweigerung.
München-Liste	Wir wollen weniger Flugverkehr im Sinne des Klimaschutzes. Die Lufthansa streicht viele innerdeutsche Flüge. Ein Bürgerentscheid in München hatte sich gegen die dritte Startbahn ausgesprochen. Der Bau der dritten Startbahn würde dem Bürgerentscheid widersprechen, das Versprechen der Landesregierung brechen und für die Menschen in Freising und Umgebung eine große Belastung erzeugen.
ÖDP	Flugverkehr ist die klimaschädlichste Art der Fortbewegung. Ein weiterer Ausbau des Münchener Flughafens führt somit verkehrspolitisch in die falsche Richtung und würde viel Geld binden, dass sinnvoller in die Mobilitätswende investiert würde. Die dritte Startbahn wurde zudem per Bürgerbegehren abgelehnt, was einem demokratischen Auftrag an alle Entscheidungsträger gleichkommt. Gänzlich neue Gesichtspunkte haben sich seither nicht ergeben.
Die PARTEI	Man kann zwar nur auf drei Beinen gut stehen, aber die Zeiten erfordern eine zweite Panzerteststrecke, keine Startbahn!
Rosa Liste	
SPD (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme zu“ angegeben.)	
Volt	Der wirtschaftliche Erfolg Münchens hängt nicht von weiterem Flugverkehrswachstum ab, sondern von Innovation, Fachkräften, Digitalisierung und nachhaltiger Erreichbarkeit. Eine dritte Startbahn verursacht hohe Kosten, zusätzliche Emissionen und Lärmbelastung, ohne die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Wir setzen auf effiziente Nutzung bestehender Kapazitäten und klimafreundliche Alternativen.

28. Sharing-E-Scooter und -fahräder dürfen nur noch an ausgewiesenen Flächen abgestellt werden, selbst wenn die Flexibilität des Angebots dadurch eingeschränkt wird.

AfD

Zu häufig werden die Gefährte mitten auf dem Gehweg abgestellt, oder irgendwo ins Gebüsch geworfen. Eigentlich sind derartige Leihfahrzeuge wegen der zu hohen Subventionskosten und der hohen Unfallzahlen abzuschaffen.

Bayernpartei

Erlaubtes Abstellen nur in bestimmten Zonen konterkariert den Zweck von Mobilitätsangeboten für die sogenannte „letzte Meile“, deshalb sprechen wir uns dagegen aus. Verkehrsgefährdendes Abstellen von E-Scootern und Bikes muss aber deutlich besser kontrolliert und sanktioniert werden, ebenso das verbotene Fahren in Fußgängerzonen. Die technischen Möglichkeiten dazu gibt es (Geo-Fencing, Abstellnachweis per Handyfoto), sie müssen nur konsequent umgesetzt werden.

Bündnis Kultur

CSU

Immer wieder beschweren sich Bürgerinnen und Bürger über achtlos abgestellte und die Wege versperrende Scooter. Sie sind außerdem eine Gefahr für Stürze. Daher sind Flächen zur Rückgabe sinnvoll.

FDP

FREIE WÄHLER

Feste Abstellflächen sorgen für Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum, verhindern blockierte Gehwege und erhöhen die Akzeptanz von Sharing-Angeboten.

GRÜNE

E-Scooter sind ein wichtiges Angebot zur Ergänzung des Verkehrsmixes in der Stadt. Durch das oftmals unachtsame Abstellen von E-Scooter, beispielsweise quer über den Gehweg, entsteht aber eine nicht unerhebliche Gefahr für blinde und sehbehinderte Menschen. Deshalb ist diese Maßnahme leider notwendig. Voraussetzung dafür ist aber ein stadtweites dichtes Netz an Abstellflächen, so dass die nächste Abstellfläche in der Regel direkt ums Eck ist.

28. Abstellflächen für E-Scooter

Die Linke	Das beliebige Abstellen von Sharing-E-Scootern und -Fahrrädern beeinträchtigt sehr oft die Barrierefreiheit der ohnehin häufig engen Gehwege und macht die Durchfahrt für Kinderwagen oder Rollstühle nahezu unmöglich.
München-Liste	Leider hat rücksichtsloses Parkverhalten zu erheblichen Behinderungen und Gefährdungen durch Sharing-E-Scooter und Fahrräder auf Geh- und Radwegen geführt. Daher sind wir im Sinne der Verkehrssicherheit für ausgewiesene Abstellflächen. Wir hoffen, dass die Sharing-Fahrzeuge weiterhin ein nützliches Verkehrsmittel für Kurzstrecken bleiben.
ÖDP	Das rücksichtnehmende Abstellen von E-Scootern funktioniert aktuell regelmäßig nicht und führt nicht selten zu Gefährdungen von anderen Verkehrsteilnehmern. Sinnvollerweise ergänzen diese Sharingfahrzeuge das ÖPNV-Angebot, so dass Abstellflächen im Umfeld von Haltestellen nur folgerichtig erscheinen.
Die PARTEI	Alle 2000 Meter eine Parkplatzinsel. Mit einem Parkwächter! (Wir schaffen Arbeitsplätze!) Zu seinem endgültigen Ziel kommt man dann bequem per Uber. #Überbürgermeister
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Sharing-E-Scooter und -fahrräder sind wichtig für eine nachhaltige Mobilität, dürfen aber den öffentlichen Raum nicht unsicher machen. Fest ausgewiesene Abstellflächen verhindern das Blockieren von Geh- und Radwegen und erhöhen die Barrierefreiheit. Viele, gut verteilte Stellplätze mit kleiner Kapazität sichern Ordnung und Sicherheit, ohne die Flexibilität des Angebots unangemessen einzuschränken.

29. Die Ampelschaltungen in der Stadt München sollen stärker auf den ÖPNV und den Radverkehr abgestimmt werden.

AfD

Im Gegenteil, die Vorrangschaltung für Bus und Tram sollte abgeschafft werden, da sich niemand mehr auf die Ampelschaltungen einstellen kann, was den Verkehrsfluss behindert. Stattdessen soll flächendeckend „Grüne Welle“ eingeführt werden, sowie Ampeln in den Tages- und Nachtzeiten abgeschaltet werden, soweit es die jeweilige Verkehrssituation von der Sicherheit her zulässt.

Bayernpartei

Die Ampel in München sollen so geschaltet sein, dass sie für alle Verkehrsarten einen möglichst reibungslosen Ablauf gewährleisten. Fließender Auto- und Radverkehr, ein gutes Durchkommen für Tram und Busse und sichere, ausreichend lange Querungsmöglichkeiten für Fußgänger sind gleichberechtigt wichtige Ziele und sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Bündnis Kultur

CSU

Die Verkehrsbeschleunigung führt bereits jetzt zu grünen Wellen für Busse und Tram. Es kann nicht für alle 'grüne Wellen' geben. Das Abbremsen und Anfahren von motorisierten Fahrzeugen belastet die Umwelt mehr, daher ist eine 'grüne Welle' für die KfZ vorzuziehen vor einer für Radlerinnen und Radler. Insgesamt bedarf es einer intelligenten digitalen Verkehrssteuerung.

FDP

FREIE WÄHLER

Eine stärkere Bevorzugung von ÖPNV und Radverkehr kann den Autoverkehr zusätzlich ausbremsen, Staus verlagern und die Erreichbarkeit für Pendler sowie den Wirtschaftsverkehr verschlechtern.

GRÜNE

Ampelschaltungen sind in München in der Regel meist schon für den ÖPNV bevorzugt, auf wichtigen Fahrradrouten ist dies aber bislang nur in Pilotversuchen erfolgt. Gleichzeitig müssen insbesondere die Bedürfnisse des Fußverkehrs wo immer möglich stärker gewichtet werden, zB durch längere Grünphasen für den Fußverkehr, neuartiger Ansätze wie Rundumgrün oder smarte Ampelschaltungen, die zB dann länger auf grün schalten, wenn besonders viele Schüler*innen zu Fuß unterwegs sind.

29. Ampelschaltung für ÖPNV und Rad

Die Linke	Um eine Auto-arme Stadt zu schaffen muss das Fahren mit ÖPNV und Fahrrad eine praktikable und angenehme Alternative zum motorisierten Individualverkehr werden. Das Bevorzugen von diesen Verkehrsmitteln bei der Einstellung der Ampelschaltungen ist ein wichtiges Mittel, um das zu erreichen.
München-Liste	Beim ÖPNV gibt es bereits zahlreiche Vorrang-Schaltungen an wichtigen Kreuzungen. Dies kann sicher noch erweitert werden. Für Fahrräder ist dies viel schwieriger, weil die Geschwindigkeiten zu unterschiedlich sind. Es ist nicht sinnvoll, dysfunktionale Technik in Verkehrsampeln einzubauen, die den Gesamt-Durchsatz eher verringert, nur damit ein Fahrrad etwas schneller über die Kreuzung kommt.
ÖDP	Das System der Grünen Welle für ÖPNV und Radverkehr erhöht deren Attraktivität. Wichtig erscheint uns zudem die Wartezeiten für Fußgänger über kurze Ampelphasen bzw. kurze Anforderungszeiten zu minimieren.
Die PARTEI	Außerdem fordern wir Kreisverkehre statt Ampeln im gesamten Stadtgebiet und autonom fahrende E-Bikes welche die Ampeln selbständig steuern können!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Intelligente Ampelschaltungen verbessern den Verkehrsfluss und machen ÖPNV und Radverkehr schneller und zuverlässiger. Das erhöht ihre Attraktivität und sorgt dafür, dass mehr Menschen umsteigen. Fahrräder und der ÖPNV müssen bei der Planung stärker priorisiert werden. Modelle wie wetterabhängige Ampelschaltungen können zusätzlich helfen, den Radverkehr auch bei schlechtem Wetter zu stärken.

30. Der ÖPNV in der Stadt München soll für Einwohner*innen und Pendler*innen kostenlos sein.

AfD

Denn die finanzielle Deckungslücke muss sonst von allen Bürgern ausgeglichen werden.

Bayernpartei

Nicht alle öffentlichen Dienste können und sollen gratis sein. Wir brauchen die Einnahmen aus dem Ticketverkauf, um ein flächendeckend gutes ÖPNV-Angebot finanzieren zu können und darüber hinaus noch Linien und Strecken ausbauen zu können.

Bündnis Kultur

CSU

Das ist schlicht nicht finanzierbar.

FDP

FREIE WÄHLER

Ein kostenloser ÖPNV entlastet Bürgerinnen und Bürger finanziell, fördert den Umstieg vom Auto, reduziert Verkehr und Emissionen und verbessert die Lebensqualität in München.

GRÜNE

Kostenloser ÖPNV ist ein erstrebenswertes Ziel, allerdings muss eine solche Entscheidung auf Bundesebene bzw. zwischen Bund und Ländern getroffen werden – die Finanzierung eines solchen Angebots ist über kommunale Haushalte nicht möglich. Wenn es finanziell möglich wäre, sollte es zunächst Priorität sein, für alle unter 21 und alle über 80 kostenlosen ÖPNV anzubieten.

30. Kostenloser ÖPNV

Die Linke	Der ÖPNV gehört aus unserer Sicht – im Sinne einer Mobilität für alle – ticketfrei gestaltet. Wir sehen jedoch keinen Nutzen darin, durch Bürokratieaufwand dieses Angebot auf Einwohner*innen und Pendler*innen zu beschränken.
München-Liste	Wir müssen auf die Finanzlage der Stadt München achten. Es ist derzeit nicht möglich, den ÖPNV für die Bewohner*innen komplett zu finanzieren. Es gibt eine Reihe von günstigen Angeboten (Deutschland-Ticket, Bayern-Ticket, Schüler-Ticket usw.), mit denen man die Fahrtkosten gut in Grenzen halten kann.
ÖDP	Ein kostenfreies Nutzen von Bus und Bahn im Stadtgebiet würde den Abschied vom eigenen Auto für Viele attraktiv machen. Die Transportkapazitäten müssen aber dem dann steigenden Bedarf auch gewachsen sein.
Die PARTEI	JA! Fahren ohne Fahrschein bleibt aber weiterhin illegal.
Rosa Liste	
SPD	Mobilität muss bezahlbar bleiben – für die Fahrgäste, aber auch für die Stadt. Damit alle Projekte verwirklicht werden können, ist München aber auf die finanzielle Unterstützung von Bund und Land angewiesen. Wir setzen uns für die Sicherung des Deutschlandtickets ein und fordern eine preiswerte Variante für Menschen mit wenig Geld.
Volt	Langfristig wollen wir einen kostenfreien ÖPNV für alle, weil er soziale Teilhabe stärkt und Verkehr verlagert. Kurzfristig ist das finanziell noch nicht realisierbar. Volt setzt deshalb auf einen stufenweisen Einstieg: Zuerst kostenloser ÖPNV für junge Menschen unter 25 Jahren, kombiniert mit Investitionen in Qualität, Ausbau und Zuverlässigkeit.

31. In der Stadt München sollen autonome Kleinbusse und Taxen fahren.

AfD

Diese Technologie ist in einer Stadt wie München nicht ohne zu große Verkehrsrisiken umsetzbar.

Bayernpartei

Fortschritt lässt sich nicht aufhalten – und autonomes Fahren wird schon in naher Zukunft fester Bestandteil unseres Stadtverkehrs sein. Wir wollen neue Technologien fördern und ihnen keine Steine in den Weg legen. Das bedeutet aber nicht, dass alles von der Stadt finanziert oder subventioniert werden soll, sondern dass die Stadt gute Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt.

Bündnis Kultur

CSU

Wenn das technisch gefahrlos möglich ist.

FDP

FREIE WÄHLER

Autonome Kleinbusse und Taxis können den ÖPNV sinnvoll ergänzen, den Verkehr effizienter machen, den Fahrermangel ausgleichen und die Mobilität in München zukunftsfähig gestalten.

GRÜNE

Autonome Kleinbusse und Sammeltaxis können eine wichtige Ergänzung für den ÖPNV in der Stadt sein, insbesondere am Stadtrand, im Spät- und Nachtverkehr und auf weniger stark nachgefragten Verbindungen. Autonome Kleinbusse und Sammeltaxis sollten eine Ergänzung zum ÖPNV bieten. Den möglichen flächendeckenden Einsatz von sog. Robo-Taxis durch milliardenschwere Tech-Konzerne in Konkurrenz zum ÖPNV sehen wir kritisch.

31. Autonome Kleinbusse und Taxen

Die Linke	Die Taxifahrer*innen in München werden bereits von Uber über disruptive Markttaktiken in die Enge getrieben. Autonome Taxis – voraussichtlich auch von großen Privatunternehmen geführt – würden dieses Problem nur verschärfen. Ob von der MVG betriebene autonome Kleinbusse einen sinnvollen Beitrag zum Ausbau des ÖPNV leisten können, wird geprüft werden müssen.
München-Liste	Wir setzen voraus, dass sich die autonome Fahrtechnik in Sachen Sicherheit so entwickelt wie erhofft. Also sicherer als von Menschen gesteuerte Fahrzeuge. Und das auch an Haltestellen, in denen das Ein/Aussteigen eine Herausforderung darstellt (Kinderwagen, Senioren, Personen mit Handicap usw.). Dann bringen autonome Fahrzeuge Kostenvorteile, die den Fahrgästen zugute kommen können, z.B. durch höhere Taktzahlen und Nachtverkehr auch unter der Woche.
ÖDP	Autonome Fahrzeuge können künftig in das ÖPNV-Netz integriert werden und dabei helfen Lücken zu schließen.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.)	Nur Uber darf! Und autonome E-Bikes!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Autonome Kleinbusse und Taxis können helfen, den ÖPNV zu stärken, insbesondere angesichts des Mangels an Busfahrer:innen. Sie ermöglichen dichtere Takte, neue Angebote und flexible Verbindungen, etwa in Randzeiten oder weniger dicht besiedelten Gebieten. Volt setzt sich dafür ein, die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für einen sicheren Einsatz im Münchner Stadtverkehr zu schaffen.

32. In der Stadt München sollen regelmäßig und an wechselnden Standorten unangekündigte Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.

AfD

Es gibt bereits Kontrollen an den bekannten unfallträchtigen Gefahrenstellen. Es sollten aber noch bekannte Austragungsorte illegaler Autorennen hinzugenommen werden.

Bayernpartei

Bei Geschwindigkeitskontrollen muss immer die Verkehrssicherheit im Vordergrund stehen. Geschwindigkeitskontrollen als reine Einnahmequelle für Staat oder Kommune lehnen wir ab.

Bündnis Kultur

Grundsätzlich sind wir für 30km/h in der ganzen Stadt.

CSU

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Grundlage muss aber immer der Erhalt der Verkehrssicherheit sein.

FDP

FREIE WÄHLER

Regelmäßige, unangekündigte Geschwindigkeitskontrollen erhöhen die Verkehrssicherheit, senken Unfallzahlen und fördern rücksichtsvolleres Fahren im gesamten Stadtgebiet.

GRÜNE

Wir befürworten die regelmäßige Durchführung unangekündigter Geschwindigkeitskontrollen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Diese finden stadtweit und zu unterschiedlichen Tageszeiten statt. Polizei und Ordnungsamt nutzen feste Blitzeranlagen und mobile Kontrollen. Die Hauptverantwortung für die Kontrolle des fließenden Verkehrs liegt dabei bei der Polizei. Wir setzen uns außerdem für mehr Tempo 30 ein. Das macht die Straßen sicherer und reduziert Lärm.

32. Geschwindigkeitskontrollen

Die Linke	Wir fordern mehr Tempo-30-Zonen in der Stadt, um die Sicherheit zu erhöhen und die Dominanz der Autos in der Stadt zu schwächen. Dafür braucht es auch sinnvolle Kontrollen um die Einhaltung zu gewährleisten.
München-Liste	Ein Beitrag zur Verkehrssicherheit. An Schulen, Kitas und Seniorenheimen aber auch in 30er-Zonen sollte die Geschwindigkeit öfters kontrolliert werden.
ÖDP	Zu hohe Geschwindigkeiten, insbesondere im Stadtverkehr, gefährden Leben und Sicherheit schwächerer Verkehrsteilnehmer. Regelmäßige Kontrollen erhöhen die Bereitschaft sich an Geschwindigkeitsbegrenzungen zu halten.
Die PARTEI	Aber ausschließlich für Fußgänger und Dreiradfahrer.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Überhöhte Geschwindigkeit erhöht das Unfallrisiko deutlich. Regelmäßige, unangekündigte Kontrollen an wechselnden Orten helfen, Tempolimits einzuhalten und Unfälle zu vermeiden. Sie erhöhen die Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere für Fußgänger:innen sowie für Kinder und Jugendliche.

33. Die Stadt München soll als Anteilseignerin der Flughafen München GmbH erwirken, dass Privatjets den Flughafen nicht anfliegen dürfen.

AfD

Wem nützt denn diese Schikane?

Bayernpartei

Es gibt keinen plausiblen Grund für ein Privatjet-Verbot am Münchner Flughafen. Sie sind eine wichtige Einnahmequelle für den Flughafen und die Eigentümer bringen darüber hinaus auch in anderen Bereichen Geld in die Stadt (Hotellerie, Einzelhandel, etc.) Die Kommune sollte ihren Tochtergesellschaften im täglichen Betrieb weitgehende Freiheit lassen, damit sie wirtschaftlich und erfolgreich arbeiten können.

Bündnis Kultur

CSU

Dann verlagert sich der Flugverkehr woanders hin (Augsburg, Memmingen), weswegen durch eine solche Maßnahme nichts gewonnen wäre.

FDP

FREIE WÄHLER

Ein Verbot von Privatjets würde die unternehmerische Freiheit einschränken, wirtschaftliche Nachteile bringen und München als internationalen Wirtschafts- und Geschäftsstandort schwächen.

GRÜNE

Privatjets sind in Zeiten des forcierten Klimawandels ein Anachronismus. Wir verfolgen deshalb mit großem Interesse die Ankündigung des internationalen Flughafens Schiphol in Amsterdam, Privatjets zukünftig nicht mehr zuzulassen. Am Flughafen München wäre eine solche einzelne Maßnahme noch auf ihre Auswirkungen zu prüfen: Für den Klima- und Umweltschutz ist wenig gewonnen, wenn die Privatjets zukünftig in Oberpfaffenhofen oder auf anderen nahe gelegenen Flughäfen landen.

33. Privatjets

Die Linke	Wir lehnen Privatjets und Kurzstreckenflüge als klimaschädliche Mobilitätsmittel ab und wollen uns dafür einsetzen, dass diese nicht am Flughafen München starten und landen dürfen.
München-Liste	Ein generelles Verbot ist nicht unser Ziel. Aber Ultra-Kurzflüge von Oberpfaffenhofen nach München Franz-Josef-Strauss sollten nicht mehr durchgeführt werden.
ÖDP	Der Münchner Flughafen befindet sich im gemeinschaftlichen Eigentum vom Freistaat Bayern, dem Bund und der Stadt München. Er erfüllt somit einen öffentlichen Versorgungsauftrag und wurde für die Abwicklung von Langstrecken-Linienflügen konzipiert. Privatjets bedienen nicht diesen Versorgungsauftrag, sondern lediglich die Individualinteressen einer zahlungskräftigen Kundschaft.
Die PARTEI	Nur so wird gewährleistet, dass genug Bestechungsgeld für Landeerlaubnisse fließen kann. Außerdem könnte sonst Friedrich März nicht zur Wiesn kommen.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Ein pauschales Verbot von Privatjets am Flughafen München würde einen Standortnachteil schaffen, ohne das Klimaproblem wirksam zu lösen. Volt setzt stattdessen auf europäisch abgestimmte Regeln, strengere Umweltauflagen und faire Abgaben für besonders klimaschädliche Flüge sowie bessere Alternativen. Wir wollen Klimaschutz mit wirksamen Maßnahmen und keine Symbolpolitik.

34. Die IAA Mobility soll auch in Zukunft in Form des Open Space in der Innenstadt präsent sein.

AfD

Für derartige Veranstaltung ist das Messegelände vorgesehen. Der öffentliche Raum ist keine Werbefläche für Großunternehmen und die aktuelle Verkehrssituation würde sich durch Straßensperrungen und Besucherverkehr noch weiter verschlimmern.

Bayernpartei

Die IAA Mobility in München ist ein Erfolgsmodell. Auch die open spaces wurden sowohl von Münchner als auch von Besuchern ganz überwiegend positiv aufgenommen. Wir hoffen, dass wir die IAA noch viele weitere Jahr in München halten können.

Bündnis Kultur

CSU

Die CSU hat die IAA nach München geholt, sie ist ein toller Erfolg und wichtig für eine tragende Säule unserer Wirtschaft. Es werden auch andere Mobilitätskonzepte über das Auto hinaus präsentiert.

FDP

FREIE WÄHLER

Der Open Space der IAA Mobility belebt die Innenstadt, erweitert die Messe über die Messestadt hinaus, macht innovative Mobilität für alle kostenlos erlebbar und stärkt München als internationalen Messe- und Innovationsstandort.

GRÜNE

Wir sehen die Nutzung der Münchner Innenstadt durch die IAA kritisch. Wir sind für die IAA – auf dem Messegelände. Die Messe München hat Weltklasseniveau. Das sollte die Stadt nutzen.
Die Innenstadt ist eng, durch die Open Spaces werden öffentliche Plätze wochenlang belegt. Im Übrigen fordern wir, für Messerveranstaltungen und Ausstellungen eine angemessene Sondernutzungsgebühr zu erheben.

34. IAA Mobility

Die Linke	Öffentliche Plätze müssen kommerzfrei bleiben und allen Menschen offenstehen, die sich dort treffen und aufhalten wollen. Die IAA hat sich in den letzten Jahren für sehr wenig Geld die wichtigsten Plätze der Stadt sichern können und von den Unternehmen sehr viel Geld eingenommen, ohne dass die Stadtbevölkerung im Ganzen davon profitiert. Wir wollen die klimafeindliche IAA aber nicht nur in den Open Spaces abschaffen sondern insgesamt.
München-Liste	Einerseits ist die Möglichkeit, kostenlos Stände zu besuchen und sich über Mobilitätsangebote (auch E-Bikes) zu informieren gut. Andererseits bietet die Stadt öffentliche Flächen fast kostenlos als Werbeflächen für die Aussteller an. Wir plädieren für eine geeignete Kostenpauschale für Reinigung, Sicherheit etc.
ÖDP	Das Open-Space-Konzept wird vielfach als Machtdemonstration der Automobilindustrie wahrgenommen. Zentrale Plätze werden in Beschlag genommen, an einem echten Dialog hat der Veranstalter aber kein Interesse. Wir lehnen dieses Konzept daher ab.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme zu“ angegeben.)	Und Ausweitung der IAA auch auf Rüstungsschmieden! Tornados unter den Riem Arkaden, Puma und Leopard an de Propyläen!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Innovations- und Mobilitätsmessen können den öffentlichen Diskurs bereichern, wenn sie transparent, ausgewogen und für alle zugänglich sind. Eine Präsenz in der Innenstadt ist nur dann sinnvoll, wenn sie echte Mobilitätsvielfalt abbildet, den öffentlichen Raum nicht übermäßig einschränkt und klare ökologische sowie verkehrliche Auflagen erfüllt. Dies soll sich in den zukünftigen IAAs verstärkt widerspiegeln.

35. Das derzeitige Förderniveau für Jugendverbände in der Stadt München soll gekürzt werden.

AfD

Es können nicht alle Jugendverbände über einen Kamm geschert werden, aber linkslastigen, politisch einseitig agierenden Verbänden sollten die Mittel auf jeden Fall gekürzt werden.

Bayernpartei

Wir wollen keine Kürzungen von Fördermitteln in der Jugendarbeit. Aber angesichts der aktuellen Haushaltslage kann es keine Selbstverständlichkeit mehr sein, jedes Jahr die Zuschüsse zu erhöhen. Um nicht einzelne Projekte komplett streichen zu müssen, sollen deshalb die Fördergelder auf dem aktuellen Stand für fünf Jahre eingefroren und dann neu überprüft werden.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Jugendverbände leisten wichtige Bildungs-, Integrations- und Präventionsarbeit und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weshalb Kürzungen am Förderniveau falsch wären.

GRÜNE

Trotz schwieriger Haushaltslage ist es unser Ziel, die Jugendverbände im gleichen Umfang wie bisher zu fördern.

35. Förderniveau für Jugendverbände

Die Linke	Der umkämpfte Wohnungsmarkt und die horrenden Mieten haben gravierende Folgen, besonders auch für die Jüngeren. Beengte Verhältnisse erhöhen das Konfliktpotential, Kinder- und Jugendzentren sind oft der einzige Zufluchtsort. Insofern stellen Jugendstätten nicht einfach ein kostenfreies Freizeitangebot dar, sondern sind systemrelevante Orte, die Ausgleich schaffen und jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich zu entfalten.
München-Liste	Jugendarbeit ist wichtig und betrifft unsere zukünftige Generation. Im Rahmen der Jugendarbeit soll auch über die schulische Bildung hinaus durch Kontakte und Aktivitäten gelernt und Erfahrungen gesammelt werden. Das brauchen wir für eine funktionierende Gemeinschaft.
ÖDP	Für die Verbandsjugendarbeit in München, aber auch in vielen anderen Regionen Bayerns, hat sich die Kombination aus Grund- und Maßnahmenförderung bewährt. Hier den Rotstift anzusetzen heißt eine Angebotsreduktion zu erzwingen.
Die PARTEI	Alles halbieren. An der Jugend spart es sich gut, die können sich nicht so gut wehren.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Jugendverbände können zum Beispiel Pfadfinder:innenverbände oder Sportverbände sein. Jugendverbände leisten wichtige Arbeit in Demokratiebildung, sozialer Integration und Ehrenamtsförderung. Bei der Förderung der Stadt geht es um die Grundsicherung der Verbände.

36. Familien, in denen beide Elternteile in Vollzeit arbeiten, sollen bevorzugt einen Kitaplatz bekommen.

AfD

Denn bei diesen Familien ist der Bedarf am größten.

Bayernpartei

Wir wollen, dass alle Familien frei entscheiden können, was für sie das beste Kinderbetreuungsmodell ist und ein dazu passendes Angebot – von der Stadt oder freien oder privaten Trägern – bekommen, in räumlicher Nähe zum Wohnort oder Arbeitsplatz.

Bündnis Kultur

Gleiches soll gelten für Alleinerziehende, Teilzeitbeschäftigung beider Elternteile, sowie für Familien, in denen ein Elternteil nicht erwerbstätig ist z. B. wegen Studium, Ausbildung, Pflegearbeit.

CSU

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist enorm wichtig.

FDP

FREIE WÄHLER

Eine bevorzugte Vergabe von Kitaplätzen an Familien mit beiden Elternteilen in Vollzeit erleichtert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, unterstützt die frühkindliche Bildung und entlastet berufstätige Eltern. Zudem würde diese Bevorzugung auch einen finanziell positiven Aspekt für die Stadt haben.

GRÜNE

Grundsätzlich hat jedes Kind einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Wenn beide Eltern berufstätig sind, kann sich dies jedoch bei der Platzvergabe (besonders in der gewünschten Einrichtung) positiv auswirken.

36. Kitaplätze

Die Linke	Wir dürfen die Lebensrealitäten der verschiedenen Familien nicht gegeneinander ausspielen. Alle, die einen Kita-Platz brauchen, sollen ihn bekommen können. Eine Familie, in der beide Elternteile arbeiten genauso wie eine alleinerziehende Mutter. Wir wollen jedem Kind den Besuch einer gut ausgestatteten, hochwertigen und wohnortnahen Kita ermöglichen.
München-Liste	Die Stadt München hat vor kurzem einen Bonus für alleinerziehende Elternteile mit mindestens Halbtagsbeschäftigung eingeführt. Es gibt keinen Partner, Erziehung, Beruf und Haushaltsführung lasten auf einer Person. Hier scheint uns ein Bonus bei der Vergabe noch dringlicher als bei Familien, in denen beide Elternteile Vollzeit arbeiten. Aber natürlich sollten auch diese Familien einen Kitaplatz bekommen.
ÖDP	Solange Kitaplätze in München fehlen, sollen vorrangig Kinder von Alleinerziehenden sowie Kinder im Vorschulalter und mit Förderbedarf aufgenommen werden. Die Interessen der Kinder sollen jeweils höher gewichtet werden, als die wirtschaftlichen Interessen der Eltern an einem schnellen Wiedereinstieg in das Berufsleben auf einer Vollzeitstelle.
Die PARTEI	Wir denken ans Bruttosozialprodukt! Doppelverdiener sind auch Doppelsteuerzahler.
Rosa Liste	
SPD	Jein. Bevorzugung nicht gegenüber Alleinerziehenden. Außerdem müssen Arbeitssuchende auch aus der Arbeitslosigkeit herauskommen können, wofür ggf. ein Kitaplatz benötigt wird. - Das derzeitige System der Platzvergabe über Punkte ist aus unserer Sicht das, was am gerechtesten ist.
Volt	Bei der Vergabe von Kitaplätzen müssen Familien in besonders herausfordernden Situationen zuerst unterstützt werden – etwa Alleinerziehende sowie Eltern in Ausbildung oder Schule. Diese Priorisierung beugt Kinderarmut vor und ermöglicht berufliche Perspektiven. Unser Ziel bleibt: ausreichend Kitaplätze zu schaffen, damit perspektivisch alle Familien, die einen Platz brauchen, auch einen bekommen.

37. Die Stadt München soll konsumfreie Begegnungsräume zur Verfügung stellen.

AfD

Solange die Bereiche wirklich offen und frei sind und die Stadt diese nicht zu Werbung oder Propaganda missbraucht, oder politisch unliebsame Personen / Gruppen undemokratisch den Zutritt verwehrt.

Bayernpartei

Die Stadt München stellt schon immer ein breitgefächertes, flächendeckendes Angebot an konsumfreien Räumen zur Verfügung: Parks, Grünflächen, öffentliche Plätze. Sie können von allen München täglich genutzt werden und sind ein wichtiger Teil der Lebensqualität in unserer Stadt.

Bündnis Kultur

CSU

Ist eine Forderungen der CSU aus dem August 2025 - wir wollen aktiv gegen eine zunehmende Vereinsamung von Menschen in unserer Stadt vorgehen. Dazu hat Clemens Baumgärtner u.a. Begegnungs- und Zuhörräume vorgeschlagen, die in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Initiativen oder freien Trägern betrieben werden sollen.

FDP

FREIE WÄHLER

Konsumfreie Begegnungsräume bieten sichere Orte für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, fördern soziale Interaktion ohne kommerziellen Druck und stärken das Gemeinschaftsgefühl in der Stadt. Es ist eine Möglichkeit für gesellschaftliche Teilhabe aller.

GRÜNE

Wir wollen in allen Stadtbezirken Angebote für Treffpunkte ohne Konsumzwang. Das können Jugend- oder Nachbarschaftstreffe sein, aber auch Sitzgelegenheiten im Öffentlichen Raum oder Unterstände für Jugendliche in Grünanlagen.

37. Konsumfreie Begegnungsräume

Die Linke	Eine Stadt muss es ihrer Bevölkerung ermöglichen, sich im öffentlichen Raum aufhalten, austauschen und vernetzen zu können, ohne auf Konsumzwang zu treffen. Freiräume für Subkultur, Jugendzentren und sichere, diskriminierungsfreie Räume für Menschen mit Migrationsgeschichte sind notwendig für eine lebendige Stadt, frei von der Marktlogik.
München-Liste	Man müsste mit einem Pilotversuch prüfen, ob ein konsumfreier Begegnungsraum in der Praxis funktioniert. Es besteht die große Gefahr, dass ein solcher Begegnungsraum auch ein Ort für Straftaten, Drogenkonsum, Vandalismus und Vermüllung wird.
ÖDP	Für uns sind vorrangig Plätze und Grünanlagen mit einer hohen Aufenthaltsqualität solche Begegnungsräume. Die Öffnung von Schulräumen, Schulhöfen und Schulsportanlagen kann darüber hinaus entsprechende Räume schaffen.
Die PARTEI	Diese sind auf 2qm pro Stadtbezirk zu beschränken und von 03.47-5.57 konsumfrei zu halten. Wir beginnen dabei mit dem Hofbräuhaus.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Konsumfreie Begegnungsräume ermöglichen Austausch, Erholung und Teilhabe unabhängig vom Geldbeutel. Sie stärken den sozialen Zusammenhalt, beugen Einsamkeit vor und machen den öffentlichen Raum inklusiver – besonders für junge Menschen, Familien und ältere Personen. Volt setzt sich für lebendige Stadtviertel mit frei zugänglichen Orten für alle ein.

38. Kitas und Schulen in einkommensschwachen Stadtteilen sollen genauso stark gefördert werden wie in wohlhabenderen Stadtteilen.

AfD

Das ist doch wohl selbstverständlich.

Bayernpartei

Selbstverständlich werden Kitas und Schulen im gesamten Stadtgebiet gleich behandelt, es wird nicht unterschieden zwischen wohlhabenderen und ärmeren Stadtteilen oder Schülern. Das widerspräche dem Gleichbehandlungsgrundsatz und wäre rechtlich äußerst bedenklich.

Bündnis Kultur

Wir fordern eine gezielte Förderung benachteiligter Stadtteile und eine stärkere Umverteilung zugunsten einkommensschwacher Viertel, damit Kinder aus sozial benachteiligten Familien Chancengleichheit erhalten.

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Eigentlich müssten Kitas und Schulen in einkommensschwachen Stadtteilen sogar stärker gefördert werden als in wohlhabenderen Stadtteilen, um für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Chancengleichheit und gute Bildung dürfen nicht vom Elternhaus abhängig sein. Dementsprechend würden wir den Satz um ein 'mindestens' ergänzen wollen.

GRÜNE

Wir befürworten Programme, die Bildungseinrichtungen in einkommensschwachen Stadtteilen gezielt unterstützen um Bildungsgerechtigkeit zu fördern und Startnachteile auszugleichen – etwa wenn Schüler*innen aus sozial benachteiligten Familien, mit Migrationserfahrung oder mit geringer Vorbildung kommen. Das Ziel dieser Förderung ist es, Chancengleichheit zu schaffen und allen Kindern eine qualitativ hochwertige Bildung zu ermöglichen, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund.

38. Kita- und Schulförderung

Die Linke	Kitas und Schulen in wohlhabenderen Stadtteilen mehr zu fördern, als in einkommensschwachen, ergibt keinen Sinn. Genau dort haben die Eltern nämlich meistens mehr Möglichkeiten, private Nachhilfe zu besorgen und ihren Kindern über den Geldbeutel einen Vorsprung zu ermöglichen. Wir brauchen einen gerechten Bildungsausgleich, damit jedes Kind die gleiche Chance auf eine gute Zukunft hat. Dazu gehört eine stärkere Förderung von einkommensschwachen Stadtteilen.
München-Liste	Für Chancengleichheit in allen Stadtteilen.
ÖDP	Die Bildungschancen hängen in Deutschland sehr stark von der Finanzkraft des Elternhauses ab. Die Stadt darf diese soziale Schieflage nicht auch noch verstärken. Wir schlagen vielmehr vor, ab einem Anteil von 40% Schüler*innen mit Migrationshintergrund die Förderung zu erhöhen.
Die PARTEI:	Außerdem fordern wir frühkindliche Panzerfahrerziehung und den Panzerführerschein ab 10.
Rosa Liste	
SPD	Die Landeshauptstadt München fördert bedarfsgerecht - also werden Schulen in einkommensschwachen Stadtteilen eher stärker gefördert als in wohlhabenderen Stadtteilen. Das soll auch so bleiben.
Volt	Gute Kitas und Schulen braucht es in München überall gleichermaßen. Volt fordert, dass Kitas und Schulen in einkommensschwachen Stadtteilen so unterstützt werden, dass die Kinder dort die gleichen Chancen erhalten, wie Kinder in wohlhabenden Stadtteilen.

39. Die Stadt München soll Schulen finanziell fördern, die innovative Formen der Schüler*innen-Mitbestimmung einführen.

AfD

Die etablierte Schülervertretung bzw. Schülermitverantwortung (SMV) reicht aus.

Bayernpartei

Wir sehen schulisches Engagement und Mitbestimmung nicht als finanzielle Frage. Eine solche Förderung bedürfte objektiver Kriterien, was unter innovativen Formern der Mitbestimmung zu verstehen ist und müsste vergleichbar unter den Schulen sein. Wir halten es daher für sinnvoller, jede Schule mit einem Budget für Schülerprojekte auszustatten, über das sie nach eigenem Ermessen verfügen kann.

Bündnis Kultur

Wir sind für mehr Beteiligung und echte Mitentscheidung von Schüler*innen sowie für pädagogische Innovationen.

CSU

Sofern des haushaltstechnisch abbildbar ist.

FDP

FREIE WÄHLER

Die Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler an Schulen ist wichtig. Hier müssen neue Wege gefunden werden, wie allen Ansprüchen genüge getan werden kann.

GRÜNE

Wir befürworten neue und erweiterte Formen der Schüler*innen-Mitbestimmung wie beispielsweise Schulparlamente, Klassenräte oder Jahrgangsstufenparlamente, in denen demokratische Verfahren praktiziert und eingeübt werden können. Inwieweit zu diesem Zweck auch Fördermittel bereitgestellt werden können, muss anhand der konkreten Projekte und mit Rücksicht auf die Haushaltslage der Stadt entschieden werden.

39. Innovative Formen der Schüler*innen-Mitbestimmung

Die Linke	Demokratische Teilhabe und das Entwickeln eines demokratischen Selbstbewusstseins muss ein wichtiger Teil der Bildung sein. Alle Schulen, die diesen Prozess kreativ und innovativ voranbringen sollen dabei unterstützt werden.
München-Liste	Wir unterstützen die Schüler*innen-Mitbestimmung, auch mit innovativen Formen. Das muss aber nicht an finanzielle Förderung gekoppelt sein, sondern kann je nach Modell auch durch organisatorische Maßnahmen erreicht werden. Unterstützung sollte vom Kultusministerium kommen und wenn nötig, dann sollte finanziell unterstützt werden.
ÖDP	Die Verbesserung von Kinder- und Jugendpartizipation ist nach unserer Auffassung zu honorieren und zu fördern.
Die PARTEI	Kinder sollen früh lernen, dass ihre Meinung gehört wird, aber nicht wichtig ist.
Rosa Liste	
SPD	Ja - über SSV (Schüler*innenvertretungen) und ähnliches. Das MHDS (Münchner Haus der Schüler*innen) braucht einen festen Ort, mittel- und langfristig.
Volt	Schüler:innen-Mitbestimmung fördert Demokratie und ein lebendiges Schulleben. Volt möchte Schulen, die hier mit innovativen Projekten vorangehen, finanziell fördern. Von den gewonnenen Erfahrungen können auch viele weitere Schulen profitieren.

40. Die Stadt München soll mehr selbstverwaltete Räume und Begegnungsorte für junge Menschen schaffen.

AfD

Die bestehenden Strukturen reichen aus.

Bayernpartei

Es gibt in München zahlreiche Begegnungs- und Freizeitstätten für Jugendliche. Selbstverwaltung klingt nach Kostenfreiheit für die öffentliche Hand – dies ist aber mitnichten realistisch. Schon aus Gründen der Sicherheit und des Jugendschutzes braucht es immer eine sozialpädagogische Begleitung. In der aktuellen Haushaltslage ist eine Ausweitung der Jugendeinrichtungen leider nicht finanzierbar.

Bündnis Kultur

CSU

Wünschenswert, sofern finanzierbar.

FDP

FREIE WÄHLER

Selbstverwaltete Begegnungsorte sind für junge Menschen eine tolle Gelegenheit, zu lernen, wie eigenverantwortliches Handeln funktioniert.

GRÜNE

Wir haben das „Münchner Haus der Schüler*innen“ (MHDS) als selbstverwaltetes Jugendzentrum geschaffen und setzen uns für die Ausweitung von durch Schüler*innen selbstverwalteten Räumen ein.

40. Begegnungsorte für junge Menschen

Die Linke	Die selbstständige Organisation von Jugendlichen – ohne pädagogischen Zwang – ist wichtig für die freie Entfaltung und Kreativität. Diese soll von der Stadt finanziell gesichert und gefördert werden.
München-Liste	Selbstverwaltete Räume und Bewegungsräume sind gut für die Entfaltung und fördern sinnvolle Freizeit-Aktivitäten. Dabei ist die Selbstverwaltung ein Mittel, um Verantwortung zu übertragen.
ÖDP	Jugendtreffs, Kreativateliers und Probenräume unterstützen die Persönlichkeitsentwicklung.
Die PARTEI	Dafür werden alle Bunker ertüchtigt, damit wir das Elend der Jugend nicht sehen müssen. Und die Polizei muss draußen bleiben.
Rosa Liste	
SPD	Ggf. auch mehr Selbstverwaltung in bestehenden Freizeitstätten ermöglichen.
Volt	Selbstverwaltete Räume stärken Teilhabe, demokratische Kompetenzen und soziale Vernetzung junger Menschen. Dementsprechend sollte die Stadt solche Orte unterstützen. Allerdings sind hierfür eine professionelle Begleitung und eine langfristige Finanzierung wichtig.

41. Das derzeitige Förderniveau für außerschulische Projekte, in denen Schüler*innen demokratische Beteiligung praktisch erleben, soll mindestens erhalten bleiben.

AfD

Leider bedeutet „demokratische Beteiligung“ in München meistens links-grüne Agitation und ist damit pseudodemokratisch.

Bayernpartei

Wir wollen keine Zuschüsse kürzen oder ganz streichen. Aber angesichts der Haushaltslage können wir uns die bisher selbstverständlichen jährlichen Ausweitungen leider nicht mehr leisten. Wir fordern daher ein Einfrieren der Zuschüsse auf dem aktuellen Niveau für fünf Jahre und dann eine erneute Überprüfung.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Demokratie muss erlernt und gelernt werden. Projekte, die die Demokratie fördern und jungen Menschen zeigen, welch hohes Gut diese ist, müssen deshalb unterstützt werden.

GRÜNE

Demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist uns ein besonderes Anliegen. Wir haben durch die Einrichtung des Kinder- und Jugendrathauses und den Beginn der Entwicklung des Rahmenkonzepts zur Kinder- und Jugendbeteiligung in München einen großen ersten Schritt getan. Trotz schwieriger Haushaltslage ist es unser Ziel, solche Projekte im gleichen Umfang wie bisher zu fördern.

41. Förderung für demokratische Projekte

Die Linke	Das Erlernen der Grundprinzipien der Demokratie muss eine wichtige Säule der Bildung sein und bleiben. Das Förderniveau zu senken – in Zeiten des Rechtsrucks und des wachsenden Autoritarismus – wäre ein fataler Fehler.
München-Liste	Demokratische Beteiligung ist eine Säule der München-Liste und wird von uns für alle Altersgruppen unterstützt. Wir brauchen speziell solche Projekte für junge Menschen, um das Demokratie-Bewusstsein auch in Zukunft zu erhalten.
ÖDP	Demokratische Prozesse sollen kennengelernt, erprobt und verinnerlicht werden. Hier zu sparen, würde unserem Gemeinwesen einen Bärendienst erweisen.
Die PARTEI	So lernen die Schüler*innen wenigstens früh, wie Demokratie wirklich funktioniert: als unbezahltes, ehrenamtliches, nichtssagendes, unbedeutendes Pflichtpraktikum.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Die liberale Demokratie ist durch autoritäre Strömungen im In- und Ausland aktuell stark unter Druck. Schüler:innen sollen besser verstehen lernen und erfahren, was eine echte Demokratie ausmacht. Volt fordert, dass außerschulische Projekte für Demokratiebildung stärker gefördert und besser mit den Schulen vernetzt werden.

42. An städtischen Schulen soll überwiegend analog gearbeitet werden.

AfD

Denn nicht nur sind IT-Geräte und Dienstleistungen teuer und können die Lehrer überfordern, auch verlaufen Lernerfahrungen und Verarbeitungsprozesse im Gehirn deutlich besser, wenn mit Stift und Papier, bzw. Kreide und Tafel gearbeitet wird.

Bayernpartei

Kinder und Jugendliche wachsen heute selbstverständlich mit digitalen Medien auf. Die Vermittlung von Medienkompetenz muss daher ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts sein. Gleichzeitig dürfen analoge Fähigkeiten nicht verloren gehen und die Lerninhalte müssen altersgerecht aufbereitet werden. Also digitale Unterrichtsmethoden ja, aber angepasst an die jeweilige Jahrgangsstufe der Kinder.

Bündnis Kultur

Alle sollen gleich behandelt werden.

CSU

Hängt vom Unterrichtsstoff ab, vieles funktioniert sicher digital, manches besser analog, Sport zum Beispiel oder Musik.

FDP

FREIE WÄHLER

Die digitale Welt ist eine Tatsache, der man auch in der Schule Rechnung tragen muss. Junge Menschen müssen bestmöglich auf die digitale Welt vorbereitet werden, weshalb ausschließlich analoges Arbeiten nicht angebracht ist.

GRÜNE

Die Grünen setzen sich für eine moderne, digitale Lernumgebung ein, in der digitale Medien und Methoden selbstverständlich zum Schulalltag gehören und sinnvoll mit analogen Lernformen kombiniert werden. Das Ziel ist eine zukunftsfähige, inklusive und nachhaltige Bildung für alle Schüler*innen. Die Balance zwischen analogem und digitalem Lernen wird individuell von den Lehrkräften und den jeweiligen Schulen gestaltet.

42. Analoges Arbeiten an Schulen

Die Linke	Niemand darf von der digitalen Entwicklung abgehängt werden. Auch Kinder müssen Kompetenzen im digitalen Raum lernen und die beste Art, das zu tun, ist unter der Aufsicht von gut ausgebildeten und bezahlten Lehrkräften. Den Unterricht überwiegend analog zu gestalten würde diesen Lehrkräften den Spielraum nehmen, einen guten Lehrplan für die Schüler*innen zu entwickeln. Die Digitalisierung darf nicht zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung für weniger wohlhabende Familien werden.
München-Liste	Die Digitalisierung hält überall Einzug. Im Berufsleben ist digitale Kompetenz heute unverzichtbar und auch im Privatleben wird sie wichtiger. Wichtig ist neben technischen Kenntnissen auch inhaltlich die News und Kommentare in sozialen Medien auf deren Glaubwürdigkeit einschätzen zu können.
ÖDP	Allgemeinbildende Schulen sollen nicht nur Faktenwissen vermitteln, sondern vielmehr die Möglichkeit schaffen, lebenspraktische Fähigkeiten und soziales Verhalten zu erlernen. Virtuelle Welten wird man nur verstehen und richtig einordnen können, wenn man in der Realität verankert ist. Einen gezielten Einsatz von digitalen Medien und Werkzeugen sehen wir gleichzeitig sehr positiv.
Die PARTEI	Ja. Nein. Außerdem fordern wir mehr Fernschreiber. Das ist doch nicht analog.
Rosa Liste	
SPD	Wir wollen eine sinnvolle Mischung aus analog und digital. Wichtig hierbei: Medienpädagogik und Schüler*innen dürfen nicht mangels Endgerät ausgeschlossen werden.
Volt	Schule muss den Schüler:innen digitale Kompetenzen beibringen: von der Onlinerecherche, über die Nutzung von KI bis hin zu den Gefahren von Cybermobbing. Dies ist nur durch digitales Arbeiten möglich. Selbständiges Arbeiten am Tablet bietet auch Chancen für individuelles Lernen. Analoges Arbeiten soll jedoch weiterhin einen festen Platz im Schulalltag behalten. Volt fordert, dass digitales und analoges Arbeiten in Schulen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ermöglicht wird.

43. Das Projekt MünchenBudget soll eingestellt werden.

AfD

Die AfD begrüßt jede Form der direkten Bürgerbeteiligung.

Bayernpartei

Das München Budget bringt leider sehr wenig positive Ergebnisse für sehr viel bürokratischen Aufwand. Den wenigsten Münchner ist es überhaupt bekannt, es erfüllt in den überwiegenden Fällen nur Nischeninteressen, die auch anderweitig abgedeckt werden können. In der Stadtverwaltung nimmt die Organisation und Durchführung jedoch viele Ressourcen in Anspruch, die dringend anderweitig gebraucht werden. Deshalb sind wir für eine Abschaffung des München Budgets.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Das MünchenBudget ermöglicht es, Ideen direkt aus der Bürgerschaft mit einem basisdemokratischen Verfahren unkompliziert umzusetzen.

GRÜNE

In den vergangenen Jahren haben wir die Bürger*innenbeteiligung gestärkt – etwa durch neue Formate zur Kinder- und Jugendbeteiligung, einer Fachstelle für Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation sowie digitale Tools für mehr Einblick und Mitsprache sowie die Einführung von Bürger*innenräten. Dazu gehört auch das Münchenbudget, das bei den Münchner*innen auf reges Interesse gestoßen ist. Dieses Beteiligungsformat wollen wir unbedingt erhalten.

43. MünchenBudget

Die Linke	Die demokratische Beteiligung der Bevölkerung ist sehr wichtig für eine lebendige Stadtgesellschaft. Das Einstellen eines Projekts, welches diese ermöglicht, wäre ein Rückschritt.
München-Liste	Das Projekt MünchenBudget ist eine Form der Bürgerbeteiligung. Die Bewohner*innen sollen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung ihrer Stadt haben. Oftmals sind die Bewohner*innen viel näher am Geschehen als die Stadtverwaltung. Sie kennen die Probleme und haben oft gute Ideen zur Verbesserung.
ÖDP	Mit MünchenBudget wird den Bürgern der Stadt eine Möglichkeit zur Gestaltung ihres unmittelbaren Umfelds und zur Mitentscheidung über die Verwendung öffentlichen Gelder gegeben, was wir unterstützen.
Die PARTEI	Lassen wir den Münchnern dieses kleine Gefühl von Partizipation.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Das MünchenBudget ist auf Initiative von Volt ins Leben gerufen worden. Es stärkt direkte Bürgerbeteiligung und macht Demokratie vor Ort konkret erlebbar. Es ermöglicht den Menschen, eigene Ideen für ihr Viertel einzubringen und umzusetzen. Volt setzt auf den Ausbau und die Weiterentwicklung solcher Beteiligungsformate, um Transparenz, Vertrauen und Mitgestaltung in der Stadt zu fördern.

4.4. Verwaltungsprozesse sollen mithilfe von künstlicher Intelligenz automatisiert werden.

AfD

Wo dies sinnvoll ist, sollte das gemacht werden, schon um den überbordenden Beamtenapparat abzuschmelzen und als Abhilfe beim momentanen Fachkräftemangel und Geburtenrückgang.

Bayernpartei

In vielen Bereichen – vor allem solchen mit Kundenkontakt – kann Künstliche Intelligenz Verwaltungsprozesse einfacher und schneller machen. Ein Beispiel hierfür kann die Beantragung von Wohngeld sein, die aktuell Monate dauert. Mit KI könnte sie in den allermeisten Fällen in wenigen Tagen erledigt sein, was eine entscheidende Verbesserung für die Münchner Bürger wäre und in der Stadtverwaltung Ressourcen schaffen würde für komplexere Aufgaben.

Bündnis Kultur

CSU

Sofern technisch möglich und sinnvoll.

FDP

FREIE WÄHLER

Die Automatisierung von Verwaltungsprozessen mit KI spart Bürokratie und Geld. Allerdings muss zu jeder Zeit der Datenschutz eingehalten werden.

GRÜNE

Wir setzen uns dafür ein, Verwaltungsprozesse mithilfe von Digitalisierung und – wo sinnvoll einsetzbar – Künstlicher Intelligenz (KI) zu automatisieren und zu optimieren. KI-gestützte Systeme können dazu beitragen, Prozesse effizienter zu gestalten, indem sie Standardaufgaben übernehmen. Anwendungen wie das Pilotprojekt zur Prüfung von Wohngeldanträgen, der KI-basierte Chatbot „Muckl“ oder der intelligente Dienstleistungsfinder machen die Stadtverwaltung zudem bürgernäher.

4.4. KI in Verwaltungsprozessen

Die Linke	Künstliche Intelligenz birgt viel Potenzial, aber auch viele Risiken. Jeder Einsatz von künstlicher Intelligenz muss genau geprüft werden und zum Beispiel sicherstellen, dass keine strukturellen Diskriminierungsstrukturen gefestigt werden. Dieser Prozess soll gut vorbereitet werden und von Anfang an mit Kontrollmechanismen arbeiten, um falsche Entwicklungen zu erkennen.
München-Liste	Künstliche Intelligenz ist eine leistungsstarke Technologie, um Verwaltungsprozesse zu automatisieren, zu beschleunigen und Verwaltungspersonal von Routine-Aufgaben zu entlasten. Die Einführung erfordert natürlich ein professionelles Vorgehen, keine voreiligen Ad-hoc-Lösungen.
ÖDP	Die Verwaltung lässt sich durch Digitalisierung in vielerlei Hinsicht effizienter organisieren. Entscheidungen aber, von den Bürger unmittelbar betroffen sind, sollten nicht von Computern und Algorithmen getroffen werden.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.)	Dann kann die KI endlich die vorausgefüllten und auf Papier ausgedruckten Formulare (schleiß Wald) von Bürgern automatisch einscannen und auslesen. Außerdem versteht dann endlich jemand die Formulare, die wir seit 30 Jahren selbst nicht mehr erklären können. Zudem bringt das etwas Intelligenz in die Behörden.
Rosa Liste	Im Prinzip ist die Automatisierung von Verwaltungsprozessen mithilfe künstlicher Intelligenz eine gute Sache. Die Gefahr die wir dabei sehen, ist dass die menschliche Kontrollinstanz möglicherweise nicht implementiert wird und die KI ein ‚Eigenleben‘ entwickelt.
SPD	
Volt	Künstliche Intelligenz kann Verwaltungsprozesse effizienter machen und Mitarbeitende von Routinetätigkeiten entlasten. Volt stellt sicher, dass ihr Einsatz transparent, datenschutzkonform und unter menschlicher Kontrolle erfolgt. So verkürzen wir Bearbeitungszeiten, verbessern den Service für Bürger:innen und schaffen mehr Raum für persönliche Beratung.

45. In der Stadt München soll flächendeckend öffentliches WLAN kostenlos angeboten werden.

AfD

Die Haushaltslage erlaubt eine derartige Zusatzleistung nicht, die für die Bevölkerung zudem nicht wirklich notwendig ist.

Bayernpartei

Die kostenlose Verfügbarkeit von öffentlichem W-LAN ist keine kommunale Aufgabe. Es gibt an zentralen Plätzen in der Stadt kostenloses W-LAN, eine Ausweitung ist angesichts der finanziellen Lage der Stadt aktuell nicht möglich.

Bündnis Kultur

CSU

Das ist an zahlreichen Plätzen Münchens schon der Fall. Eine Ausweitung hängt von der Finanzierbarkeit ab.

FDP

FREIE WÄHLER

Viele Dienste wie z.B. Tickets für den ÖPNV funktionieren über das Handy, öffentliches WLAN ist deshalb unabdingbar, um den Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen und vor allem kostenlosen Weg ins Internet zur Verfügung zu stellen. Außerdem erhöht dies die Attraktivität der Stadt und eröffnet ihr viele Möglichkeiten für zukünftige Problemlösungen und Angebote.

GRÜNE

Öffentlich zugängliches WLAN ist für viele Menschen unabdingbare Voraussetzung für digitale Teilhabe. Aufgrund der hohen Bereitstellungskosten ist eine flächendeckende Bereitstellung im gesamten Stadtgebiet aber nicht vertretbar. Öffentliches WLAN wird daher prioritär in Schulen und Kindertageseinrichtungen, öffentlich zugänglichen Orten wie den Münchner Stadtbibliotheken oder an hochfrequentierten Plätzen zur Verfügung gestellt.

45. Flächendeckendes WLAN

Die Linke	Wir stehen dafür, allen in dieser Stadt einen barrierearmen und kostenfreien Zugang zum Internet zu ermöglichen. Ein flächendeckendes kostenloses WLAN der Stadt ist ein sehr gut geeignetes Mittel, dieses Ziel zu erreichen.
München-Liste	Es gibt das kostenlose M-WLAN an vielen zentralen Orten in der Stadt. Der weitere Ausbau sollte nach Nutzerpotenzial ausgerichtet werden. Im Wald oder auf einem See muss nicht unbedingt ein WLAN verfügbar sein.
ÖDP	Ein flächendeckendes Angebot von WLAN-Diensten ist weder erforderlich noch wirtschaftlich. Eine Konzentration auf Ort mit tatsächlichem Bedarf ist der sinnvollere Weg.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.)	Außerdem verlangen wir kostenlose Faxgeräte für alle. (Solange der Vorrat reicht)
Rosa Liste	Ein flächendeckendes öffentliches, sowie kostenloses WLAN in der Stadt ist aus Sicht des Aufwands, sowie der daraus resultierenden Kosten schwer zu rechtfertigen. Wir befürworten jedoch einen besseren Ausbau der Zone innerhalb des Altstadtrings, sowie, falls es der Haushalt der Landeshauptstadt München möglich macht, auch in den U-Bahnhöfen überirdisch, sowie von Museen stadtweit.
SPD	
Volt	Öffentliches WLAN kann digitale Teilhabe stärken und den öffentlichen Raum aufwerten. Volt setzt sich für einen gezielten, bedarfsgerechten Ausbau ein – etwa an zentralen Plätzen, in Behörden oder Verkehrsknotenpunkten. Voraussetzung sind transparente Kosten, Datenschutz und eine regelmäßige Prüfung von Nutzung und Nutzen, damit öffentliche Mittel effizient eingesetzt werden.

46. Die Stadtverwaltung soll bei der Einführung neuer IT-Lösungen Open-Source-Software bevorzugen.

AfD

Open Source ist günstig und macht die Stadt weniger abhängig von gewinnorientierten Großkonzernen. Der Datenschutz der Bürger muss aber gewahrt werden.

Bayernpartei

Die Entscheidung, ob proprietäre oder open source-Software, ist für uns nicht dogmatisch und sollte rein nach Preis-Leistungskriterien erfolgen. Die Stadt muss sich für die Software-Lösung entscheiden, die am besten zu ihren Anforderungen passt.

Bündnis Kultur

CSU

Kann pauschal nicht gesagt werden - Open Source (LiMux) in der Stadtverwaltung ist gescheitert und die Stadt ist zu MS remigriert, u.a. weil bei den Open Source Produkten spezielle Anwendungen teuer programmiert werden mussten. Da, wo Open Source Software Sinn macht und preiswerter ist, kann sie gerne bevorzugt werden.

FDP

FREIE WÄHLER

Open-Source-Software hat den Vorteil, dass Kosten eingespart werden können. Allerdings gilt für die Stadtverwaltung im besonderen Maße die Prämisse, dass die Daten und Dienste sicher sein müssen. Hier muss im Einzelfall abgewogen werden.

GRÜNE

Unbedingt! Den Vorrang für Open Source Lösungen bei vergleichbaren Leistungsmerkmalen haben wir bereits mehrfach in städtischen Beschaffungsprozessen verankert. Open Source Lösungen verringern deutlich die Abhängigkeit der Kommune von externen Anbietern, erhöhen die IT-Sicherheit, machen Verwaltungshandeln transparenter und ermöglichen die Nachnutzung durch andere Kommunen oder Akteure.

46. Open-Source-Software

Die Linke	Die Stadt darf sich auch in der IT-Welt nicht weiterhin in die Abhängigkeit von großen internationalen Unternehmen begeben. Für die meisten Aufgaben gibt es geeignete Open-Source-Lösungen und für andere Aufgaben ist die Möglichkeit der selbstständigen Weiterentwicklung immer noch der Abhängigkeit vorzuziehen.
München-Liste	Open-Source-Software hat vor allem den Vorteil, von einzelnen Anbietern (in der Regel amerikanischen) unabhängig zu sein bzw. zu werden. Langfristig ergeben sich wahrscheinlich auch Kosteneinsparungen. Schwierigkeiten sind die Interoperabilität mit anderen Behörden (ohne Open-Source) sowie die Akzeptanz bei den Anwendern. In München wurde das Linux-Projekt wieder beendet.
ÖDP	Die Macht der großen Tech-Konzerne ist beängstigend, mit Open-Source-Software lässt sich Stück für Stück Freiheit zurückerlangen.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.)	Die Zukunft spricht Windows 94!
Rosa Liste	Die Gründe für Open-Source-Lösungen sind vielfältig - die für uns wichtigsten Punkte sind die Förderung der digitalen Souveränität sowie die Erfüllung von Datenschutzanforderungen.
SPD	
Volt	Open-Source-Software stärkt digitale Souveränität, Transparenz und Wettbewerb und reduziert langfristig Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern. Volt setzt sich dafür ein, Open Source bei neuen IT-Lösungen zu bevorzugen, sofern Sicherheit, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit gewährleistet sind. So bleibt die Verwaltung flexibel, sicher und zukunftsfähig.

47. Alle digitalen Angebote der Stadt München sollen für mobile Endgeräte optimiert werden.

AfD

Soweit dies ohne großen technischen und damit finanziellen Aufwand möglich ist.

Bayernpartei

Dass digitale Angebote für mobile Endgeräte optimiert sind, sollte heute eine absolute Selbstverständlichkeit sein.

Bündnis Kultur

CSU

Der Trend geht immer mehr zu 'mobile' - also Datennutzung auf mobilen Endgeräten. Responsive Design ist daher wichtig.

FDP

FREIE WÄHLER

Die meisten Menschen nutzen für digitale Angebote das Handy. Dementsprechend müssen die Dienste auch daran angepasst sein.

GRÜNE

Viele und gerade junge Menschen in München haben ausschließlich ein Smartphone zur Verfügung. Sämtliche Onlineservices der Stadt sind deshalb selbstverständlich auch für die Nutzung für mobile Endgeräte optimiert.

47. Digitale Optimierung für mobile Endgeräte

Die Linke	Wir wollen die Digitalisierung barrierearm für alle gestalten. Daher ist es wichtig, auch die städtischen Angebote für mobile Endgeräte zu optimieren, damit Menschen ohne Rechner problemlos diese Angebote nutzen können.
München-Liste	Mobile Endgeräte sind heute überall im Einsatz. Deshalb müssen die digitalen Angebote der Stadt München für die mobilen Endgeräte optimiert werden.
ÖDP	Die modernen Smartphones besitzen inzwischen erstaunliche Rechenleistungen und werden für die Erledigung zahlloser Alltagsgeschäfte verwendet. Hierauf sollte sich die öffentliche Verwaltung einstellen.
Die PARTEI	Außerdem sollten alle Angebote auf DIN A4 angepasst werden, um das Ausdrucken und Faxen zu vereinfachen.
Rosa Liste	Digitale Angebot sollen sowohl mit Desktop-PCs als auch mobilen Endgeräten gleichermaßen bedienbar sein. Die Umsetzung des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes (BFSG) hat aus unserer Sicht Vorrang vor der Optimierung für mobile Endgeräte. Angebote in leichter Sprache sollen vermehrt angeboten werden.
SPD	
Volt	Viele Menschen nutzen städtische digitale Angebote vor allem über ihr Smartphone. Mobile Optimierung verbessert Zugänglichkeit, Nutzerfreundlichkeit und digitale Teilhabe. Volt setzt sich für moderne, barrierefreie und nutzerzentrierte digitale Services ein, damit Verwaltung einfach, zeitgemäß und für alle erreichbar ist.

48. Die Stadt München richtet eine digitale Beteiligungsplattform ein, um niederschwellige Bürger*innenbeteiligung zu ermöglichen.

AfD

Solange es die finanzielle Lage der zulässt, das ganze ohne verborgene Beeinflussung funktioniert und die dort erzielten Ergebnisse für den Stadtrat nur beratend, aber nicht bindend sind.

Bayernpartei

Bürgerbeteiligung lässt sich digital besser, einfacher und billiger organisieren und durchführen als analog und erreicht auch eine breitere Bevölkerung als Veranstaltungen, die physische Anwesenheit erfordern. Damit erbringen sie auch ein objektiveres Meinungsbild.

Bündnis Kultur

CSU

Das ist v.a. auch eine Kostenfrage - vielfältige Beteiligungsformen bestehen derzeit schon, wer sich einbringen will, kann das auch jetzt schon tun.

FDP

FREIE WÄHLER

Die Bürgerbeteiligung in München muss dringend gestärkt werden. Ein Element dafür ist eine digitale Plattform zur niederschweligen Mitsprache.

GRÜNE

München besitzt bereits mehrere Beteiligungsplattformen: Über unser.muenchen.de können Bürger*innen Vorschläge zu Verkehrskonzepten oder anderen aktuelle Themen der Stadtentwicklung einbringen und an Umfragen teilnehmen. „München MitDenken“ bündelt alle Projekte der Stadtplanung auf einer Karte samt Beteiligungsmöglichkeiten. Über das Transparenztool „Mach München besser“ können Bürger*innen Schäden wie ausgefallene Straßenbeleuchtung, überlaufende Mülleimer melden.

48. Digitale Beteiligungsplattform

Die Linke	Wir wollen die demokratische Beteiligung für alle so einfach wie möglich gestalten, ohne sprachliche Barrieren oder hohe bürokratische Hürden. Dafür kann diese digitale Plattform ein wichtiger Schritt sein. Dabei dürfen analoge Angebote jedoch nicht gekürzt oder abgeschafft werden, denn sonst könnten Teile der Gesellschaft dadurch wieder ausgeschlossen werden.
München-Liste	Eine digitale Beteiligungsplattform ist kostengünstig und die Eintrittsschwelle ist niedrig. Man muss dabei für eine gute Struktur sorgen, damit nicht eine Inflation von Beteiligungsideen den Prozess entwertet.
ÖDP	Wir unterstützen Bürgerbeteiligungsprozesse aller Art. Werden die Interessen und Anregungen der Bürgerschaft ernst genommen und frühzeitig in die Planung eingespeist, können passende und akzeptierte Lösungen gefunden werden.
Die PARTEI	Mehr Bürokratie ist immer gut.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Digitale Beteiligungsplattformen ermöglichen einfache, transparente und niedrigschwellige Mitwirkung für viele Menschen. Mit Consul auf muenchen.de wurde auf Volt-Initiative bereits ein wichtiger Schritt gemacht. Perspektivisch wollen wir alle solche Beteiligungsformate in der MünchenApp bündeln, damit Informationen, Mitwirkung und Feedback an einem zentralen Ort zusammenkommen.

49. Die Stadt München soll sich für die Schaffung von Drogenkonsumräumen, wie in Frankfurt am Main, einsetzen.

AfD

Denn jede Förderung des Drogenkonsums, so wie die der Cannabis Legalisierung, ist abzulehnen.

Bayernpartei

Konsumräume ziehen erfahrungsgemäß Drogennutzer nicht nur aus dem gesamten Stadtgebiet, sondern auch aus dem Umland an und führen damit zu einem Teufelskreis der Verwahrlosung ganzer Stadtviertel. Es gibt hierzu Negativbeispiele aus mehreren Bundesländern. Die politische Arbeit sollte in die Bekämpfung von Drogen gesteckt werden, nicht in Konsumräume.

Bündnis Kultur

CSU

Ist die Position des CSU-Oberbürgermeisterkandidaten Clemens Baumgärtner und der CSU-Stadtratsfraktion.

FDP

FREIE WÄHLER

GRÜNE

Wir haben uns seit vielen Jahren immer wieder für die Schaffung von Konsumräumen für schwer Drogenkranke eingesetzt, denn die Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass dadurch Leben gerettet werden können. Leider scheitert die Drogenkonsumräumen immer wieder an der unnachgiebigen Ablehnung der Bayerischen Staatsregierung.

49. Drogenkonsumräume

Die Linke	Suchterkrankte dürfen nicht kriminalisiert oder vertrieben werden, ihnen muss geholfen werden. In Drogenkonsumräumen ist diese Hilfe – unter Aufsicht und mit professioneller Hilfe – am besten möglich.
München-Liste	Noch gibt es dazu aber keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse, ob Drogenkonsumräume wirklich Vorteile bringen. Eine ärztliche Betreuung von Suchtkranken ist aus unserer Sicht angezeigt.
ÖDP	Ziel der Drogenpolitik sollte nicht die Drangsalierung der Konsumenten, sondern die Aufklärung über Suchtgefahren und eine Hilfestellung zur Überwindung der Abhängigkeit sein. Erfahrungen mit betreuten Konsumräumen zeigen positive Entwicklungen.
Die PARTEI	Nur illegale Drogen, sind coole Drogen! Aber irgendwo müssen sie halt konsumiert werden.
Rosa Liste	
SPD	In München sterben jedes Jahr Menschen am Konsum von Drogen - deutlich mehr als in anderen Kommunen wie beispielsweise Frankfurt. Betroffene benötigen Hilfsangebote oder, wenn ein Entzug nicht gelingt, Zugang zu sicheren und sauberen Konsummöglichkeiten. Das Thema Drogenkonsum darf nicht tabuisiert werden - wir stehen für eine Drogenpolitik, die die Menschen hinter den Problemen sieht.
Volt	Drogenkonsumräume retten Leben, reduzieren Überdosierungen und entlasten den öffentlichen Raum. Erfahrungen aus Städten wie Frankfurt zeigen, dass sie Gesundheitsschutz, Prävention und Sicherheit verbessern. Ergänzt durch Beratung und Hilfsangebote ermöglichen sie einen würdevollen, evidenzbasierten Umgang mit Sucht statt Verdrängung und Stigmatisierung.

50. Städtische Einrichtungen müssen Menstruationsprodukte kostenlos zur Verfügung stellen.

AfD

Die Frauen wissen sich gut selber zu helfen. Es kann keine kostenlose Rundumversorgung für alles und jeden geben.

Bayernpartei

Das Zuverfügungstellen von Menstruationsprodukten ist keine kommunale Aufgabe und würde einen enormen Verwaltungsaufwand bedeuten. Dies ist in der aktuellen Haushaltslage nicht leistbar.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

GRÜNE

Menstruation gehört zum Alltag vieler Menschen und verursacht über das Leben hinweg erhebliche Kosten – wir lassen damit niemanden allein. Auf unsere Initiative hin stellt die Stadt in mehreren öffentlichen Einrichtungen, wie beispielsweise Schulen und sozialen Einrichtungen, kostenlose Menstruationsprodukte bereit.

50. Kostenlose Menstruationsprodukte

Die Linke	Kostenlose Menstruationsprodukte ermöglichen eine bessere Teilhabe am öffentlichen Leben und sind ein wichtiger Schritt für die Geschlechtergerechtigkeit. Wir werden uns, wie bereits in den Jahren zuvor, weiterhin für diese wichtige Forderung einsetzen.
München-Liste	Wir sehen die Versorgung mit Hygiene-Artikeln nicht als kommunale Aufgabe.
ÖDP	Die ordnungsgemäße Lagerung und Abgabe lässt sich in städtischen Einrichtungen, die nicht der Gesundheitsversorgung dienen, nur schwer sicherstellen. Ein tatsächlicher Bedarf ist wegen der guten Verfügbarkeit auf dem freien Markt nicht erkennbar.
Die PARTEI	Und gleichzeitig wird jeder Junge zwischen 12-15 Jahren ein freiwilliges menstruierendes Jahr machen, mit durchgehender Krampfsimulation in der Lendengegend.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Kostenlose Menstruationsprodukte in städtischen Einrichtungen sind eine Frage von Gleichberechtigung und sozialer Teilhabe. Sie verhindern Periodenarmut, entlasten insbesondere junge Menschen und Personen mit geringem Einkommen und sind ein Zeichen für eine moderne, inklusive und fortschrittliche Stadtpolitik.

51. Die Stadt München soll das Netzwerk Sicherer Hafen verlassen.

AfD

Das Boot ist schon lange übervoll und die eigentliche Aufgabe der Stadt ist es, sich um ihre eigenen Bürger zu kümmern.

Bayernpartei

Die Stadt München betreibt bereits einen großen Aufwand, um Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen. Mehr ist in der aktuellen finanziellen Situation der Stadt nicht zu schaffen.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

GRÜNE

Das Netzwerk Sicherer Hafen steht für eine solidarische und menschenfreundliche Aufnahme von Geflüchteten. Dies deckt sich mit unseren Zielen für eine offene, vielfältige und solidarische Stadtgesellschaft. Wir wollen daher Mitglied in diesem Bündnis bleiben.

51. Netzwerk Sicherer Hafen

Die Linke	Menschenrechte hören für uns nicht an der Grenze auf. Angesichts der Kriege dieser Welt und der Klimakatastrophe – zum nicht unwesentlichen Teil direkt oder indirekt von uns mitverursacht – haben wir eine Pflicht, Menschen einen sicheren Hafen in dieser Stadt zu bieten. Statt dieses Ziel im Zuge des allgemeinen Rechtsrucks aufzugeben setzen wir uns dafür ein, diese Aufgabe endlich ernst zu nehmen und die Menschen hier willkommen zu heißen und teilhaben zu lassen.
München-Liste	Für Menschen in Not soll München weiterhin ein sicherer Hafen sein.
ÖDP	Die Stadt München bekommt, wie alle Landkreise und kreisfreien Städte, regelmäßig neuangekommene Flüchtlinge zur Unterbringung zugewiesen. Wir meinen, die Stadt sollte sich zunächst auf diese Flüchtlingshilfe konzentrieren, wo aktuell noch erhebliches Verbesserungspotential besteht. Mit der Mitgliedschaft im Netzwerk 'sichere Häfen' setzt die Stadt ein Zeichen ohne zu handeln.
Die PARTEI	Ausbau Isar! München wird Hafenstadt (Wir fordern den #muxit)
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Das Netzwerk „Sicherer Hafen“ steht für humanitäre Verantwortung und kommunale Solidarität. Als Teil davon bekennt sich München zu Menschenrechten und zur Unterstützung von Geflüchteten in Not. Der Austritt würde dieses Signal schwächen. Volt setzt auf eine verantwortungsvolle Aufnahme, gute Integration vor Ort und europäische Lösungen statt Abschottung.

52. In städtischen Führungspositionen soll eine Gleichstellungsquote gelten.

AfD	Nur die Leistung soll ausschlaggebend sein, nicht das Geschlecht.
Bayernpartei	Führungspositionen sollen nach Qualität und Eignung, nicht nach Geschlecht besetzt werden. Es muss Chancengleichheit gewährleistet sein, aber nicht Ergebnisgleichheit.
Bündnis Kultur	
CSU	Es muss auf die Qualifikation ankommen und nicht auf das Geschlecht. Bei gleicher Qualifikation sind aber Frauen zu bevorzugen.
FDP	
FREIE WÄHLER	Gerade in städtischen Führungspositionen müssen einzig und alleine die Qualifikation und die Leistung Vorrang haben.
GRÜNE	Frauen* sind noch immer nicht gleichberechtigt in Führungspositionen vertreten. Deshalb ist unser Ziel: mindestens 50 % Frauen* in höheren städtischen Führungspositionen. Die politische Teilhabe von Frauen* ist für eine zukunftsfähige Gesellschaft essenziell. Wir setzen uns daher dafür ein, für Frauen* und Mütter* die bestmöglichen Rahmenbedingungen für politische Teilhabe zu schaffen und arbeiten auf eine care-arbeitskompatible Änderung der bayerischen Gemeindeordnung hin.

52. Gleichstellungsquote

Die Linke	Wir verstehen uns als sozialistische und feministische Partei und streben die umfassende Gleichstellung aller Geschlechter an. Dazu gehört es auch, die unbegründete strukturelle Männerdominanz in Führungspositionen zu bekämpfen. Eine Quote, wie sie bei uns bereits seit langem gelebte Praxis ist, kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten.
München-Liste	Wir fördern die Gleichberechtigung und Gleichstellung. Jedoch soll die beste Qualifikation zum Zuge kommen. Bei gleicher Qualifikation kann bis zum Erreichen einer Gleichstellungsquote ein Vorteil eingeräumt werden.
ÖDP	Bei gleicher Eignung für eine Position mit leitender Funktion, soll Frauen der Vorzug gegeben werden. Eine starre Quote würdigt die Fähigkeiten und Leistungen einer Bewerberin nicht hinreichend und steht daher einer Entwicklung zu echter Gleichberechtigung eher im Weg.
Die PARTEI	Hauptsache der Oberbürgermeister bleibt weiterhin ein alter, weißer Mann.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Eine Gleichstellungsquote hilft, strukturelle Benachteiligungen abzubauen und faire Aufstiegschancen zu schaffen. Sie sorgt dafür, dass Führungspositionen die Vielfalt der Stadtgesellschaft besser widerspiegeln. Volt sieht Quoten als wirksames Instrument, um Chancengleichheit zu fördern und moderne, leistungsfähige Verwaltungen zu stärken.

53. Gutscheine für Frauen*-Nacht-Taxis sollen abgeschafft werden.

AfD

Unsere Straßen werden nur durch Remigration und konsequente Anwendung der Strafgesetze wieder sicher.

Bayernpartei

Die öffentliche Sicherheitslage muss so sein, dass Frauen auch nachts ohne Angst in der Stadt unterwegs sein und den ÖPNV nutzen können. Dies ist Aufgabe der öffentlichen Hand, nicht die Ausgabe von Taxi-Gutscheinen.

Bündnis Kultur

CSU

Es war der Verdienst der CSU-Stadtratsfraktion, dass bereits ausgegebene Gutscheine ihre Gültigkeit behielten, die das KVR zunächst ungültig machen wollte. Allerdings ist auch immer zu prüfen, wie der Haushalt diese Kosten decken kann.

FDP

FREIE WÄHLER

Nacht-Taxis für Frauen stellen einen gesicherten Raum für den Heimweg dar, der unabhängig von der sozialen Stellung ermöglicht werden sollte.

GRÜNE

Alle Menschen sollen sich auf dem Weg durch die Stadt wohlfühlen. Das gilt vor allem in Abend- und Nachtstunden. Die Frauen*nachttaxigutscheine sind daher ein Herzensprojekt der Grünen. Sie wurden sehr rege genutzt. Das ist ein großer Erfolg, für den wir auch in Zukunft die Mittel bereitstellen wollen.

53. Frauen*-Nacht-Taxis

Die Linke Die Frauen*-Nacht-Taxis sind ein erfolgreiches Projekt und ein wichtiges Angebot im Rahmen der gesamten städtischen Mobilität. Die Tatsache, dass die Finanzierung durch erhebliche Nachfrage ausgeweitet werden musste spricht gerade dafür, dass sehr viel berechtigter Bedarf besteht für diese Gutscheine. Eine Abschaffung wäre ein tragischer Rückschritt, den wir klar ablehnen.
München-Liste Frauen-Nacht-Taxis sind ein Sicherheitsfaktor und sollen erhalten bleiben.
ÖDP Die in 2025 eingeführte Vergabe nach sozialen Kriterien führt bereits zu einem zielgenaueren Einsatz der Mittel.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme zu“ angegeben.) Für Frauen nur kostenlose Flugtaxis!
Rosa Liste
SPD Wir wollen die Vergabe von Gutscheine unter sozialen Kriterien (Vergabe an Frauen*, die einen Studierendenausweis, Schüler*innenausweis, Renten- oder Pensionärsausweis, Schwerbehindertenausweis, München-Pass oder eine Azubi-Card der IHK vorlegen) erhalten.
Volt Frauen*-Nacht-Taxi-Gutscheine verbessern die sichere Mobilität in der Nacht und geben Menschen mehr Handlungsspielraum, wenn ÖPNV-Angebote eingeschränkt sind. Sie stärken das Sicherheitsgefühl, vermeiden riskante Wege und sind ein gezieltes, niedrigschwelliges Angebot für mehr Freiheit und Teilhabe im öffentlichen Raum.

54. Öffentliche Plätze dürfen nicht durch den Einsatz von defensiver Architektur gestaltet werden.

AfD

Denn die Ursachen müssen beseitigt werden, nicht die Symptome.

Bayernpartei

Leider ist Vandalismus und Zerstörungswut an öffentlichen Plätzen an der Tagesordnung. Deshalb muss die Ausstattung besonders robust sein, dazu zählt auch sog. „defensive Architektur“.

Bündnis Kultur

CSU

Das kommt auf die Situation vor Ort an. Wenn sog. Hot-Spots entstehen, können zu deren Vermeidung oder Auflösung derartige Maßnahmen sinnvoll sein.

FDP

FREIE WÄHLER

Öffentliche Plätze sind ein Spiegelbild der Gesellschaft, Kultur und Lebensgefühl einer Stadt. Eine gezielt eingesetzte 'defensive Architektur', deren Zweck vornehmlich gegen bestimmte Personen- und Bevölkerungsgruppen gerichtet ist, kann und darf nicht dazu dienen, öffentlichen Raum visuell und faktisch einzuschränken. Probleme bzw. Ursachen insbesondere im sozialen Bereich sind durch geeignete Maßnahmen anzugehen und nicht mittels defensiver Architektur zu kaschieren.

GRÜNE

Der Bau „defensiver“ Architektur, um soziale Gruppen und insbesondere obdachlose Menschen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, ist menschenfeindlich. Daher wollen wir obdachlosenfeindliche Architektur im gesamten Stadtgebiet abbauen. Anders als oft diskutiert entsprechen Armlehnen an Haltestellenbänken in der Regel den gängigen Normen im Bereich Barrierefreiheit und haben die Funktion, mobilitätseingeschränkten Menschen das Aufstehen zu erleichtern.

54. Defensive Architektur

Die Linke	Die sogenannte defensive Architektur dient lediglich der weiteren unwürdigen Ausgrenzung der bereits marginalisierten wohnungslosen Menschen. Sie ist außerdem eine Symptom- und keine Ursachenbekämpfung. Wir wollen Lösungen, damit niemand auf der Straße leben muss und allen bedarfsgerecht geholfen werden kann.
München-Liste	Die defensive Architektur ist eine eher abweisende Gestaltung von öffentlichen Plätzen. Wir setzen uns für eine menschengerechte Gestaltung der Stadt ein, die zum Verweilen und Entspannen einlädt.
ÖDP	Probleme wie Obdachlosigkeit löst man nicht, in dem man die Obdachlosen aus dem öffentlichen Raum vertreibt.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.) Aus Gründen.	
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Volt lehnt es strikt ab, öffentliche Plätze hässlich oder unangenehm zu gestalten, um bestimmte Personengruppen fernzuhalten. Soziale Probleme verschwinden nicht, wenn sie unsichtbar gemacht werden. Armut und Obdachlosigkeit müssen bekämpft werden, und nicht die Menschen, die darunter leiden. Volt will allen Menschen in der Stadt ein würdiges Leben ermöglichen und die Stadt so gestalten, dass man gerne draußen verweilt.

55. Das Projekt der Flexiheime soll wieder aufgenommen werden.

AfD

Zu oft werden dort „Geflüchtete“ untergebracht, die gar nicht in der Stadt sein sollten.

Bayernpartei

Wir halten Flexiheime für die sinnvollere Alternative zur städtischen Anmietung von Hotels, Pensionen etc.

Bündnis Kultur

CSU

Wichtig ist für uns, dass Menschen nicht auf der Straße schlafen müssen. Flexiheime sind besser, als die Unterbringung z. B. in Sporthallen.

FDP

FREIE WÄHLER

Flexiheime sollen gerade für Menschen in zum Teil existenziellen Notlagen einen Rückzugs- und Schutzraum schaffen. Dieses Angebot muss gerade in drittgrößten Stadt Deutschlands erhalten bleiben.

GRÜNE

Zur Überwindung von Wohnungslosigkeit setzen wir auf langfristige, niedrighschwellige und menschenwürdige Wohnmodelle. Dazu gehören auch Flexiheime, besonders um erwerbstätige Wohnungslose besser unterstützen zu können. Sobald wieder genügend Fördermittel zur Verfügung stehen, wollen wir dieses Modell wiederaufnehmen.

55. Flexiheime

Die Linke	Der Bedarf für vorübergehenden Wohnraum für Wohnungs- und Obdachlose Menschen hat sich in den letzten Jahren erheblich erhöht, nicht zuletzt durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Angebote wie Flexiheime können viel dazu beitragen, Menschen in Wohnungslosigkeit zu unterstützen und müssen deshalb stark ausgebaut werden.
München-Liste	Das Projekt Flexiheime ist wegen der angespannten Finanzlage zurückgestellt worden. Es hilft Personen und Familien, die Zeit der Wohnungssuche zu überbrücken. Wir sind für die Wiederaufnahme, sobald sich die Finanzlage wieder etwas entspannt.
ÖDP	Die ausgesetzte Förderung, zur Einrichtung von Wohnraum für Obdachlose, soll so schnell als möglich wieder in Vollzug gesetzt werden.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.)	Wir fordern einen Betonmäßigen Ausbau der Bayerkaserne mit 57 Stockwerken!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Durch den angespannten Münchner Wohnungsmarkt gelangen immer wieder Menschen in Obdachlosigkeit. Flexiheime ermöglichen diesen Menschen ein weitgehend normales Wohnen, bis sie wieder eine eigene Wohnung gefunden haben. Wohnen ist Grundlage für ein würdiges Leben und soziale Teilhabe. In einer reichen Stadt wie München darf niemand ohne ein verlässliches Dach über dem Kopf bleiben.

56. Die Stadt München soll Sozialleistungen für Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus deutlich einschränken.

AfD

Diese Leistungen sind der größte Pullfaktor überhaupt und müssen so weit wie möglich reduziert werden.

Bayernpartei

Soweit es in der Hoheit der Kommune liegt, sollte die Stadt ihre Möglichkeiten nutzen und Sozialleistungen einschränken.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

München soll Sozialleistungen gezielt einsetzen und kein 'Gießkannensystem' praktizieren. Sozialleistungen sollten an ein Bezugsortsystem gekoppelt werden. Die finanzielle Leistungsfähigkeit einzelner Kommunen darf nicht überbeansprucht werden.

GRÜNE

Auch Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus haben ein Recht auf Wahrung ihrer Menschenwürde, Dazu gehört auch ein materielles Existenzminimum. Die soziale Grundversorgung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sollen für alle Menschen in München gewährleistet sein, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

56. Einschränken von Sozialleistungen

Die Linke	Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus haben bereits mit genug Problemen zu kämpfen, wie zum Beispiel bei der mangelnden Krankenversorgung. Diesen Menschen auch noch die Sozialleistungen einzuschränken wäre ein deutlicher Verstoß gegen die Menschenwürde. Wir stehen klar dafür ein, dass niemand in München zurückgelassen wird.
München-Liste	In Zeiten knapper Kassen müssen alle Leistungen auf den Prüfstand. Selbstverständlich muss ein Mindestmaß an Versorgung sichergestellt werden. Die Einschränkungen können daher nicht sehr groß ausfallen.
ÖDP	Sozialleistungen sind bereits am notwendigen Minimum für ein menschenwürdiges Leben in unserem Land orientiert. Eine pauschale Kürzung während eines laufenden Asylverfahrens oder einer Duldung muss daher als unwürdig bewertet werden. Die Einführung einer Bezahlkarte hat die Möglichkeiten für eine Zweckentfremdung von Sozialleistungen bereits weitgehend eliminiert.
Die PARTEI	Wie kommt man auf solchen Unsinn?
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Grundlegende Sozialleistungen sichern Menschenwürde und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese müssen für alle Menschen unabhängig vom Aufenthaltsstatus selbstverständlich sein. Einschränkungen würden Notlagen verschärfen, Gesundheit und Sicherheit gefährden und langfristig höhere Folgekosten verursachen. Volt setzt auf humanitäre Standards, Prävention und Integration statt Ausgrenzung.

57. In städtischen Einrichtungen soll ein Genderverbot gelten.

AfD

Denn gendern verunstaltet die deutsche Sprache in nicht akzeptabler Weise.

Bayernpartei

Jeder Mensch kann privat reden und schreiben, wie er möchte. In öffentlichen Dokumenten jedoch muss die geltende Rechtschreibung eingehalten werden, und die sieht das generische Maskulinum vor.

Bündnis Kultur

CSU

Das ist eine persönliche Entscheidung: Wer gendern will, soll das tun. Wer es nicht will, soll nicht dazu gezwungen werden.

FDP

Weder ein Genderverbot noch ein Genderzwang

FREIE WÄHLER

Verbote bringen bei der ideologisch und hitzig geführten Diskussion keine Ergebnisse. Die FREIEN WÄHLER stehen für ein System der Freiwilligkeit, das allen Menschen gerecht wird.

GRÜNE

Die Grünen lehnen Sprech- und Sprachverbote wie vom Freistaat Bayern in seinem Verantwortungsbereich verfügt ab und befürworten und fördern die Verwendung gendergerechter Sprache in der Stadtverwaltung, um die Gleichstellung aller Geschlechter sichtbar zu machen und zu stärken.

57. Genderverbot

Die Linke	Sprache ist Macht und formt die Wahrnehmung. Darum ist es umso wichtiger, weiterhin eine inklusive Sprache zu fördern. Wir lehnen diese diskriminierende Symbolpolitik ab – sie fördert Spaltung und unterdrückt mehr als 50% der Gesamtbevölkerung.
München-Liste	Weder Genderverbot noch Genderzwang. Wir sind für die Freiheit der Sprache.
ÖDP	Jedem städtischen Mitarbeiter soll die Möglichkeit eingeräumt sein, eine passende und wertschätzende Ansprache wählen zu können. Der Kulturkampf der um das Gendern entbrannt ist, spaltet die Gesellschaft anstatt sie zu Einem.
Die PARTEI	Andererseits reicht das generische Femininum als Richtlinie vollkommen aus.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Ein Genderverbot schränkt Sprache, Wissenschaft und Verwaltung unnötig ein und ignoriert gesellschaftliche Vielfalt. Volt setzt auf eine offene, respektvolle und inklusive Sprache, die niemanden ausschließt und unterschiedliche Lebensrealitäten anerkennt.

58. Die Stadt München soll die einfache Umnutzung von Gewerbeflächen zu Wohnzwecken ermöglichen.

AfD

Die Umwandlung von Büroflächen in Wohnungen würde Wohnraum schaffen und den Büroleerstand verringern. Ggf. ist eine Befristung vorzusehen, oder eine erneute Umwandlung bei geänderter Wirtschaftslage zu prüfen.

Bayernpartei

Die Stadt soll, soweit es in ihrer Kompetenz liegt, die Rahmenbedingen schaffen für möglichst viel Flexibilität bei Wohn- und Gewerbeflächen und eine möglichst unbürokratische Umnutzung erlauben.

Bündnis Kultur

CSU

Wo das möglich und sinnvoll ist.

FDP

FREIE WÄHLER

In Zeiten erhöhter Wohnungsknappheit, hoher Mietpreise und Überbelegungen sollen Alternativen wie die Umnutzung von Gewerbeflächen zu Wohnzwecken zur Verfügung stehen. In Anbetracht hoher Leerstandsquoten insbesondere in wirtschaftlich angespannten Zeiten kann zusätzlicher Wohnraum durch die Nutzung von Gewerberäumen für eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sorgen.

GRÜNE

Die Grünen setzen sich mit Nachdruck dafür ein, leerstehende Büroflächen und Gewerbeflächen dort, wo es baulich und städtebaulich sinnvoll ist, in Wohnungen umzuwandeln. Dazu haben wir auch beantragt, Beratung, Anreize und Erleichterungen zu gewähren, um Nutzungsänderungen zu ermöglichen.

58. Umnutzung von Gewerbeflächen

Die Linke	Die Umnutzung von Gewerbeflächen zu Wohnzwecken kann einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum leisten, wird in der heutigen Zeit jedoch durch übermäßig scharfe Regulierung erschwert. Wir wollen diesen Prozess in Zukunft erleichtern.
München-Liste	Jede Möglichkeit zur Schaffung von Wohnraum sollte genutzt werden. Wenn sich leer stehende Gewerbeflächen zur Umnutzung eignen, dann sollte das möglichst einfach funktionieren ohne allzu große Hürden bei den Bauvorschriften.
ÖDP	Die rechtlichen Hürden für eine Umnutzung von Gewerbeflächen in Wohnraum sind angesichts des Überschusses an Büroflächen und der Wohnungsknappheit deutlich zu senken.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.)	Justizpalast umwandeln in XXL-Luxuswohnungen.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Die Umnutzung geeigneter Gewerbeflächen kann zusätzlichen Wohnraum schaffen und den Druck auf den angespannten Wohnungsmarkt mindern. Volt setzt sich dafür ein, solche Umnutzungen dort zu ermöglichen, wo sie sinnvoll und städtebaulich verträglich sind. Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden, ohne Nutzungskonflikte oder Fehlentwicklungen zu fördern.

59. Die Stadt München soll mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende über das AzubiWerk finanzieren.

AfD

Wohnraum-Unterstützung für Auszubildende ist sinnvoll, aber alle drei derzeitigen Träger sind ideologisch linkslastig.

Bayernpartei

Bei diesem und vielen ähnlichen Projekten handelt es sich um Unternehmungen parteipolitischer Vorfeldorganisationen. Die Stadt sollte sich parteipolitisch neutral verhalten.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Die Wohnungs- und Mietsituation in der Landeshauptstadt ist gerade für Auszubildende mit i.d.R. geringeren Einkommen extrem schwierig und angespannt. Die Schaffung von Wohnungen analog zum Studierendenwerk kann hier nicht nur zu einer spürbaren Entlastung beitragen, sondern auch dabei helfen, dringend benötigte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Wohnungen für Auszubildende sind Investitionen in die Zukunft.

GRÜNE

Wer in München eine Ausbildung macht, hat oft wenig Geld und damit geringe Chancen auf eine Wohnung. Deswegen war die Gründung des Azubiwerks vor drei Jahren genau die richtige Idee. Seitdem wurden 463 Wohnungen für Auszubildende fertiggestellt, 364 sind in Bau und 270 in Planung. Im überhitzten Münchner Wohnungsmarkt ist das eine gute Nachricht – Die Grünen werden die erfolgreiche Arbeit des Azubiwerks daher auch in Zukunft unterstützen.

59. Wohnraum für Auszubildende

Die Linke	Gerade für Auszubildende und Studenten sind die Wohnungen in München oft unbezahlbar. Wir wollen mindestens 500 neue öffentliche Wohnheimplätze pro Jahr schaffen, zum Beispiel über das AzubiWerk.
München-Liste	Das AzubiWerk ist eine gute Einrichtung für Auszubildende. Es konkurriert mit vielen anderen Wohnungssuchenden um finanzielle Mittel und Räumlichkeiten. Es sollte einen fairen Anteil bekommen.
ÖDP	Auszubildende sind stärker noch als Studenten auf die Vorhaltung von bedarfsgerechtem Wohnraum angewiesen, da auf dem freien Markt kaum passende Angebote vorhanden sind.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.)	Aber wir wissen doch auch nicht, weshalb.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende ist entscheidend, um Ausbildung in München attraktiv und überhaupt möglich zu machen. Über das AzubiWerk kann die Stadt gezielt jungen Menschen mit geringem Einkommen helfen, Fachkräfte sichern und soziale Durchmischung fördern. Volt setzt sich für eine verlässliche Finanzierung und den Ausbau dieses Angebots ein.

60. Die Stadt München soll die gewerbliche Vermietung von privater Wohnfläche, z.B. durch airbnb, streng kontrollieren und Verstöße konsequent ahnden.

AfD

Wohnraum sollte den Münchner Bürgern zur Verfügung stehen, für Touristen gibt es Hotels.

Bayernpartei

Die Kontrolle gewerblicher Vermietung ist Aufgabe des Zolls, nicht der Stadt.

Bündnis Kultur

CSU

Wenn dadurch der Wohnraum für Münchnerinnen und Münchner unzulässig entzogen wird, muss hier konsequent gehandelt werden.

FDP

FREIE WÄHLER

Der Vermietung über Anbieterplattformen muss gerade in München mit extremen Mietpreisen und einer eklatanten Wohnungsknappheit konsequent begegnet werden. Auf der Basis einer entsprechenden städtischen Satzung müssen Meldepflichten betreffender 'angebotener Objekte' an die Bundesnetzagentur etabliert und bei Zuwiderhandlungen konsequent sanktioniert werden.

GRÜNE

Die Grünen stehen für eine konsequente Kontrolle der gewerblichen Vermietung von privater Wohnfläche und sprechen sich für wirksame Maßnahmen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum aus. Die Stadt handelt konsequent und hat z.B. 2024 insgesamt 448 Wohnungen vor einer illegalen Zweckentfremdung bewahrt. Insbesondere im Bereich der Ferienwohnungen und Kurzzeitvermietungen würde die Stadt gerne noch konsequenter vorgehen, wird aber von der Untätigkeit des Freistaats Bayern daran gehindert.

60. Gewerbliche Vermietung privater Wohnflächen

Die Linke	Konzerne wie airbnb machen einen Teil der Wohnungen in München für normale Mieter*innen unzugänglich und tragen dabei zum Wohnungsmangel bei, während sie selber hohe Profite erwirtschaften. Wir müssen diese und ähnliche Konzepte wie sogenannte Opernwohnungen sehr viel stärker regulieren und unterbinden.
München-Liste	Die Wohnungsknappheit wird durch übermäßige Nutzung für Airbnb verschärft. Kontrolle ist notwendig, weil sonst der 'Airbnb-Missbrauch' als Kavaliersdelikt angesehen und zur Normalität wird.
ÖDP	Der dauerhaften Zweckentfremdung von Wohnraum ist entschieden entgegen zu wirken.
Die PARTEI:	Alles Geld den Hotelgrossisten.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Die gewerbliche Zweckentfremdung von Wohnraum verschärft den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt. Bestehende Regeln müssen konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden. Volt setzt sich dafür ein, die Stadt personell besser auszustatten, damit Meldungen systematisch geprüft und Verstöße wirksam geahndet werden – nach dem Vorbild erfolgreicher Modelle anderer Großstädte wie zum Beispiel Wien.

61. Der Verkauf von städtischem Grund an private Investor*innen soll ausgeschlossen werden.

AfD

Projekte müssen sich gerade bei der heutigen Finanzlage für die Stadt und damit die Bürger lohnen, dafür dürfen private Träger nicht ausgeschlossen werden.

Bayernpartei

Die Schaffung neuen Wohnraums funktioniert nicht ohne Grundstücksverkäufe. Beispielweise Genossenschaften wollen keine Grundstücke in Erbpacht und entscheiden sich deshalb gegen Wohnungsbau.

Bündnis Kultur

CSU

Die privaten Investoren sind im Rahmen der Sobon (Verordnung Soziale Bodennutzung) verpflichtet, einen nicht unerheblichen Teil der Wohnungen im geförderten Wohnungsbau zu erreichen. Damit entsteht auch preisgedämpfter Wohnraum. Bei Gewerbeimmobilien bildet das Grundeigentum in der Regel die Basis für eine Finanzierung.

FDP

FREIE WÄHLER

Der Immobilienmarkt wird nur durch ein stärkeres Engagement von privaten Kapitalgebern/Investoren eine entsprechende Entlastung erfahren. Vor einem Verkauf muss aber stets die Möglichkeit der Nutzung auf Basis von Erbpachtverträgen stehen.

GRÜNE

Die Grünen stehen zu dem städtischen Grundsatzbeschluss, Grundstücke nur in Erbpacht zu vergeben. Von dieser Regel gibt es nur wenige Ausnahmen. Im Rahmen von Grundstückstauschgeschäften oder zur Förderung von Genossenschaften kann es für die Stadt von Vorteil sein, sich ausnahmsweise auf einen Verkauf von Grundstücken einzulassen.

61. Verkauf von städtischem Grund

Die Linke	Öffentlicher Grund gehört in öffentliche Hand. Jede Veräußerung in die private Marktwirtschaft führt dauerhaft zu einer Erhöhung der Bodenpreise und somit auch zur Erhöhung von Mietkosten. Wir wollen den Grund nur mit dauerhaften Mietobergrenzen und maximalen Bindungsfristen in Erbbaurecht oder mit dauerhaftem Rückkaufrecht an Genossenschaften oder Mietshäusersyndikate vergeben.
München-Liste	Wir sind sehr für die Nutzung der städtischen Grundstücke zur Wohl der Allgemeinheit. Der kategorische Ausschluss erscheint uns zu strikt, denn der Verkauf an private Investor*innen kann in einzelnen Situationen Sinn machen.
ÖDP	Um auf dem Wohnungsmarkt als Akteur auftreten zu können braucht es Grundstücksverfügbarkeiten. Den Investoren das Feld zu überlassen hat München erst in die aktuelle Wohnraummisere geführt. Wir fordern städtische Grundstücke nur mehr im Wege eines Erbbaupachtvertrags an private Eigenheimbauer abzugeben.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.)	Die Stadt soll genauso in die Freuden eines Investors kommen dürfen, wie der TSV 1860 München. Was dort so super läuft, kann auch für die Stadt nur gut sein!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Die Stadt München soll ihre restlichen Flächen grundsätzlich behalten, um die Stadtentwicklung sowie die Eigentums- und Mietpreise besser steuern zu können. Städtische Wohn- und Gewerbeflächen sollen Investoren grundsätzlich im Erbbaurecht überlassen werden. So behält die Stadt Kontrolle und bietet gleichzeitig Raum für wichtige Investitionen. Ausnahmen vom Verkaufsverbot können im Einzelfall geprüft werden, wenn besondere Gründe dafür sprechen.

62. Innerhalb des Mittleren Rings sollen keine Hochhäuser über 60 Meter gebaut werden dürfen.

AfD

Hochhäuser stören das Stadtbild, blockieren Frischluftschneisen, verschärfen die aktuelle Grundwasserproblematik und führen zu noch mehr Zuzug in die ohnehin schon überfüllte Stadt.

Bayernpartei

Hochhäuser sollen dort gebaut werden, wo sie ins Stadtbild passen und eine ausreichende Infrastruktur (insbesondere ÖPNV) zur Verfügung steht.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

München ist seit Jahrhunderten von einer einzigartigen Silhouette geprägt. Große bauliche Projekte wie z.B. die 'Olympischen Sportstätten' haben sich in das Gesamtensemble der Hochhausarchitektur stets hervorragend eingefügt. Ein verstärkter Hochhausbau kann sich gegebenenfalls in das städtische Bild einfügen. Hierbei darf jedoch nur mit größter planerischer Umsicht und nur unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger vorgegangen werden.

GRÜNE

Die Grünen lehnen eine pauschale Höhenbegrenzung für Hochhäuser ab. Wir wollen im Einzelfall entscheiden, ob an einem Standort ein Hochhaus unter städtebaulichen, ökologischen und sozialen Kriterien sinnvoll ist. Ziel von Hochhäusern muss es sein, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, und dabei möglichst effizient mit der benötigten Fläche umzugehen. Intensive Dach- und Fassadenbegrünung sowie natürliche Versickerungsflächen sind wichtige Bestandteile der Planung.

62. Hochhäuser

Die Linke	Hochhäuser über 60 Meter können nachgewiesenermaßen keinen bezahlbaren Wohnraum erzeugen, sondern sind als Prestige- oder Luxusobjekte gedacht. Wir lehnen solche Bauten sowohl innerhalb als auch außerhalb des Mittleren Rings ab, so z.B. auch die geplanten Hochhäuser bei der alten Paketposthalle.
München-Liste	Wir sind für die Umsetzung des Bürgerentscheids von 2004, keine Hochhäuser über 100 m. Die Skyline von München mit ihren Türmen soll nicht verbaut werden. Hochhäuser haben außerdem einen hohen Energiebedarf für Heizung, Wasserversorgung und Fahrstühle. Daher sind sie nur bedingt tauglich zur Entlastung der Wohnungsknappheit.
ÖDP	Hochhäuser über 60 m Höhe haben einen hohen Energiebedarf, schaffen vornehmlich teuren Luxuswohnraum und treiben die Bodenpreise in die Höhe.
Die PARTEI	Und wenn doch, dann muss das Tempolimit direkt proportional angepasst werden. Beispiel: 100m Hochhaus, 100kmh auf dem Mittleren Ring.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Pauschale Verbote lehnen wir ab. Es sind bei jedem Hochhausprojekt die Vor- und Nachteile auf die Stadtentwicklung individuell zu prüfen. Es scheint zwar oft wenig sinnvoll, Häuser über 60 Meter hoch zu bauen. Dennoch können manche Projekte das Stadtbild architektonisch bereichern und wertvollen Wohn- und Gewerberaum auf knapper Fläche schaffen.

63. Die Stadt München soll sich für eine flexiblere Gestaltung des Denkmalschutzes einsetzen, um Sanierungs- und Umbaumaßnahmen zu erleichtern.

AfD

Es sind schon zu viele alte Gebäude abgerissen und durch gesichtslose moderne Wohnblöcke ersetzt worden. Münchens Stadtbild darf sich nicht noch weiter negativ verändern. Photovoltaikanlagen sollten nicht auf denkmalgeschützten Gebäuden errichtet werden, auch wenn das mittlerweile rechtlich zulässig ist.

Bayernpartei

Denkmalschutz obliegt den Behörden des Landes, die Kommune hat hier keine Entscheidungs- oder Eingriffsmöglichkeiten.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Denkmalschutzaufgaben können insbesondere im Bereich der Installation von PV Anlagen und der energetischen Gebäudesanierung als Hemmschuh wirken. In Einzelfällen sollten Denkmalschutzaufgaben an die Erfordernisse angepasst werden, ohne dabei aber den Denkmalschutzcharakter zu beeinträchtigen.

GRÜNE

Eine pauschale Flexibilisierung des Denkmalschutzes birgt auch das Risiko, dass unter dem Vorwand von Sanierung und Umbau Mieter*innen verdrängt werden. Wir halten es für klüger, bei jedem Vorhaben individuelle Lösungen zu suchen, die sowohl den Denkmalschutz als auch die Bedürfnisse der Stadtgesellschaft im Blick haben.

63. Denkmalschutz

Die Linke	Die Klimakatastrophe ist die zentrale Aufgabe der Menschheit für die nächsten Jahrzehnte und muss mit aller Klarheit bekämpft werden. Daher ist es wichtig, das Errichten von Solaranlagen und weitere Maßnahmen zur Erzeugung von dezentraler Energie zu ermöglichen. Wenn der Denkmalschutz hingegen flexibler gestaltet werden soll um Umbaumaßnahmen zu ermöglichen, welche die Profite von Privatinvestoren steigern sollen, sind wir klar dagegen.
München-Liste	Wir setzen uns für Denkmalschutz in der Stadt München ein, denn gerade die historischen Gebäude erhalten den Flair und Charakter der Stadt. Leider gab es schon 'Umbaumaßnahmen', nach denen man das denkmalgeschützte Gebäuden nicht mehr wieder erkennt.
ÖDP	Werden Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in enger Abstimmung mit der Denkmalschutzbehörde geplant und umgesetzt, wird in aller Regel ein brauchbarer Kompromiss gefunden werden können.
Die PARTEI	Wo kommen wir denn da hin? Der Denkmalschutz ist eine unübertroffene Schönheit der deutschen Bürokratie und gehört allumfassend angewandt!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Angesichts der angespannten Wohnungslage braucht München mehr Flexibilität beim Denkmalschutz. Historisch wertvolle Gebäude sollen weiterhin geschützt werden, gleichzeitig ist nicht jeder Bau schutzwürdig. Volt setzt sich für mehr Augenmaß ein, um sinnvolle Sanierungen und Umbauten zu ermöglichen, Bürokratie abzubauen und schneller bezahlbaren, nachhaltigen Wohnraum für die Zukunft Münchens zu schaffen.

64. Die Stadt München soll der Münchner Wohnen erlauben, in unterschiedlichen Energieeffizienzstandards zu bauen, um die Schaffung von Wohnraum zu beschleunigen.

AfD

Schon jetzt ist das Gebäudeenergiegesetz (GEG) ein irrsinniger Kostentreiber.

Bayernpartei

Nicht nur der Münchner Wohnen, auch Privatsleuten soll es erlaubt sein, sich für die den persönlichen Anforderungen am besten entsprechende Bauweise zu entscheiden.

Bündnis Kultur

Wir sind für eine Kosten-Nutzen-Abwägung und einen pragmatischen Klimaschutz, für schnellen, effektiven und bezahlbaren Wohnraum.

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

In Deutschland wird grundsätzlich zu teuer, zu aufwändig und zu 'schwerfällig' gebaut. Gerade im Baubereich besteht ein enorm hohes Maß an Bürokratisierung. Bauen muss schneller und günstiger werden, um dringend benötigten Wohnraum zu schaffen.

GRÜNE

Das Bauen in unterschiedlichen Energieeffizienzstandards hat der Stadtrat im Frühjahr 2025 beschlossen. Die Grünen haben zugestimmt.

64. Energieeffizienzstandards für mehr Wohnraum

Die Linke	Die Kosten-Nutzen-Rechnung für Effizienzhäuser mit der Stufe 40 sind im Sinne des bezahlbaren Wohnraums und des Klimaschutzes nicht immer sinnvoller als das Bauen von Effizienzhäusern mit Stufe 55, daher wollen wir beide Standards beim Neubau erlauben. Schlechter als 55 darf nicht gebaut werden, nicht zuletzt durch die europäische Gesetzgebung.
München-Liste	Eine Beschleunigung bei der Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnraum ist absolut wünschenswert. Eine Beschränkung auf die Münchner Wohnen ist aus Gleichbehandlungsgrundsätzen vermutlich nicht möglich. Deshalb könnten auch private Investoren diese Lockerung in Anspruch nehmen, wenn sie Sozialwohnungen schaffen.
ÖDP	Eine hohe Energieeffizienz bei Neubauten rechnet sich langfristig. Es sind auch vielmehr die baurechtlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren, die für die langen Realisierungszeiträume verantwortlich sind.
Die PARTEI (Diese Partei hat am 10.02.2026 ihr Abstimmungsverhalten zu dieser These korrigiert. Davor hatte sie „stimme nicht zu“ angegeben.) Also arme Leute sollen mehr heizen müssen?	
Rosa Liste	
SPD	Um Wohnungsbaukosten zu senken, haben wir schon in dieser Legislaturperiode kritisch über Baustandards diskutiert und diese, wo nötig, gesenkt. Diese Arbeit müssen wir fortsetzen. Dazu gehen wir mit den unterschiedlichsten Akteuren im Wohnungsbau in den Austausch und entwickeln einen neuen Münchner Standard.
Volt	Für möglichst viel Klimaschutz wollen wir die vorhandenen Gelder so effizient wie möglich nutzen. Die Förderung von maximal klimafreundlichen Neubauten ist aber ineffizient. Anstatt bei Neubauten höchste Standards anzulegen, könnte mit dem gleichen Geld z.B. durch den Austausch alter Heizungen mehr als 10 mal so viel CO ₂ eingespart werden. Es geht beides: Mehr Klimaschutz und schneller günstigen Wohnraum schaffen. Höchste Energieeffizienzstandards für Neubauten helfen hier aber nicht.

65. Die Stadt München soll Anleihen für Bürger*innen herausgeben, um sozialen Wohnungsbau zu finanzieren.

AfD

Auch dies erhöht letztlich die Verschuldung der Stadt. Die Privatwirtschaft muss zum Bau von Sozialwohnungen durch Anreize steuerlicher Art animiert werden.

Bayernpartei

Die Ausgabe städtischer Anleihen kann sich leider nicht refinanzieren und ist deshalb nicht geeignet, um sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen.

Bündnis Kultur

CSU

Das war eine der jüngsten Forderungen der CSU München und des Oberbürgermeisterkandidaten Clemens Baumgärtner, um den Wohnungsbau anzukurbeln.

FDP

FREIE WÄHLER

Die Stadt benötigt dringend finanziellen Spielraum für Wohnungsbau. Hier sollten auch alle kreativen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

GRÜNE

Die Grünen fordern eine Bürger*innenanleihe für bezahlbare Wohnungen. Gerade erst musste München mit hohen Summen Lücken schließen, die ein Förderstopp des Freistaats hinterlassen hat. Das kann aber angesichts der klammen Kassen, mit denen Kommunen bundesweit zu kämpfen haben, keine Dauerlösung sein. Mit einer städtischen Anleihe kann die Stadt ihren Handlungsspielraum erweitern. Deswegen soll die Stadtkämmerei an einer neuen Anleihe für bezahlbares Wohnen arbeiten.

65. Anleihen für sozialen Wohnungsbau

Die Linke	Unserer Ansicht nach sind Anleihen für Bürger*innen nicht die geeignete Lösung, Investitionen für die Stadt zu finanzieren – auch weil diese keine demokratische Beteiligung ermöglichen. Wir werden alle Vorschläge der anderen Parteien in diese Richtung ausführlich prüfen.
München-Liste	Es gibt bereits seit 2020 den Social Bond als Anleihe mit dem Ziel bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Er erfreut sich unseres Wissens großer Beliebtheit. Weitere Auflagen des Social Bonds sind ein probates Mittel, um Kapital für den Wohnungsbau zu sammeln und die Bürger*innen am Aufbau der Stadt zu beteiligen.
ÖDP	Nachdem sich der Freistaat Bayern aus der Finanzierung von sozialem Wohnungsbau in München weitgehend zurückgezogen hat, braucht es neue Finanzierungskonzepte. Eine Bürger-Anleihe ist hierbei ein vielversprechender Ansatz.
Die PARTEI	Mit 15 % Zinsen
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Bürgeranleihen können zusätzliches Kapital für sozialen Wohnungsbau mobilisieren und Münchner:innen ermöglichen, sich direkt an der Stadtentwicklung zu beteiligen. Volt unterstützt dieses Instrument, wenn es für die Stadt finanziell sinnvoll ist: Verwaltungskosten müssen gering bleiben, Konditionen günstig sein und Transparenz gewährleistet. Bürgeranleihen sollen klassische Finanzierung ergänzen, nicht verteuern.

66. Es soll eine städtische Anlaufstelle gegen Mietwucher geschaffen werden.

AfD

Der Kampf Mieter gegen Vermieter darf nicht auch noch befeuert werden, vielmehr muss mehr für den Interessenausgleich getan werden.

Bayernpartei

In den Mietwohnungsmarkt einzugreifen ist nicht Aufgabe der Stadt und liegt nicht in ihrer Kompetenz.

Bündnis Kultur

CSU

Dafür gibt es andere Stellen, wie z.B. den Mieterverein München.

FDP

FREIE WÄHLER

Die Mieten in München steigen nach wie vor unverhältnismäßig an. Eine entsprechende Anlaufstelle kann hier Abhilfe schaffen und zudem ein genaueres Bild zeigen, wie es in konkreten Fällen um die Mietsituation der Landeshauptstadt bestellt ist.

GRÜNE

Wir fordern die Einrichtung einer städtischen Anlaufstelle gegen Mietwucher bei der Mietberatung, die Betroffene berät, Fälle prüft und konsequent und proaktiv gegen überhöhte Mieten vorgeht.

66. Anlaufstelle gegen Mietwucher

Die Linke	Mietwucher ist ein sehr großes Problem in München und muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Eine zentrale Anlaufstelle der Stadt wäre sehr hilfreich um dieses Problem effektiv in den Griff zu bekommen.
München-Liste	Es gibt bereits Apps und Internetseiten, auf denen ein*e Mieter*in einen ersten Check auf Mietwucher durchführen kann. Eine städtische Anlaufstelle kann die Umgebung einer Wohnung und deren Normalmiete ermitteln, um die Betroffenen zu unterstützen. Die rechtliche Durchsetzung einer Mietanpassung muss mit einem Rechtsanwalt oder einem Mieterbund erfolgen.
ÖDP	Auswüchse auf dem Mietwohnungsmarkt müssen wirksam bekämpft werden. Mieterschutz ist auch als öffentliche Aufgabe zu verstehen.
Die PARTEI	Wir müssen die Bürokratie erst noch aufblähen mit einer machtlosen neuen Einrichtung, um dann im Gegenzug die Berichtspflichten (s. Frage 74) unter dem Deckmäntelchen des Bürokratieabbaus einschränken zu können.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Im angespannten Münchner Wohnungsmarkt ziehen Mieter oft den Kürzeren - auch wenn sie Wucherpreise eigentlich nicht akzeptieren müssten. Wer traut sich schon gegen seinen Vermieter vorzugehen, nachdem man die lang ersehnte Wohnung endlich bekommen hat? Ein städtische Anlaufstelle, die Mieter:innen schützt und unterstützt und Wuchermieten sanktioniert, ist ein hilfreicher Baustein für mehr Gerechtigkeit auf dem Münchner Wohnungsmarkt.

67. Die Stadt München soll mehr Gebiete mit Erhaltungssatzungen festlegen, um gewachsene Bevölkerungskulturen zu bewahren und Verdrängungsprozesse zu vermeiden.

AfD

Derartige Eingriffe in die Marktfreiheit sorgen für weniger und nicht für mehr Wohnraum.

Bayernpartei

Erhaltungssatzungen beschneiden privates Eigentum und bremsen oder verhindern angemessene Renovierungsmaßnahmen.

Bündnis Kultur

CSU

Die derzeitigen Erhaltungssatzungsgebiete sind ausreichend.

FDP

FREIE WÄHLER

München hat eine gewachsene Stadteilstruktur mit vor Ort spezifischen Eigenheiten, die den Charme der Stadt ausmachen. Bei allen angebrachten und nötigen Weiterentwicklungen sollten diese jedoch durch Erhaltungssatzungen geschützt werden.

GRÜNE

Wir fordern eine Rechtsgrundlage, damit endlich ganz München zum Erhaltungssatzungsgebiet werden kann. Allerdings ist die Wirksamkeit der Erhaltungssatzungen seit der faktischen Abschaffung des Vorkaufsrechts durch das Bundesverwaltungsgericht stark reduziert. Der Bundesgesetzgeber ist aufgefordert, hier nachzuschärfen.

67. Gebiete mit Erhaltungssatzungen

Die Linke	Wir wollen Erhaltungssatzungsgebiete möglichst auf die ganze Stadt ausweiten um die unverhältnismäßigen Mieterhöhungen und die Verdrängung in den Griff zu bekommen.
München-Liste	Die Erhaltungssatzungen verhindern, dass normaler Wohnraum in Luxus-Wohnraum umgewandelt wird. Es gibt viele Stadtteile (z.B. Sendling, Ramersdorf, Berg-am-Laim usw.), in denen Schutzbedarf für normalen Wohnraum besteht.
ÖDP	Die Bauleitplanung der Stadt München soll künftig alle zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um Verdrängungsprozessen (Gentrifizierung) und einer weiteren Erhöhung des Versiegelungsgrads entgegen zu wirken. Insbesondere zum Erhalt der Stadtviertel mit Gartenstadtcharakter können wir uns den Einsatz von Erhaltungssatzungen gut vorstellen.
Die PARTEI	Insbesondere müssen Späties nicht nur erhalten, sondern noch weiter ausgebaut werden.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Erhaltungssatzungen können helfen, sozialen Zusammenhalt und gewachsene Strukturen zu schützen. Gleichzeitig müssen sie transparent, flexibel und stadtplanerisch ausgewogen eingesetzt werden, um Investitionen, urbane Entwicklung und bezahlbaren Wohnraum nicht unnötig zu blockieren.

68. Die Stadt München soll von ihrem Vorkaufsrecht bei Immobilien keinen Gebrauch machen.

AfD

Das ist viel zu teuer und hilft nur sehr wenigen Menschen.

Bayernpartei

Von der Stadt angekaufte Wohnungen verschaffen den Mietern aus Steuergeldern subventionierte günstige Mieten, unabhängig von der finanziellen Lage der Mieter. Dies ist sozial ungerecht und kostet die Stadt viele Millionen Euro, was wir uns definitiv nicht mehr leisten können.

Bündnis Kultur

CSU

Derzeit liegt es beim Bundesgesetzgeber, zunächst die Voraussetzungen für ein Vorkaufsrecht zu schaffen. Damit wird das Vorkaufsrecht reformiert. Das muss abgewartet werden.

FDP

FREIE WÄHLER

Die Stadt soll dort, wo sich das Vorkaufsrecht sinnvoll und auch finanziell darstellbar umsetzen lässt, auch dazu greifen. Hier müssen jeweils Einzelentscheidungen hinsichtlich der jeweiligen Sinnhaftigkeit getroffen werden.

GRÜNE

Seit einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts sind die Vorkaufsrechte von Kommunen in Erhaltungssatzungsgebieten stark eingeschränkt. Wir setzen uns dafür ein, dieses zuvor wirksame Instrument zum Schutz von Mieter*innen durch eine Gesetzesänderung wiederzubeleben.

68. Vorkaufsrecht der Stadt München

Die Linke	Wie bereits in der Vergangenheit setzen wir uns für ein konsequentes Nutzen des Vorkaufsrechts ein, um mehr Wohnfläche in die öffentliche Hand zu holen und die Bodenpreise langfristig zu senken.
München-Liste	Wenn es die finanzielle Lage gestattet, sollen Immobilien und Grundstücke von der Stadt erworben werden. Die Stadt Wien hat solche Programme seit vielen Jahrzehnten und schafft damit bezahlbaren Wohnraum in der Großstadt. Wir würden gern damit anfangen und ein solches Programm wachsen lassen.
ÖDP	Vorkaufsrechte sind ein wichtiges Instrument um als Kommune die bauliche Entwicklung an bestimmten Punkten gezielt beeinflussen zu können. Sie sind wohl überlegt einzusetzen.
Die PARTEI	Bei dem Vorkaufrecht handelt es sich um wirksames und vergleichsweise kostengünstiges Instrument, z.B. um die Grundstücke zu erwerben, die für die Stadtplanung notwendig sind, ohne die jeweiligen Verkäufer zu benachteiligen. Enteignungen und überteuerte Abkäufe werden damit wirksam verhindert.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Mehr städtischer Wohnraum sollte ein langfristiges Ziel sein. Das kommunale Vorkaufsrecht ist ein wichtiges Instrument, um sozialen Wohnungsbau zu sichern, Mieter:innen vor Verdrängung zu schützen und bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Statt darauf zu verzichten, sollte die Stadt es gezielt, transparent und wirtschaftlich verantwortlich einsetzen.

69. Großkonzerne sollen durch Steuern oder andere Abgaben an Infrastrukturprojekten beteiligt werden.

AfD

Großkonzerne zahlen bereits hohe Gewerbesteuern. Wohnungsbauunternehmen sind zudem schon jetzt zu derartigen Abgaben verpflichtet (Anliegerbeiträge, Grundstücks- oder Verkehrsentwicklungsabgabe, Bauabzugsteuer, ...).

Bayernpartei

Unternehmen und Konzerne werden bereits durch Steuern an Infrastrukturprojekten beteiligt. Darüber hinaus schaffen sie Arbeitsplätze und generieren so Einnahmen für die Kommunen.

Bündnis Kultur

CSU

Großkonzerne zahlen bereits Steuern und Abgaben.

FDP

FREIE WÄHLER

GRÜNE

Wir setzen auf eine faire Beteiligung von Unternehmen und Investoren an Infrastrukturprojekten. Dies geschieht größtenteils durch die Gewerbesteuer, deren Aufkommen in München maßgeblich von den Steuerzahlungen großer Konzerne mitbestimmt wird. Eine zusätzliche kommunale Steuer nur für Großkonzerne zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten ist aber nicht vorgesehen, denn solche Steuern unterliegen der Gesetzgebungskompetenz von Bund und Ländern.

69. Infrastruktur-Abgabe für Großkonzerne

Die Linke	Die Gewerbesteuer wurde seit fast 30 Jahren nicht erhöht und in dieser Zeit konnten Investoren und Unternehmen immer mehr Profite in München machen. Wir wollen eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Prozent. Unternehmen, die diese Stadt für Gewinne nutzen, müssen auch für die Entwicklung der Stadt zur Verantwortung gezogen werden.
München-Liste	Großkonzerne schaffen gut-dotierte Arbeitsplätze, die Menschen nach München locken. Diese Menschen benötigen Wohnraum, Kitas, Schulen, Ärzte, ÖPNV usw. An den Investitionen hierfür sollten Großunternehmen mit einem fairen Anteil beitragen, ohne die Abgabenschraube zu überdrehen.
ÖDP	Wenn Großkonzerne besondere Ansprüche an die Umgestaltung der Infrastruktur haben, ist es nur Recht und Billig sie auch an den Kosten zu beteiligen.
Die PARTEI	Wir müssen die Subventionen schließlich refinanzieren.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Großkonzerne tragen wie alle Unternehmen in München durch die Gewerbesteuer zur finanziellen Stabilität der Stadt bei und schaffen Arbeitsplätze. Volt setzt darauf, diese bestehenden Beiträge verlässlich zu sichern und weiterzuentwickeln, statt rechtlich problematische Sonderabgaben einzuführen. Ein starker Wirtschaftsstandort ist die Grundlage dafür, Infrastruktur, Soziales und Kultur in München dauerhaft zu finanzieren.

70. Bei angespannter Haushaltslage soll in München auf Investitionen verzichtet werden.

AfD

Natürlich gibt es viele nötige und sinnvolle Investitionen, aber viel zu viele sind unnötig und unsinnig.

Bayernpartei

München braucht Investitionen. Wir haben in den finanziell guten letzten Jahren Investitionen vernachlässigt und unseren Konsum enorm ausgeweitet. Was die Stadt jetzt braucht, ist weniger Konsum und mehr Investitionen.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Investitionen sichern die Zukunft der Stadt, sie dürfen deshalb nicht gestrichen werden. Einsparungspotential hat die Stadt und ihre Verwaltung an anderer Stelle ausreichend.

GRÜNE

Auch in schwieriger Haushaltslage ist es wichtig, in die Infrastruktur der Stadt zu investieren. Leider müssen einige freiwillige Projekte überprüft und ggf. verschoben oder abgesagt werden, um der Haushaltslage Rechnung zu tragen. Es werden aber weiterhin jährlich mindestens 1,5 Mrd. € an Investitionen insbesondere in Bildungsinfrastruktur, Wohnungsbau, Verkehr und Klimaschutz getätigt.

70. Städtische Investitionen

Die Linke	Jeder jetzt gesparte Euro – z.B. im Bereich der Klimaanpassung, der Bildung und der Infrastruktur – wird der Stadt in Zukunft teuer zu stehen kommen. Ein Sparhaushalt verlagert die Probleme nur, statt diese zu lösen.
München-Liste	Investitionen sind die Basis für ein gutes Leben in der Zukunft. Darauf kann und soll nicht verzichtet werden. Das Investitionsvolumen hängt stark von der finanziellen Leistungsfähigkeit ab. Es darf nicht überzogen werden. Sonst würden eines Tages die Zinsverpflichtungen jeglichen finanziellen Spielraum nehmen.
ÖDP	Die ohnehin schon hohe Verschuldung der Stadt noch in immer weitere Höhen zu treiben, reduziert künftige Spielräume und wird zu einer weiteren Verschärfung der Haushaltslage führen. Investitionen auf Pump können nicht die Lösung sein.
Die PARTEI	Ja natürlich, denn was hat die Zukunft je für uns getan?
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Investitionen in Bildung, Betreuung, Infrastruktur und Klimaresilienz sind von großer Bedeutung für die Zukunft der Stadt. Die Aufnahme von Krediten soll unter Beachtung finanzieller Stabilität erfolgen. Alle Ausgaben sind auf ihre Wirkung und Wirtschaftlichkeit hin zu überprüfen. So will Volt notwendige und sinnvolle Zukunftsinvestitionen weiterhin ermöglichen.

71. Die Stadt München soll im Gegensatz zu anderen Großstädten keine Übernachtungsabgabe für Besucher*innen einführen.

AfD

Es muss endlich aufhören, den Leuten immer mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, ohne im Gegenzug konsequent die städtischen Ausgaben zu senken.

Bayernpartei

Die sog. Übernachtungssteuer bringt wenig Einnahmen für viel Bürokratie. Touristen bringen viel Geld in unsere Stadt und schaffen Arbeitsplätze in vielen Branchen.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

GRÜNE

Der Stadtrat hat die Einführung einer Übernachtungsabgabe zur Finanzierung der touristischen Infrastruktur nach dem Vorbild anderer Großstädte beschlossen. Dies wurde jedoch durch die Staatsregierung verboten, die sich mit einem schuldenfreien Haushalt brüstet, aber die Kommunen dafür finanziell ausbluten lässt. Wir bleiben bei unserer Forderung nach einer Übernachtungsabgabe oder der Freistaat erstattet der Stadt München das Geld zurück, das ihr wegen dieser Verbotspolitik entgeht

71. Übernachtungspauschale

Die Linke	Auch Tourist*innen sollen zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie die Stadt und ihre Angebote nutzen. Daher sind wir dafür, eine geeignete Abgabe einzuführen.
München-Liste	Leider ist es derzeit nicht möglich, eine Übernachtungsabgabe einzuführen, da die bayerische Staatsregierung dieses verhindert. Wir würden eine Übernachtungsabgabe begrüßen, denn die Münchner*innen müssen solche Abgaben bei Besuchen in anderen Städten entrichten. Die Einnahmen könnten den städtischen Haushalt entlasten.
ÖDP	München ist bei Touristen beliebt. Sie an den Unterhaltskosten der Stadt über eine Übernachtungsabgabe zu beteiligen ist sinnvoll.
Die PARTEI	Bei so vielen Übernachtungen wie im schönen München kann man auf so eine pauschale, zumindest für Menschen aus Sachsen oder Thüringen, absolut nicht verzichten!
Rosa Liste	
SPD	Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der viele Arbeitsplätze schafft. Die Attraktivität Münchens beruht aber nicht zuletzt auf einer leistungsfähigen Infrastruktur, die von den Münchnerinnen und Münchnern finanziert wird. Wir setzen uns daher für eine Übernachtungssteuer ein, mit der Gäste einen fairen Beitrag zum Erhalt und Ausbau der Münchner Infrastruktur und nicht zuletzt für die Förderung von Tourismus und kulturellen Angeboten leisten werden.
Volt	Viele deutsche und europäische Großstädte finanzieren städtische Infrastruktur erfolgreich über eine Übernachtungsabgabe mit. Auch München sollte diese Möglichkeit haben, um Kultur, Sauberkeit und öffentliche Räume zu stärken. Aktuell ist die Einführung durch bayerisches Landesrecht eingeschränkt – Volt setzt sich dafür ein, diese Blockade zu überwinden und kommunale Handlungsspielräume zu stärken.

72. Um Fachkräfte schnell zu integrieren, soll die Stadt München kostenlose Integrationsprogramme ausbauen.

AfD

Echte Fachkräfte integrieren sich selbst.

Bayernpartei

Dies würde nur die Organisationsstrukturen der Verwaltung weiter aufblähen und unnötig hohe Kosten verursachen. Integration (u. A. Sprachkenntnisse) ist vor allem eine Bringschuld, die Fachkräfte in aller Regel ohnehin erfüllen, meist schon bevor sie zu uns kommen.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Es besteht Fachkräftemangel. Dementsprechend sollte die Stadt alles unternehmen, um Fachkräfte zu akquirieren und langfristig zu binden. Dazu zählen natürlich auch Integrationsprogramme.

GRÜNE

Die Grünen setzen sich ausdrücklich dafür ein, kostenlose Integrationsprogramme weiter auszubauen, um Fachkräfte & Neumünchner*innen schnell & effektiv in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die existierenden Angebote beinhalten etwa kostenlose Sprachkurse, eine unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen oder spezielle Ausbildungsprogramme in Mangelberufen wie Busfahrer*innen. Digitale Angebote wie die Integreat-App unterstützen bei Fragen zu Integration & Einbürgerung.

72. Kostenlose Integrationsprogramme

Die Linke	Kostenlose Integrationsangebote helfen Menschen, die in München angekommen sind, dabei sich schnell in der Stadtgemeinschaft wohlfühlen und an ihr teilzuhaben. Die Begründung, diese Angebote zu erzeugen um schnellstmöglich an Fachkräfte zu kommen, lehnen wir hingegen als nützlichkeitsrassistisches Argument ab.
München-Liste	Integrationsprogramme sind eine Investition in Ausbildung und Kenntnisse der Menschen, die zu uns kommen. Sprache und Kultur sind ein Schlüssel zum gegenseitigen Verständnis und zum langfristigen Bleiben der neuen Fachkräfte.
ÖDP	Alle Aufwendungen zur Integration sind gut angelegtes Geld und vermeiden Probleme in der Zukunft.
Die PARTEI	Irgendwo müssen die Fachkräfte ja herkommen. Außerdem fordern wir einen Ausreisestopp für Fachkräfte.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Kostenlose Integrationsprogramme erleichtern Fachkräften den schnellen Einstieg in Arbeit und Stadtgesellschaft. Sprachkurse, Beratung und Orientierung fördern Teilhabe, sichern Beschäftigung und stärken den Wirtschaftsstandort München. Volt setzt auf frühe, unbürokratische Unterstützung, damit Integration von Anfang an gelingt.

73. Ein Münchner Mindestlohn soll in Vergabeverfahren von städtischen Projekten nicht berücksichtigt werden.

AfD

Städtische Projekte würden sich ansonsten noch mehr verteuern als ohnehin schon. Die Arbeitgeber haben viele Möglichkeiten, ihren Mitarbeitern steuervergünstigte Zusatzleistungen wie Münchenezulage, Erholungspauschale, Fahrtkostenzuschuss usw. zu gewähren.

Bayernpartei

Über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehende Auflagen machen Vergabeverfahren langwieriger, komplizierter und teurer als sie ohnehin schon sind. Die Einhaltung lässt sich kaum überprüfen.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

GRÜNE

Die Grünen befürworten ausdrücklich, den Münchner Mindestlohn zum Zuschlagskriterium bei städtischen Aufträgen zu machen, um faire Arbeitsbedingungen zu fördern und soziale Standards zu sichern.

73. Münchner Mindestlohn

Die Linke	Eine Stadt, die einen Mindestlohn für seine Beschäftigten definiert, muss diesen auch für Menschen durchsetzen, die für diese Stadt arbeiten, auch wenn sie bei Drittunternehmen angestellt sind. Alles andere wäre unsolidarisch.
München-Liste	Der städtische Mindestlohn in München liegt oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns und soll den Beschäftigten mehr Lohn für die teure Landeshauptstadt bringen und für etwas mehr soziale Gerechtigkeit sorgen.
ÖDP	In bestimmten Fällen macht es Sinn über Vergabebedingungen eine auskömmliche Bezahlung der Mitarbeiter eines Auftragnehmers sicherzustellen.
Die PARTEI	Mit anderen Worten: Hier sollen Vereinbarungen zum Mindestlohn durch Outsourcing umgangen werden. Das geht nicht mit uns.
Rosa Liste	
SPD	In der kommenden Amtszeit werden wir den Münchner Mindestlohn auf noch mehr Bereiche ausweiten: Das Vergabekriterium „Münchner Mindestlohn“ soll Teil der Ausschreibungen im Bereich Sicherheit und Reinigung werden. Auch die städtischen Töchterunternehmen sollen den Münchner Mindestlohn umsetzen.
Volt	Alle Menschen sollen sich das Leben in München mit Ihrer Arbeit leisten können. Niedrige Löhne führen zu Armut und belasten die Sozialsysteme. Volt will daher den Münchner Mindestlohn bei Vergabeverfahren von städtischen Projekten beibehalten. Dies hat auch eine wichtige Signalwirkung auf die Privatwirtschaft.

74. Die Berichtspflichten der Stadtverwaltung sollen stark reduziert werden, um Bürokratie abzubauen und Ressourcen zu sparen.

AfD

Die Verwaltung muss dringend von der immer ausufernden Bürokratie befreit werden. Andererseits darf dies nicht zu Intransparenz führen und die Kontrollmöglichkeit durch Bürger und Stadtrat muss gewahrt bleiben.

Bayernpartei

Wir setzen uns ein für weniger Bürokratie und weniger unnötigen Verwaltungsaufwand. Viele dieser Berichte sind reine Selbstbeschäftigung der Verwaltung, die kaum bis gar nicht gelesen werden.

Bündnis Kultur

CSU

Das ist grundsätzlich wichtig und richtig - allerdings darf dadurch nicht die Kontrollaufgabe des Stadtrats behindert oder vereitelt werden.

FDP

FREIE WÄHLER

Die Berichtspflicht führt zu einem unverhältnismäßigen bürokratischen Aufwand und zudem zu hohen Kosten. Berichte können nach wie vor auf Anfrage angefertigt und so zielgerichtet eingesetzt werden.

GRÜNE

Die Grünen erkennen an, dass die aktuelle Haushaltslage der Stadt München Einsparungen in vielen Bereichen notwendig macht. In diesem Zusammenhang akzeptieren wir auch die Reduzierung der Berichtspflichten als Teil der notwendigen Sparmaßnahmen, legen aber weiterhin Wert auf Transparenz und die demokratische Kontrolle im Rathaus.

74. Berichtspflichten

Die Linke	Berichte sind ein wichtiges Instrument der Gremien der Stadt, über ihre Arbeit aufzuklären, aber auch ein Beitrag zur demokratischen Teilhabe, da alle Münchner*innen sich so ein Bild über die Arbeit der Stadt machen können. Natürlich kann an manchen Stellen über die Häufigkeit oder Ausführlichkeit von einzelnen Berichten diskutiert werden. Eine starke Reduzierung würde die Verwaltung jedoch weniger transparent machen und den notwendigen Durchblick für die Bevölkerung erschweren.
München-Liste	Bürokratie-Abbau ist gut, aber wir brauchen auch Transparenz. Daher darf die Berichtspflicht nicht zu stark zurückgenommen werden.
ÖDP	Politische Entscheidungen sollten stets in Kenntnis aller relevanten Fakten getroffen werden. Die vielen Berichtspflichten der Verwaltung dient der Bereitstellung genau dieser Daten. Bürokratieabbau und Ressourcenschutz sind häufig nur vorgeschobene Argumente, es geht vielfach eher darum, Kritikern keine Argumente zu liefern.
Die PARTEI	Korruption muss bezahlbar bleiben. Transparenz schadet da nur. - Also nein - Bürokratieabbau darf nicht als Vorwand dienen, den parlamentarischen Gremien gegenüber keine Auskünfte mehr zu erteilen. Der Abbau von Regelberichten führt außerdem nur zu einem Anstieg parlamentarischer Anfragen, was den Bürokratieabbau wieder negieren würde.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Berichtspflichten sollen auf das Wesentliche konzentriert werden, damit die Verwaltung Ressourcen effizient einsetzen kann. Volt setzt sich für weniger Bürokratie bei gleichzeitiger Sicherung von Transparenz ein: Berichte müssen dort erhalten bleiben, wo sie für Kontrolle durch Stadtrat und Öffentlichkeit nötig sind. So stärken wir eine lebendige, nachvollziehbare Demokratie statt Papierarbeit.

75. Um den Wirtschaftsstandort München zu fördern, sollen Startups durch die Stadt München finanzielle Anreize erhalten.

AfD

Startups sollen sich ihr Geld auf dem freien Markt besorgen.

Bayernpartei

München soll Startups gute Rahmenbedingungen bieten, zum Beispiel in Form des MGH Gründer- und Innovationszentrums. Dies darf nicht konterkariert werden, in dem der Stadtrat der MGH die Kosten für Künstlerateliers aufzwingt.

Bündnis Kultur

CSU

Start-ups können schon jetzt eine Förderung durch munich-startup, eine städtische Gesellschaft, erhalten.

FDP

FREIE WÄHLER

München als Wirtschaftsmetropole kann es sich nicht leisten, innovative Startups durch fehlende Anreize an andere Standorte zu verlieren.

GRÜNE

Die Grünen unterstützen städtische Programme zur Förderung von Startups durch finanzielle Anreize. Eine zentrale Rolle spielt das München Startup Programm mit Zuschüssen, Beratung, Netzwerken sowie Events und Workshops. Zusätzlich fordern wir ein StartAmt als zentrale Anlaufstelle für Gründer*innen, das Behördengänge bündelt und kompetente Beratung etwa zur Kapitalbeschaffung bietet.

75. Finanzielle Anreize für Start-Ups

Die Linke	Das Fördern von Startups in der Stadt hätte keinen relevanten Mehrwert für die Stadtgesellschaft und würde nur dazu beitragen, städtische Gelder an private Investoren umzuverteilen.
München-Liste	Start-ups sind zwar als innovative Kraft wichtig im Wirtschaftsleben, eine direkte finanzielle Förderung durch die Landeshauptstadt München lehnen wir dennoch ab, denn es gibt hierzu zahlreiche Förderprogramme auf Ebene der EU, des Bundes und des Freistaats. Die IHK unterstützt ebenfalls Start-ups beim Aufbau.
ÖDP	Die Gründung neuer Unternehmen erhöht die Innovationskraft und stärkt den Wettbewerb, was einer gesunden Wirtschaftsentwicklung dient. Gerade die ersten Jahre nach einer Neugründung sind oft die schwierigsten, weshalb hier eine Unterstützung sinnvoll ist.
Die PARTEI	100 Wiesntische für 100 Startups.
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Gezielte finanzielle Anreize für Start-ups stärken Innovation, schaffen Arbeitsplätze und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit Münchens. Volt setzt dabei auf transparente, zeitlich begrenzte und wirkungsorientierte Förderung, die insbesondere nachhaltige und gemeinwohlorientierte Gründungen unterstützt und öffentliche Mittel effizient einsetzt.

76. Die Stadt München soll die städtische Energieproduktion ausweiten.

AfD

Aber nur wenn sich um Geothermie und die Wiederinbetriebnahme von AKWs handelt und sich die Kosten für die Endverbraucher nachweisbar und nachhaltig reduzieren.

Bayernpartei

München soll die Energieproduktion dort ausbauen, wo es sinnvoll und kosteneffizient ist. Dazu gehört Geothermie zur Wärmegewinnung und Photovoltaik an geeigneten Standorten, aber keine Windräder im Stadtgebiet.

Bündnis Kultur

CSU

FDP

FREIE WÄHLER

Nur so kann die nachhaltige und autonome Energiegewinnung der Stadt der Zukunft sichergestellt werden.

GRÜNE

Unser Ziel ist es, die regionale Erzeugung von Strom weiter auszubauen. Wir werden den Ausbau von Solaranlagen auf Dächern und Fassaden weiter unterstützen und den Bau und die Förderung von Stromspeichern vorantreiben. Dazu gehört auch die Solarpflicht für Neubauten und auf kommunalen Gebäuden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die zwei stadtnahen Windräder durch mindestens ein weiteres ergänzt werden. Die Windkraft-Projekte der SWM im Umland wollen wir weiter ausbauen.

76. Städtische Energieproduktion

Die Linke	Wir brauchen eine dezentrale und klimaneutrale Energieversorgung für die Stadt. Dafür muss die städtische Energieproduktion wesentlich ausgeweitet werden – und zwar in den Bereichen der Photovoltaik, Windenergie und Geothermie, jedoch nicht mit Erdgas.
München-Liste	Die Stadt München kann durch die Energieproduktion die erneuerbaren Energien vorantreiben.
ÖDP	Insbesondere bei der Produktion von Solarstrom bleibt die Stadt München weit hinter ihren Möglichkeiten. Die Stadtwerke sollen ihre Anstrengungen zum Ausbau der regenerativen Strom- und Wärmeproduktion im Stadtgebiet weiter erhöhen.
Die PARTEI	Atomkraftwerk Gasteig! Dampfkraftwerk CSU Zentrale!
Rosa Liste	
SPD	
Volt	Mehr städtische Erzeugung aus Solar und Geothermie macht München unabhängiger von Krisen und stabilisiert Preise. Volt will die SWM als kommunalen Ökostromerzeuger stärken, Gewinne in Ausbau reinvestieren und einen sozial gestaffelten „MünchenTarif“ mit transparenter Preisgestaltung einführen.

IMPRESSUM

Herausgeber

BDKJ in der Region München e.V.
Preysingstraße 93
81667 München
info@muenchen-o-mat.de

Projektleitung: Jonas Böck, Sabrina Böck,
Michael Reich, Sebastian von Arx

Ein Projekt des



Gefördert von:



Landeshauptstadt
München
Sozialreferat



**bezirks
jugendring
oberbayern**